

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: Halbjährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interlions-Gebühr
Beträgt für die sechsseitige Kolonelle über deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 5. November 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Tut Eure Pflicht!

Am heutigen Dienstag soll die Entscheidung im ersten Berliner Wahlkreis fallen. Der Freisinn hat alles aufgebieten, um die für ihn in Frage kommenden Wähler zur Urne heranzuschleppen.

Und wie hat der Freisinn seine Wähler umworben! Nicht dadurch, daß er sachlich die politischen Ziele des Freisinns darlegte, sondern durch die strapelloseste Verleumdung der Sozialdemokratie und ihres Kandidaten.

Nach wie wir wollen daran erinnern, daß der erste Wahlkreis historischen Boden umfaßt.

Am 18. März 1848 die wahrhaft fortschrittliche Bevölkerung versammelte, um die Fragen der Volkswohlfaht und der politischen Verfassung zu beraten. Die Zelte waren das Trepow des revolutionären Bürgertums.

Nichts verrät deshalb abschreckender die Verächtlichkeit unseres heutigen fortschrittlichen Bürgertums, als daß es — wo es sich um den ureigensten Boden der Märzrevolution, die Erinnerung an die glänzendste Zeit eines wahrhaft fortschrittlichen Bürgertums handelt — nicht etwa die großen Schatten der bürgerlichen Vergangenheit herausbeschwört, sondern lakonisch die Hände darüber ringt, daß am Ende ein Verfechter der wahrhaftigen Demokratie, ein Erforscher der ehrlich arbeitenden Volksschichten den Kreis erobern könne.

In der Tat, kläglicher ist kaum je ein freisinniger Wahlkampf geführt worden, und wenn der moralische Zusammenbruch hier den Ausschlag gäbe, wäre es um den Freisinn im ersten Berliner Wahlkreis geschehen.

bis zum letzten Mann anzutreten,

Gerade dadurch, daß diese Wähler möglichst reslos ihr Wahlrecht ausüben, kann am besten der freisinnige Streich pariert werden!

Aber auch sonst muß jeder proletarische Wähler sein Wahlrecht ausüben. Gerade im ersten Wahlkreis, wo die Entscheidung auf des Messers Schneide steht, kommt es auf jede einzelne Stimme an.

Ans Werk, Wähler!
Erobert Berlin I der Sozialdemokratie!

Des türkischen Halbmondes Untergang.

Die europäische Kriegsgefahr wird drohender!

Die Ereignisse der letzten Stunden haben unserer Beurteilung der türkischen Siegesnachrichten vom letzten Sonntag recht gegeben. In dem tagelangen Ringen in dem Gelände des Ergenefflusses, von den Ufern des Schwarzen bis zu denen des Marmara-Meeres ist die türkische Ostarmee unterlegen.

Die Türkei will den Frieden.
Aber dieser Friedenswunsch birgt in sich eine Verschärfung der Kriegsgefahr für Europa.

Die Auseinandersetzung über Friedensbedingungen und Friedensschluß ist nicht eine Angelegenheit, die allein zwischen der Türkei und den vier Staaten des Balkanbundes geregelt wird. Die ausschlaggebende Frage, ob die Balkanstaaten das von ihnen mit Waffengewalt eroberte und aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen erstrebenswerte Gebiet behalten sollen, wollen die europäischen Großstaaten beantworten.

Das schlimmste aber ist, daß die beiden anderen Dreieinmächte, also Deutschland und Italien, sich der Ablehnung Österreichs angeschlossen haben.

So stehen sich also die Großmächte voll Neid und Eifersucht einander gegenüber. Der Zusammenbruch der Türkei in Europa kann auch den Zusammenbruch des Friedens in Europa zur Folge haben.

Da heißt es denn für das Proletariat der einzelnen Länder auf der Hut sein. Die österreichische Arbeiterschaft hat ihrer machtvollen Herrscherklasse schon ein deutliches Menetekel zugerufen.

Regierung klar macht, daß das deutsche Volk von einer Unterstützung ihrer ehrgeizigen und landhungrigen Wünsche auf Balkangebiet nichts wissen will. Die aufreizende und herausfordernde Sprache, die Oesterreich jetzt gegen Serbien führt, gibt Rußland Anlaß, mit gleicher Skrupellosigkeit seine egoistischen Ziele auf dem Balkan zu verfolgen.

Darum muß das arbeitende Volk auf der Wacht sein, ehe es zu spät ist. Es ist eine den neuesten Kriegen eigentümliche Erscheinung, daß sie sich gegen frühere fast unmerklich aus dem Wirrwarr der diplomatischen Verhandlungen heraus entwickeln, daß die Kriegsvorbereitungen vor sich gehen, während die Diplomaten noch Noten tauschen.

Die Regierungen mögen sich gesagt sein lassen, daß das Proletariat keinen Krieg um des Balkans willen haben will. Es hat schon genug unter der Kriegsgefahr zu leiden.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Schrecken der Schlacht bei Lüle Burgas.

London, 4. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Herr Donohoe, Korrespondent der „Daily Vorwärts“ Herr Donohoe, Korrespondent der „Daily Chronicle“, der Augenzeuge der Schlacht bei Lüle Burgas war, telegraphiert von Konstantin in Rumänien, wo er am 3. November ankam, den Schlachtenbericht.

richtete ein außerordentliches Gemischel in ihren Reihen an. Durch ihren Erfolg ermutigt, drangen die Türken weiter vor. Aber plötzlich fanden sie sich dem Feuer der bulgarischen Maschinengewehrsektionen ausgelegt. Dieser unerwartete Angriff brachte die Türken und ihre Pferde in einer zerrissenen und zerstückten Masse rollend zu Boden. Wahrscheinlich von diesen tapferen Burken kamen zurück. Sie fanden auf dem harten und steinigsten Felde gegen den Feind anrennen, ihren Heldenmut. Der Korrespondent beschreibt dann, wie sich die Bulgaren wieder sammelten, wie die mittlerweile vorgeschobene bulgarische schwere Artillerie unter dem auf die Station zurückfallenden Türken ein furchtbares Blutbad anrichtete, wie die türkische Artillerie das von der feindlichen Vorhut besetzte Lüle Burgas beschoss, das dann von den Bulgaren geräumt wurde. Bei dem sich entspinneenden Artilleriequell hätten die Bulgaren entschieden den Vorteil gehabt und die türkische Infanterie und Artillerie in Massen niedergemacht. Der Korrespondent verweist dann bei der Schnelligkeit, mit der die Bulgaren große Infanteriemassen vorschoben, und der Sicherheit und Genauigkeit, mit der die bulgarische Artillerie manövrierte und schoss. Die türkische Artillerie sei von Anfang an nur spärlich mit Munition versorgt gewesen. Am Nachmittag hätten türkische Artilleristen mit gefalteten Armen bei den leeren Progwagen gestanden; ohne Munition hätten sie so stoisch den Tod erwartet, der meist schnell gekommen sei. Das furchtbare Geschützfeuer der Bulgaren hätte die ganze türkische Front bestrichen und die Türken zu Hunderten niedergemacht und sie vollständig demoralisiert. Die Nacht habe dann Ruhe vor dem Geschützfeuer gebracht. Aber das Vordringen der Bulgaren hörte nicht auf. Ueberall hätten die toten und verwundeten Türken gelegen. Kerze habe es wenig, Ambulanzen und Verpflegung überhaupt nicht gegeben. Eine Stunde lang habe der Rückzug in guter Ordnung stattgefunden, dann aber sei jede Disziplin geschwunden. Zwei Stunden nach Sonnenaufgang am Mittwoch hätten die Bulgaren erfahren, wie es mit den Türken stand und hätten die Verfolgung aufgenommen. Bagage, Kanonen, Ausrüstung, alles sei in die Hände der Bulgaren gefallen. Der Korrespondent konnte mit dem Automobil nicht weiter und geriet in das wilde Gedränge der fliehenden Soldaten. Die hungernden Türken haben ihn um Brot. Einigen verband er die Wunden. Er schreibt von fliehenden Soldaten mit klaffenden Wunden, geschwollenen und entstellten Gesichtszügen, die man kaum als Menschen wiedererkennen konnte. 75 Prozent der Verwundeten, die er gesehen, seien von Schrapnell getroffen worden, was auf die mörderische Präzision der bulgarischen Artillerie zurückzuführen sei. Mittwoch bestieg das Schicksal das Meer Abdullahs. Es konnte nicht mehr kämpfen. Es hatte weder Munition für die Kanonen noch Nahrungsmittel, um die körperliche Anstrengung der Soldaten aufrecht zu erhalten. Seine jämmerliche Lage enthüllte jeden Augenblick die schrecklichen Mängel der Heeresorganisation. Mit wahrem orientalischen Optimismus hatten die Weisen in Konstantinopel auf Proviant und Munition als Ueberflüssigkeiten herabgesehen. Sie trafen daher keine Anstalten, um das Heer dauernd mit Geschossen und Patronen zu versorgen. Aus den weiteren Schilderungen des Korrespondenten geht hervor, daß viele türkische Soldaten ihre Gewehre nicht handhaben konnten. So mußten sich die Anatolier, die noch mit Vorderladern schießen, ihre Magazingewehre von den nur spärlich vorhandenen Offizieren laden lassen. Herrn Donohos gelang es, mit dem Automobil nach Konstantinopel zu entkommen, von wo er Konstanza erreichte.

Der türkische Rückzug.

Konstantinopel, 4. November. Der Rückzug der Türken auf die Tschataldscha-Linie war die Folge des außerordentlich mörderischen Kampfes südlich von Lüle-Burgas. Die türkischen Truppen leisteten heldenmütigen Widerstand, aber schließlich wichen sie dem Feuer der bulgarischen Artillerie, dessen Wirkung schrecklich war. Ueber 20 000 Mann fielen auf türkischer Seite gefallen sein. Die Türken machen die größten Anstrengungen, ihre Truppen in Tschataldscha wieder zu ordnen, um die Hauptstadt zu retten.

Verlässliche Informationen, die gestern nachmittag in den der Regierung nächstehenden Kreisen bekannt wurden, bestätigen, daß die Schlacht bei Lüle-Burgas sich zu einem furchtbaren Schlag für die Türkei gestaltet hat. Die Verluste, ist das türkische Hauptquartier bereits nach Hademli verlegt. Die aus Hademli zurückgezogenen Truppen sollen nach San Stefano beordert worden sein.

Die bulgarische Verfolgung.

Wien, 4. November. Aus dem Hauptquartier der bulgarischen Ostarmee meldet der Kriegsberichterstatter der „Reichspost“ unter dem 3. November: Das glänzende Zusammenarbeiten der bulgarischen Führer im Verein mit dem Heroismus der Truppen bringt den Bulgaren täglich neue Erfolge. Der Versuch der Türken, nördlich Saraj und bei Tschorlu zur Deckung des Rückzuges erneut Stellung zu nehmen, ist vollkommen gescheitert, ebenso das Eingreifen türkischer Truppen westlich von Wisa, die von Widia aus über Sultan Bagla herangerückt waren. Die Verfolgungsoperationen werden bulgarischerseits mit größter Energie fortgesetzt, um als Endergebnis der Operationen von Lüle Burgas und Saraj die Abdrängung eines möglichst großen Teiles der geschlagenen türkischen Armee von der Rückzugslinie nach Tschataldscha zu erreichen. Die gewaltigen Anstrengungen und großen Opfer, welche die Schlage von Kirkkilisse und Lüle Burgas gefordert haben, rufen naturgemäß ein vorübergehendes Ruhebedürfnis nach, das aber zu keinem längeren Operationsstillstand führen wird; der Vormarsch gegen Tschataldscha wird vielmehr noch im Laufe dieser Woche aufgenommen werden.

Gegenwärtig werden alle Anstrengungen gemacht, um den Fall Adrianopels zu beschleunigen, damit namentlich die bulgarische Belagerungsartillerie für eine etwaige Verwendung vor den Tschataldscha-Positionen frei werde. Die Widerstandsfähigkeit der Festung nimmt täglich sichtbar ab. Das heftige Feuer der bulgarischen Artillerie wird nur schwach und unregelmäßig erwidert. Die türkischen Werke auf der Nordwestfront haben stark gelitten. Seit dem letzten großen Ausfall gegen Marasch scheint auch die Aktivität der Besatzung bedeutend nachgelassen zu haben. Der bevorstehende Fall Adrianopels wird hier als ein Ereignis von großer militärischer und politischer Bedeutung angesehen, weil er beweise, daß auch die Befestigungen von Tschataldscha Konstantinopel nicht retten können, und ferner die Konzentrierung der ganzen bulgarischen Armee für den Zug nach Konstantinopel ermöglichte.

Sofia, 4. November. Die bulgarische Armee hat am 1. November Metropol eingenommen. Am gleichen Tage hat sie nach hartnäckigen Kämpfen den Bahnhof Puf besetzt, wodurch endgültig die Verbindung der mazedonischen Armee mit der Armee von Adrianopel abgeschnitten ist. — Am 2. November versuchten die Türken, die linke Flanke der Bulgaren bei Dunar Sissar anzugreifen. Die Bulgaren wiesen den Angriff zurück und zwangen die Türken zu panischer Flucht. Eine Schnellfeuerbatterie wurde von ihnen erbeutet und fünf Offiziere und 1300 Soldaten gefangen genommen. In Lüle Burgas erbeuteten die Bulgaren zahlreiche Monturen, Waffen, Proviantdepots, Kamele und Feldtelefone.

Die Türkei will Frieden.

Konstantinopel, 3. November. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Armee sich genötigt gesehen hat, sich auf die Tschataldshalinie zurückzuziehen.

Konstantinopel, 4. November. (Meldung des Neuerischen Bureaus.) Die Pforte bittet die Mächte um ihre Mediation zwecks Einstellung der Feindseligkeiten und Einleitung von Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 4. November. Gestern Abend hat die Pforte ein amtliches Communiqué veröffentlicht, das besagt, daß das Kriegsglück unbeständig sei und daß es unmöglich sei, überall sofort den Sieg zu gewinnen. Die Nation, die den Krieg angenommen habe, müsse mit voller Festigkeit alle seine Konsequenzen tragen. Es würde nicht gerecht sein, einerseits über die Mahen stolz zu sein über die gewonnenen Siege und andererseits sich von Kummer und Unruhe wegen einiger Richterfolge überwältigen zu lassen, wie zum Beispiel in den Kämpfen, die mit vier Staaten stattfanden. Die osmanischen Truppen verteidigen mit Erfolg Skutari und Janina; es sei natürlich, daß man entschlossen sei, bis zum letzten Grade der Möglichkeit die Interessen des Vaterlandes zu verteidigen.

Furcht vor Unruhen in Konstantinopel.

Konstantinopel, 4. November. Unter Vorsitz des Ministers des Innern hat sich eine Kommission, bestehend aus dem Generaldirektor der Polizei, dem Kommandeur der Gendarmerie und dem Präfecten von Konstantinopel gebildet, die sich ständig mit Maßnahmen befassen soll, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Hauptstadt erforderlich sind. Angesichts der Meldungen über den Rückzug des türkischen Heeres rät die türkische Presse dem Volke, Festigkeit, Ergebung und Kalblütigkeit zu zeigen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Fortschritte der Serben auf alferbischem Gebiet.

Belgrad, 3. November. Der König ist gestern nachmittag mit dem Ministerpräsidenten Vasilich in feierlicher Weise in Ueskub eingezogen. Die Einnahme von Prizrend wird amtlich bestätigt.

Ueskub, 4. November. (Amtliche Meldung.) Die serbischen Truppen haben gestern Ueskub genommen. Die Eisenbahnlinie Ueskub—Mitrovitza, die teilweise von den Türken zerstört war, ist wiederhergestellt worden.

Die Albonesführer Schaban Bascha, Ali Drag und Hassan Sel sind als Kriegsgefangene nach Belgrad gebracht worden. Die serbischen Truppen haben bisher im ganzen 135 türkische Geschütze erbeutet.

Türkische Kriegsgefangene in Serbien.

Belgrad, 4. November. Heute früh ist der erste Transport von Kriegsgefangenen, im ganzen 1000 türkische Soldaten und Albanesen mit einem türkischen Major, hier eingetroffen. Die Gefangenen wurden in der Belgrader Festung untergebracht.

Vom montenegrinischen Kriegsschauplatze.

Mißerfolge der Montenegriner vor Skutari.

Wien, 4. November. Ein Berichterstatter der „Reichspost“ meldet aus Skutari vom 2. November: Die Montenegriner waren nicht imstande, die Stellung am Tarabosch, die sie in der Höhe von 497 Meter besetzt hatten, zu halten. Sie wurden durch das schwere türkische Feuer heruntergeworfen und mußten mit Zurücklassung mehrerer Geschütze diese Stellung räumen. Die Türken erlangen nordöstlich von Skutari sogar einen kleinen Erfolg, von dem sie mit 80 erbeuteten Gewehren heimkehrten. Es zeigt sich immer mehr, daß die Montenegriner ohne die Bewilligung des Tarabosch keinen Erfolg behaupten können. Diese Werke sollen sich aber, wie türkische Offiziere erklären, noch einige Zeit behaupten können.

Antivari, 4. November. Die letzten Gesichte der Montenegriner vor Skutari waren wenig erfolgreich. Vom Kriegsschauplatz Zurückgekehrte teilen mit, daß es nicht gelungen sei, Vardanjolt zu halten. Die Türken hätten die Montenegriner bis Praki zurückgeworfen, wo General Martinowitsch neue Streitkräfte ansammelt, um die Angriffe zu erneuern. Auch auf dem Tarabosch haben die Türken zwei von den Montenegrinern besetzte Positionen wiedergewonnen. Unbestätigten Gerüchten zufolge sollen 150 Albanesen, die mit montenegrinischen Gewehren ausgerüstet waren, in dem Augenblick, als sie zu den Türken übergehen wollten, gefangen genommen worden sein. Die Transporte von Verwundeten nach Njefadauern fort. Die Verluste der Montenegriner an Toten werden mit mehr als 100, die an Verwundeten gegen 1000 angenommen. Die Operationen um den Tarabosch sind durch die anhaltend ungünstige Witterung bedeutend erschwert. Das Hochwasser macht das Vordringen der Montenegriner gegen Skutari sehr beschwerlich. Auch haben die Türken drei Brücken über die Vojana in die Luft gesprengt, worauf die Montenegriner eiligst Wontons herstellten. Das Gerücht, Bukowitsch hätte Befehl erhalten, mit den Truppen gegen Skutari zu marschieren, ist unbegründet. Der General hat Befehl, seine Aufgabe im Norden durchzuführen. Sonnabend morgen wurden alle verfügbaren Kräfte von Montenegro nach Krajna berufen, um den Verwundeten Hilfe zu leisten. Die großen Verwundetentransporte deuten auf beträchtliche Verluste hin. Letzten Donnerstag explodierte am Tarabosch ein montenegrinisches Geschütz, wobei 4 Mann getötet und 14 verwundet wurden. Gestern flog in Antivari ein Munitionsdepot infolge Unvorsichtigkeit der dortigen Arbeiter in die Luft, wobei auch 8 Menschen ums Leben kamen.

Vom südlichen Kriegsschauplatze.

Eroberung von Prevesa durch die Griechen.

Athen, 4. November. General Sapundjalis telegraphierte, daß die griechische Abteilung, die Prevesa angriff, außer aus regulären Truppen und Artillerie aus kreischen und epirischen Frei-

willigen bestand. Der Kampf dauerte den ganzen Tag an von morgens sieben bis abends fünf Uhr. Die Verluste der Griechen betragen 10 Tote und 56 Verwundete, die des Feindes sind weit höher. Außer 450 Soldaten machten die Griechen 150 irreguläre Albanesen zu Gefangenen. Die türkische Besatzung bestand aus ungefähr 800 Mann. Die Griechen schickten sich schon an, Prevesa im Sturm zu nehmen, als die Konsuln von Rußland, Oesterreich und England, begleitet von dem Vertreter des Gouvernements der Stadt, erschienen, um über folgende Bedingungen zu verhandeln: Die Garnison ergibt sich dem regulären griechischen Heere; Offiziere, Soldaten und ihren Familien wird Schutz bewilligt. Die Bedingungen wurden von dem Kommandeur der griechischen Truppen angenommen. Man besah die Offiziere ihre Degen bis zu dem Augenblick, da sie als Gefangene nach der Insel Lemnos eingeschifft wurden. General Sapundjalis zog am Morgen in Prevesa ein und ergriff alle zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Maßnahmen.

Ein griechischer Erfolg in der Nähe von Saloniki.

Athen, 3. November. Der Kronprinz telegraphiert aus Kotschana: Eine starke feindliche Macht, die aus neu-angekommenen Truppen bestand, hatte sich in der heiligen myselmanischen Stadt Zenidje nördlich von Saloniki verschanzt. Sie leistete unseren vordringenden Truppen erbitterten Widerstand. Nach einem Kampfe, der den ganzen Freitag und Sonnabend von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends andauerte, wurde der Feind von unseren tapferen Truppen in die Flucht geschlagen. Zenidje ist erobert.

Die Haltung der Mächte.

Paris, 4. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Temps“ meldet offiziell: Poincaré erhielt eine Depesche vom Kaiser über den Besuch Gabriel Effendis, der erklärte, daß die türkische Regierung den Augenblick für gekommen glaube, wo die Mächte nützlich für Beendigung der Feindseligkeiten intervenieren könnten. Gabriel Effendi verlangte erstens, daß die Mächte den Kriegsführenden Waffenruhe anbieten und nötigenfalls aufzwingen, zweitens, daß diese dazu benutzen, die Kriegsführenden einzuladen, ihre Gesichtspunkte bekanntzugeben und nötigenfalls in Einklang zu bringen. Poincaré erwiderte dem Kaiser sofort, daß dieses Verfahren absolut unzulässig und die französische Regierung nicht im geringsten eine Verantwortung für die Waffenruhe übernehmen könne, ohne gleichzeitig Bürgschaften über die Friedensbedingungen zu geben. Denn solches Vorgehen würde die vereinbarten Balkanverträge inmitten ihres Erfolges aufhalten und den Türken Zeit geben, ihre Armeen zu reformieren, ohne den Balkanvölkern eine Sicherung für die Zukunft zu gewähren. Poincaré fandte seine Entscheidung ohne Einvernehmen mit den anderen Regierungen ab, indes ist die Regierung sicher, daß Rußland und England ihre Anschauung teilen. Man erwartet demgemäß, daß die türkischen Vorschläge neue, von den vereinbarten Balkanvölkern annehmbare Formen annehmen werden.

Aus Bukarest werden Erklärungen einer hochstehenden Persönlichkeit telegraphiert. Rumänien hat Unterthanen auf dem Balkan, auf die mazedonischen Rumänen richten sich seit vielen Jahren die brüderlichen Blicke. Auch fordert Rumänien, als Nachbar ein Wort mitzureden, da jede Veränderung der Gebiete der christlichen Balkanstaaten nur mit Zustimmung Europas möglich sei.

In seinem Vortragsstück greift der „Temps“ Oesterreich heftig an. Frankreich habe diesem keinen absoluten, sondern nur einen territorialen Verzicht vorgeschlagen. Der sei aber unmöglich, da die Balkanmächte die Waffen nicht niederlegen werden, solange sie die Drohung mit unbestimmten Forderungen Oesterreichs fühlen. Oesterreichs Haltung erweitere und verlängere nur die Krise.

Frankreich lehnt eine Vermittelung ab.

Paris, 4. November. Die Agence Havas veröffentlicht folgende Note: Die osmanische Regierung hat bei der französischen Regierung einen Schritt unternommen, um die Intervention der Mächte herbeizuführen, damit die Feindseligkeiten eingestellt werden und den Balkanstaaten ein Waffenstillstand auferlegt werde. Die französische Regierung hat geantwortet, daß sie ein solches Ergebnis, ohne das Völkerrecht zu verletzen und ohne den Anschein einer Stellungnahme gegen die Balkanstaaten zu erwecken, nicht entgegennehmen könne. Sie würde in Übereinstimmung mit allen Großmächten nur ein direkt ausgeprochenes Ersuchen um Vermittelung prüfen können, wenn es an sie gerichtet sei.

Oesterreichische Quertreibereien.

Wien, 3. November. Das „Freundenblatt“ veröffentlicht unter Kriegsandrachten folgende Notiz mit der Ueberschrift: Die Einnahme von Prizrend. Falls sich die aus Belgrad gemeldete Nachricht von der Einnahme Prizrends durch die serbischen Truppen bestätigen sollte, dürften letztere, wie angenommen werden darf, das Ziel ihrer siegreichen Operationen gegen Westen erreicht haben. Jeder militärische nach nationale Motive liegen dafür vor, daß das serbische Heer in die jenseits von Prizrend gelegenen, ausschließlich von Albanesen bewohnten Gegenden, also in das unbesetzte Territorium eines anderen Balkanvolkes, eindringe.

Die Regierungen „erörtern“.

Wien, 4. November. Die „Nölnische Zeitung“ erfährt aus Berlin: Wie wir erfahren, hat heute nachmittag der hiesige türkische Votschafter der Reichsregierung eine Bitte der türkischen Regierung zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes überbracht. Dieser Antrag wird von Deutschland mit den übrigen Großmächten erörtert.

Ein Warnungsruf des österreicherischen Proletariats.

Wien, 4. November. (Privattelegr. d. „Vorw.“) Die heutige Schlußsitzung des Parteitagcs gestaltete sich zu einer erneuten machtvollen Demonstration für den Frieden. Adler verweist auf das Treiben der offiziellen Reute, die seit Sonntag und intensiver noch heute wieder sehr frech sei und zum Kriege provozieren. „Für uns sei dies in alledem die ernste Mahnung, daß wir uns auf die Bernunft und die Verantwortlichkeitsverpflichtungen der bei uns Herrschenden nicht verlassen können und daß wir unsere Aktion auf das Recht und die Geltung der öffentlichen Meinung mit aller Energie fortsetzen müssen. Oesterreich soll Frieden halten auf dem Balkan, es kann nicht dort Interessen haben von Wert. Bezahlt wird der Krieg mit dem Leben unserer Söhne und der Wohlfahrt der Völker. Das arbeitende Volk Oesterreichs will keinen Krieg, unter gar keinem Vorwande, mag er lauten, wie er will.“ (Stürmischer Beifall.) Bernerstorfer schließt den Parteitag unter fürmischen Manifestationen mit dem Ruf: Krieg dem Krieg!

Die Flottenaktion der Mächte zur „Sicherung der fremden“ in der Türkei.

Fünf deutsche Kriegsschiffe nach dem Orient!

Berlin, 3. November (W. Z. N.) Wie wir erfahren, haben die sich zurzeit im Mittelmeer befindenden drei Kreuzer „Seydlitz“, „Seydlitz“ und „Gieseler“ den Befehl erhalten, sich zum Schutz von Leben und Eigentum der Deutschen in die türkischen Gewässer zu begeben. Außerdem ist die Sendung zweier weiterer Kreuzer aus Kiel beabsichtigt.

Kiel, 4. November. Der Panzerkreuzer „Göeben“ und der kleine Kreuzer „Breslau“ haben Befehl erhalten, sofort nach Konstantinopel bzw. Smirna in See zu gehen. Das Kommando übernimmt Konteradmiral Trummer.

Das österreichische Aufgebot.

Wien, 4. November. Die erste Geschwaderdivision, bestehend aus den Linien Schiffen „Erzherzog Franz Ferdinand“, „Radeky“ und „Prinz“, wird mit dem Kreuzer „Admiral Spaun“ und den Torpedobootszerstörern „Scharfschütze“ und „Ulfoste“ demnächst zum Schutze der österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen in die Levante abgehen.

Saloniki, 4. November. Das österreichisch-ungarische Kriegsschiff „Maria Theresia“ ist heute mittag in den hiesigen Hafen eingelaufen.

Teilweise Mobilisierung der englischen Flotte.

London, 3. November. Ebenso wie für Chatham sind auch für die Häfen Devonport und Plymouth sämtliche Offiziere und Mannschaften der Schiffe vom Urlaub zurückgerufen. Die siebente Torpedobootsflotte und verschiedene andere Schiffe sollen am Sonntag und Montag von Devonport und die fünfte Zerstörerflotte am Montag von Plymouth abgehen. Man glaubt, daß sämtliche Schiffe nach dem nahen Osten bestimmt sind.

Bortsmouth, 3. November. Hier verlautet, daß auch die zweite und dritte Flottendivision, die aus vier Schlachtschiffen und neun Kreuzern besteht, Befehl erhalten haben, sich zur Abfahrt bereit zu machen.

Malta, 4. November. Das dritte Kriegsgeschwader hat Befehl erhalten, am 7. November hier einzutreffen.

Saloniki, 4. November. Der englische Kreuzer „Gambhire“ und der französische Kreuzer „Bruit“ sind gestern hier angekommen, andere fremde Kriegsschiffe werden erwartet. Die Stimmung der Bevölkerung ist etwas ruhiger geworden.

London, 4. November. Unterhaus. Auf eine Anfrage gab Premierminister Asquith eine kurze Erklärung ab über die Bewegungen der britischen Kriegsschiffe im östlichen Mittelmeer. Er bestätigte die Konstantinopeler Depeschen, wonach dort die Forderung gestellt worden ist, daß fremde Kriegsschiffe die Durchfahrt durch die Dardanellen gestattet werde, um gegebenenfalls die Fremdenkolonien in Konstantinopel zu schützen. Asquith teilte weiter mit, daß der britische Kreuzer „Weymouth“ in der Besikt-Bay angekommen sei; der Kreuzer „Gambhire“ habe Befehl, von Saloniki ebenfalls dorthin zu gehen und werde durch ein anderes Schiff ersetzt werden. Ueber die Lage in Konstantinopel könne er leider keine Nachricht geben, da er keine habe.

Der Balkan den Balkanvölkern!

Auf dem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs weilt als Gast der bulgarische Genosse Dr. Rakowski. Dieser hielt am Sonntag in französischer Sprache eine Rede, in der er zunächst der österreichischen Sozialdemokratie dafür dankt, daß sie durch ihre eindringlichen Proteste im Abgeordnetenhaus und in den Delegationen das Augenmerk der europäischen Öffentlichkeit auf die Brutalitäten der rumänischen Oligarchie gelenkt hat. Noch größere Anerkennung seitens der Proletarier des Balkans, besonders Rumaniens, verdient die Haltung der Internationale und der österreichischen Sozialdemokratie den jüngsten Ereignissen gegenüber. Was morgen sein wird, wissen wir nicht, aber heute schon kann man sagen, das Proletariat hat seine Pflicht in diesem Feldzug gegen den Krieg im vollen Umfange getan. Auch die Sozialdemokratie auf dem Balkan hat mit aller Kraft gegen den Krieg protestiert, den sie seit vier Jahren kommen sah. Freilich haben wir geglaubt, daß es einen anderen glücklicheren Weg gebe, um unter dem Vorhitz einer reformierten Türkei und auf dem Boden der Demokratie die Bedürfnisse der Balkanvölker zu befriedigen. Dieser Zweck ist vereitelt worden durch die Umtriebe der europäischen Diplomatie, die es zu einer solchen Umschmelzung der Verhältnisse auf dem Balkan nicht wollte kommen lassen, vereitelt durch eine Reihe verhängnisvoller Fehler der Türkei. Nun muß das Proletariat des Balkans auf den Schlachtfeldern bluten und die Rohheiten und Grausamkeiten der Paschibogus als Marodeure über sich ergehen lassen. Und da die Erhebung der Balkanvölker unter der Hegelie der Balkankönige erfolgt, von denen jeder mit dem Kriege seinen Thron festigen will, steht dieses Blut nicht einmal für die Rechte des Volkes. Für die europäische Demokratie aber hat die Sache geendet. Seit altersher war ihre Hoffnung auf die Türkei als Schutz gegen den Barismus gerichtet. Jetzt muß sich ihr Blick auf die demokratische Föderation der Balkanvölker richten, die nicht nur auch Rumänien, sondern auch die Türkei umfassen soll. Damit rehabilitiert die Demokratie sich vor der öffentlichen Meinung der Balkanvölker. Befreit von der türkischen Herrschaft werden die Balkanstaaten eine kräftigere Barriere gegen Rußland sein, als das zerfallende türkische Reich. Die Internationale aber ist es, die diese Politik der Vernunft und des Friedens betreibt, indem sie die Lösung ausgegeben hat: Der Balkan den Balkanvölkern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. November 1912.

Wagenmangel.

Im preussischen Abgeordnetenhaus erlebte man heute das seltsame Schauspiel einer fast vollständigen Einmütigkeit zwischen allen Parteien, einer Einmütigkeit darüber, daß die Eisenbahnverwaltung sich ihren Aufgaben nicht gewachsen gezeigt hat. Der herrschende Wagenmangel mit seinen Verkehrsstörungen auf größeren Bahnhöfen bot den Freikonservativen Anlaß zu einer Interpellation an die Regierung, die von dem Abg. Behrn v. Sedlitz begründet wurde. Wir können dem Interpellanten beipflichten, wenn er das Behlen

von 70 000 Wagen zur Beförderung der Güter als eine schwere Schädigung des Gewerbetreibens bezeichnet, und wenn er von der Regierung verlangte, daß sie durch rechtzeitige Vermehrung des Wagenparks dem Bedürfnis entgegenkomme. Auf den gleichen Ton waren die Ausführungen der Redner aller Fraktionen gestimmt.

Auch der Vertreter der Sozialdemokratie Genosse Ströbel äußerte sich in gleichem Sinne, nur daß er außerdem noch die Gelegenheit ergriß, sich der Interessen der zahllosen durch die Nachlässigkeit der Verwaltung übergewöhnlich stark ausgebeuteten Eisenbahner anzunehmen und auf den großen Schaden hinzuweisen, der den Arbeitern daraus erwächst, wenn sie infolge der mangelnden Beförderung verurteilt sind, Felerfahrten zu machen und Lohn einzubüßen. Mit gutem Geschick wies Ströbel nach, daß die Schuld nicht die Verwaltung allein trifft, sondern zum guten Teil auch die Mehrheitsparteien, die die Eisenbahnen in erster Linie als Institute zur Erzielung hoher Ueberschüsse betrachten, um einer Erhöhung der direkten Steuern und dem Wege zu gehen.

Der Minister v. Breitenbach konnte in seiner Erwiderung trotz aller Versuche, seine Verwaltung von jeder Schuld möglichst reinzuwaschen, doch die vorhandenen Mängel nicht in Abrede stellen. Ob es in Zukunft besser wird, erscheint zum mindesten zweifelhaft. Charakteristisch ist es übrigens, daß er die von sozialdemokratischer Seite aufgeworfene Frage, wie es mit der Bezahlung der Ueberstunden steht, unbeantwortet ließ.

Dienstag: Interpellationen und Initiativanträge.

Die Gründungsseite der katholischen Weltliga.

Begeistert durch den Verlauf des Eucharistischen Kongresses in Wien, fanden sich nach dessen Beendigung eine Anzahl hervorragender Größen des internationalen Ultramontanismus im Wiener Palais des Fürsten Lobkowitz zusammen, um zum Zweck der Refatolisierung Europas und der ganzen Welt eine „katholische Weltliga“ zu gründen. Außer dem Fürsten Lobkowitz, dem Präsidenten der katholischen Union Oesterreichs, nahmen daran eine Reihe anderer Generale des ultramontanen Lagers teil, darunter auch Fürst Alois Löwenstein, Graf Kessgauer, der Vorkämpfer der Kölner Richtung in Oesterreich, Graf Oppersdorff, der Verleger Franz Xaver Vachem aus Köln, mehrere Vertreter bzw. Anhänger der Berliner Richtung, ein redegewandter Berliner Geistlicher, sowie verschiedene Vertreter ausländischer Organisationen. Auch mehrere Bischöfe waren erschienen. Unter ihnen Bischof Graf von Hugn, der gleich als geistlicher Veirat der Weltliga auftrat.

Alle Vorbereitungen zur Gründung der „Weltliga“ waren getroffen; aber wie so oft schöne Gründungen an unvorhergesehenen Zwischenfällen scheitern, so scheiterte auch die Gründung der großen Weltliga an der plötzlich hervortretenden holden Eintracht der Teilnehmer. Die schwer mit ultramontaner Ethik belasteten frommen Herren gerieten sich gar eckig in die dünnen Haare. Die „Kölnische Korrespondenz“ weiß darüber ein recht niedliches Händchen zu erzählen:

„Die internationale Organisation sollte“, so erzählt dies Blatt, „eine Organisation sämtlicher katholischer Vereine der ganzen Welt sein, mit einem Zentral-Komitee, als dessen Sitz Wien bestimmt wurde. Die „Kölner“, welche in der Versammlung die Majorität bildeten, wollten sich dieser Organisation bemächtigen, um ihre so ungeschicklichen Pläne überall zu verbreiten. Diese Absicht war den Antikölner sofort klar. Darum traten sie mit der Frage hervor: in welchem Verhältnis die Organisation zum Apostolischen Stuhle stehen solle — eine Frage, die den Arrangements sonderbarerweise sehr verblüffend kam. Die naheliegende und selbstverständliche Frage der Antikölner, welche eine starke Minorität bildeten und sich aus mehreren Nationen rekrutierten, löste einen Sturm der Entrüstung aus: man dürfe doch an der katholischen Ueberzeugung der Herren nicht zweifeln, es gelte den Kampf gegen den Unglauben, der durch das Freimaurertum und die Sozialdemokratie geführt werde, der freien katholischen Betätigung müsse eine Gasse bleiben, ja der Papst selbst wünsche, daß man ihn mit solchen Angelegenheiten nicht belästige, im übrigen würden schon die Bischöfe nach dem Rechte sehen, und die Zustimmung, die ganze Organisation auch noch direkt dem Vatikan zu unterstellen, sei eine Beleidigung für die beteiligten Mitglieder des Episcopats. Man kennt ja diese Phrasen! Graf Hugn erklärte, es handle sich ja eigentlich nicht um eine staats Organisation, sondern lediglich um eine Entente, worauf ein Hochschullehrer erwiderte, daß Ententen oft noch fortdauernd seien und ein engeres Band knüpfen, als formelle Bündnisse. Die Auseinandersetzungen wurden immer turbulenter, man erhob sich von den Sitzen und redete in erregtester Weise aufeinander ein, bis der Vorsitzende die kluge Idee hatte, die dreistündige Beratung aufzulösen und die Herren zu einer Besprechung für den folgenden Tag einzuladen.

Die zweite Sitzung verlief ebenso erregt wie die erste. Es war ein Auseinanderprallen der „Kölner“ und der Antikölner, wie man es ähnlich nur auf der Wöllnitzer Versammlung im August 1909 erlebt hat. Der Lärm wurde stellenweise so betäubend, daß man nichts mehr verstand. Jede Anregung, jede Erklärung wurde zuerst in deutscher, dann in französischer Sprache vorgelesen, so daß jeder sprach eine französische Auflage erhielt. . . . Schließlich benutzte ein Prüffler Rechtsanwalt eine Stoppuhr, mit einer längeren Rede über die Freimaurerei zu beginnen. Er wiederholte in bezugnehmenden Worten, was man in allen katholischen Zeitungen und Traktaten über die Loge lesen kann; die Versammlung schloß Weisheit, und man sah vielen an, wie dankbar sie dem Feindesengel aus Brüssel waren, daß er den Karren in ein anderes Geleise geschoben hatte. Man ging zum Diner, die Internationale Union der „Kölner“ war begraben. Hoffentlich sehen wir sie in diesem Gewande nicht mehr wieder. Fürst Alois Löwenstein, der sonst zu den „Kölnern“ gerechnet wird, war der erste, der gegen die Weltliga sprach; er führte aus, wie Katholiken hätten in der katholischen Kirche eine Weltliga, die uns vollkommen genüge.“

Ein recht interessanter Bericht, der die inneren Gegensätze im katholischen Lager grell beleuchtet. Wie es scheint, hat wieder mal die ultramontane Ethik und Brüderlichkeit sich in ihrer ganzen Glorie gezeigt.

25 Millionen für Zwecke der Landeskultur in Preußen.

Die preussische Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, der einen Kredit von 25 Millionen zur Förderung der inneren Kolonisation vorsieht. Es sollen verwendet werden 12 Millionen für Kultivierung der fischreichen Hochmoore in Ostpreußen, 10 Millionen für erweiterte Stammeinlagen des Staates bei den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften in Ostpreußen, Pommern und Brandenburg, sowie für Erhöhung des Zwischenpreises, der zwischen dem Ankauf des Grund und seiner Veräußerung gewährt wird. Weitere 3 Millionen, die in der Kreditvorlage ent-

halten sind, würden für die Domänen in Frage kommen, die mehr als bisher zur Aufzucht und zur Ansiedlung von Landarbeitern herangezogen werden sollen.

Dann soll in Verbindung mit der Kreditvorlage zu erwarten sein, daß die Beleihung der Rentengüter, die sich jetzt auf 75 Proz. des Wertes stellt, auf 90 Proz. des Tagewertes erhöht wird.

Die Vorlage soll dem Landtage noch vor den Weihnachtsferien zugehen.

Der Segen der Einfuhrzölle.

In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres ist nach der amtlichen Statistik des Deutschen Reiches ein Zoll von 82,59 Mill. Mark mittels Einfuhrzölle beglichen worden, gegen nur 66,55 Mill. Mark in dem gleichen Zeitraum des Jahres 1911. Gegenüber dem Vorjahre ist also bisher eine Zunahme von 16,01 Mill. Mark zu verzeichnen und auch das Jahr 1910, das bis dahin die höchste Ziffer gebot hat, ist noch um über drei Millionen Mark übertroffen worden. Es ist hierbei aber zu berücksichtigen, daß in den beiden vorhergehenden Jahren noch 6,60 Mill. Mark und 11,89 Mill. Mark Zoll für Kaffee und Petroleum mittels Einfuhrzölle beglichen werden konnten, was jetzt nicht mehr zulässig ist.

Die angerechneten Einfuhrzölle lauten über 7,42 Mill. Doppelzentner Roggen (im Vorjahre 6,56 Mill. Doppelzentner), 5,37 (4,08) Mill. Doppelzentner Weizen und 3,00 (2,06) Mill. Doppelzentner Hafer. Für sonstige Waren sind nur in geringem Maße Einfuhrzölle erteilt worden. Es sind also auf diese Weise zur Hebung des Inlandspreises seit dem 1. Januar d. J. 12,79 Mill. Doppelzentner Brotgetreide in das Ausland ausgeführt worden.

Unsere Zukunft liegt in der Luft.

Die Luftflottenvereiner tagten am verflorenen Sonntag in Kassel. Wassermann präsierte in Vertretung des verhinderten Fabrikanten Lang, dessen Führung im Luftflottenverein allein genügt, um diesen als Werkzeu von Kapitalisten zu charakterisieren, die an der Schaffung einer Luft-Kriegsflotte materiell interessiert sind. Es wurde eine Resolution angenommen, die den Reichstag bittet, die Forderungen der Verbündeten Regierungen auf Schaffung einer starken deutschen Luftflotte, sowie auf Schaffung von Stützpunkten in Gestalt eines Netzes von Luftschiffhallen, Luftschiffhäfen und Clappenanlagen tatkräftig zu unterstützen. Wassermann wurde schließlich zum zweiten Vorsitzenden des Vereins gewählt. Ob man ihn für diesen Posten besonders geeignet hielt, weil die Führung des schwankenden Schiffes der nationalliberalen Partei seine politische Aufgabe ist? Oder wollten die Flugzeug-interessierten Wassermann auf die parlamentarische Vertretung ihrer Wünsche verpflichten?

Aus einer schwarzen Gemeinde.

Unser Bochumer Parteiorgan veröffentlicht folgende Auszüge aus dem Geschäftsbericht der vom Rentrum beherrschten Gemeinde Gladbeck in Westfalen. Das Ausgabenbudget vom Jahre 1911 enthält u. a. folgende Posten:

Knoke, Begemeister, Soalkartoffeln . . .	117,75 M.
Kgl. Vergütung, Verpflegung der	
Kassierer im Streit . . .	678,06 „
Amtsekretär, Anfertigung der Jagdliste . . .	100,— „
Rechtsanw. Wulsh, Wahrnehmung als Vorsitzender am Kaufmannsgericht . . .	1000,— „
Kilster, Ulrich, Klavierkauf	880,— „
Tunngeräte	48,— „
Juntamp, Wikar, Religionsunterricht . . .	110,— „
Beder, Pfarrer	59,— „
Berron, Professor	55,— „
Kölnische Volkszeitung	20,— „
Balanzlisten	20,— „
Berron, Professor, Religionsunterricht . . .	55,— „
Beder, Pfarrer	165,— „
Kath. Kirchengemeinde, 4. Rate	8000,— „
Blauert, Pfarrer, Tätigkeit der evgl. Schwester	250,— „
Für den Feldweibel zu den Weidbetagen . .	180,— „
Jahresbeitrag für den Vaterländischen Frauenverein	100,— „
Storlebaum, Oberlehrer, Jugendpflege zc. .	520,— „
Hortmann, Kaplan, 2 Vorträge gehört in Heddinghausen	18,— „
In Sachen Röder	50,— „
Zappe, Wikar, niedergeschlagene Lustbarkeitssteuer für den katholischen Knappenverein	15,— „
Hygieneausstellung Dresden, Dr. Fischer . .	67,— „

Die Ausgabenposten regen zum Nachdenken an. Für die Anfertigung einer Jagdliste 100 M. ist viel Geld. Mäßigkeit sind die Ausgaben für das Klavier wie für die Soalkartoffeln des Herrn Knoke. Sind die Kartoffeln für die Gemeindeglieder gepflanzt? Auch wie das Klavier in Gemeindegemeinschaften verwandt werden soll, bedarf der näheren Aufklärung. Die 1000 M. für den Rechtsanwalt Wulsh sollen Spesen für 4 Sitzungen sein. Das wären sehr hohe Kosten. Auch die Posten danken uns sehr hoch, die die Geistlichen für ihren Religionsunterricht erhalten. Die Leute haben doch ihr Gehalt, das durch die Gemeinde mitaufgebracht wird. Wie kommt man zu den Nebenausgaben für den Unterricht? Am interessantesten ist jedoch der Posten, der die Ausgaben für den Kaplan Hortmann enthält. Der Kaplan hat sich in Heddinghausen 2 Vorträge angehört, nicht etwa selbst gehalten, und bekommt für diese Arbeit 18 M. Spesen.

Militärjustiz.

Ein Kanonier vom Feldartillerie-Regiment Nr. 17 wurde während des Exercierens — als er schlecht marschierte — von einem Sergeanten gefragt, was er unter dem Kommando „March, march!“ verstände. Der Soldat antwortete in spöttischem Tone „Laufen!“ Bei einer anderen Gelegenheit kommandierte ein Leutnant „Stillgestanden!“ Der Kanonier hatte den einen Fuß zu weit nach hinten gesetzt. Er sollte ihn vorstellen, was er auch tat, doch blieb der Fuß immer noch zu weit nachhinten; schließlich setzte er ihn zu weit nach vorn. In diesem Verhalten wurde Achtungsverletzung und Gehorsamsverweigerung erblickt. Der Mann kam vor das Kriegsgericht, das ihn zu der unerhöht hohen Strafe von vier Monaten Gefängnis verurteilte.

Oesterreich-Ungarn.

Immer neue Militärforderungen!

In einigen Tagen treten die zur Erledigung der gemeinsamen Angelegenheiten Oesterreichs und Ungarns (Heer, Flotte, Posten) berufenen Delegationen der beiderseitigen Parlamente wieder zusammen. Ihnen werden abermals Mehrforderungen für Ausrüstungszwecke vorgelegt werden, und zwar beim Kriegsministerium im Ordinarium 18,8 Millionen, für die Flotte 2 1/2 Millionen, für Heereszwecke in Bosnien — zur Festigung der Oesterreichtreue der dortigen, unter türkischen Zuständen lebenden Serben! — 1,2 Millionen. An außerordentlichen Krediten aber werden, in Ausführung des 1911er „Ausgestaltungsprogramms“ gefordert: vom Kriegsministerium 21

und von der Kriegsmarine gleich 68,4 Millionen Kronen. Da die Zollerträge unmöglich so gesteigert werden können, wird das österreichische Volk zu 64 Proz. und das ungarische Volk zu 36 Proz. dem erhöhten Druck der Steuerschraube quotenmäßig Rechnung zu tragen haben.

Deutschbürgerliche gegen den Krieg.

Während sich die früher so radikaloppositionellen Deutschbürgerlichen in den letzten Jahren immer mehr zu den willfährigen Nameluden der Regierung entwickelt und namentlich in Militärbegeisterung das Tollste geleistet haben, fand doch bei zwei ziemlich einflussreichen Parlamentariern, den Reichsratsabgeordneten Dr. v. Demele-Schlesien und Dr. Licht-Währten, die Vernunft ihren Ausdruck in zwei Reden, die ganz ebenso wie unsere Genossen aussprachen, daß es auf dem Balkan überhaupt nichts geben könne, was ein kriegerisches Eingreifen rechtfertigen würde, und daß Oesterreich nur im friedlichen Einvernehmen mit dem Balkanbund gedeihen kann. Freilich gehören diese zwei auch der fast verschollenen deutschen Fortschrittspartei an, die vorläufig noch obensitzenden Deutschradikalen schreien nach dem Krieg, von dem sie nämlich eine dauernde Juriidkrängung der Arbeiterbewegung erhoffen.

Demonstrationen in Budapest.

Budapest, 4. November. (Privattelegramm des „Sowarits“) Kaiser Franz Josef stattete der ungarischen Hauptstadt am Montag einen Besuch ab. Unsere Budapesterteilblätter „Nepzava“ und „Volkstimme“ haben aus diesem Anlaß am Montag einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

Bei der Ankunft des Königs in Budapest muß auch das arbeitende Volk zugegen sein. Es muß demonstrieren gegen die Männer, welche gegenwärtig an der Spitze der Regierung stehen, das Wahrecht mit Gewalt dem Volke vorenthalten und die Kriegshege inaugurierten. Jeder Arbeiter hat auf dem Westbahnhof oder in den Straßen, durch welche der König zur Hofburg fährt, zu erscheinen und dort zu demonstrieren.

Infolge dieses Aufrufes haben die Arbeiter am Montag früh aus eigener Initiative mit den Fabrikanten verhandelt und gefordert, daß die Arbeit um 4 Uhr nachmittags in allen Fabriken eingestellt werde. Die Fabrikanten gingen darauf ein und bewilligten Arbeitsruhe von 4 Uhr ab. Schon lange vor der Ankunft des Königs, um 5 Uhr nachmittags, fanden Zehntausende von Menschen vor dem Bahnhof und auf den Straßen, die der König passieren mußte. Die Polizei, die Spalier gebildet hatte, verhielt sich passiv und ließ die Massen gewähren. Bei der Ankunft des Königs riefen die Demonstranten: Nieder mit der Regierung! Es lebe die Republik! Nieder mit Lukacs und Tisza! Ein riesiger Lärm wogte durch die Straßen. Die Polizisten jedoch kümmerten sich nicht um die Demonstranten und beschränkten sich auf die Spalierbildung. An mehreren Stellen wurde der Polizeifordon durchbrochen und die Massen liefen den königlichen Equipagen nach. Vor dem Krankenhaus kam es später zu einem Zusammenstoß mit berittenen Polizisten, wobei es auch einige Verwundete gegeben haben soll. In den Hauptverkehrsstraßen wurden verschiedentlich Schaufenster eingedrückt. Ein großer Demonstrationzug kam sichtlich vor das Geschäftskolossal der „Nepzava“. Dort hielt Parteisekretär Karkas eine Ansprache, in der er betonte, daß nun der alte König davon überzeugt sein könne, daß das arbeitende Volk in Ungarn nicht eher Ruhe gibt, als bis das allgemeine, gleiche Wahlrecht eingeführt ist. — Für den Abend werden Anruhen befürchtet, da die Arbeiter auf den Straßen in großen Massen umherziehen.

Rußland.

Die Dumawahlen.

Petersburg, 3. November. Bis Mitternacht waren 266 Dumaausgewählte gewählt, darunter 103 Mitglieder der Rechten, neun der gemäßigten Rechten, 32 Nationalisten, 52 Christen, 11 Fortschrittliche, 28 Kadetten, 6 Sozialdemokraten, 6 Mitglieder des Volksklubs, vier polnische Sozialdemokraten, drei polnisch-litauische Reichsräte, ein litauischer Nationaldemokrat, 6 Mitglieder der Linken, 3 Russen und 2 Inparteiliche.

China.

Eine Bewegung gegen das ausländische Kapital.

Schanghai, 31. Oktober. (Meldung der „Agence d'extreme orient“.) Die Unzufriedenheit der Presse und der Bevölkerung mit dem Verhalten der Banken, die dem Einfluß des Konfuzius unterworfen sind, hat sich noch infolge der Haltung, die diese Institute gegenüber der Anleihe Crisp einnehmen, vermehrt. Die drei großen Parteien, die Nationalisten, die Republikaner und die Nationaldemokraten, haben an die Zeitungen, die Handelskammern und die Großhändler in dieser Sache ein Manifest gerichtet, das in allen Provinzen veröffentlicht worden ist.

Es heißt darin:

„Das Sechsmächte-Konfuzius hat in bezug auf die geplante große Anleihe unerfüllbare Bedingungen gestellt und den Vertrag vom 9. März 1912, der eine Vorschusszahlung an China vorsieht, nicht innegehalten. Der Finanzminister hat daher den Mitgliedern des Konfuzius mitgeteilt, daß China sich genötigt sehe, eine kleinere Anleihe zur vorläufigen Deckung der notwendigen Bedürfnisse des Staates aufzunehmen.“

Es muß jedoch festgestellt werden, daß die Unterhandlungen mit dem Konfuzius über die Aufnahme einer Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling noch andauern. Die Regierung hat durchaus den Wunsch, mit den Banken der sechs Mächte weiter die besten Beziehungen zu unterhalten. Aber während die Regierungen resp. die diplomatischen Vertreter dieser Staaten eine freundschaftliche Haltung bewahren, versucht das Konfuzius einen Druck auf das Land auszuüben, indem es den von ihm abhängigen Banken verbietet, die Anleihe Crisp abzuschließen und darüber zu verhandeln. Solche unqualifizierten Manöver bedrohen direkt die Existenz der Republik.

Auf dieses Vorgehen können wir nur folgende Antwort erteilen: Die betreffenden Banken haben bedeutende Summen von chinesischen Industriellen, Kaufleuten und kleineren Gewerbetreibenden in Gebrauch. Mit chinesischem Gelde betreiben sie also den Ruin Chinas. Alle Chinesen, die einer Konfuziubank Geld in Depot gegeben haben, müssen wissen, daß der Zeitpunkt gekommen ist, dieses Geld zurückzugeben und es in die Hände von solchen ausländischen Banken zu geben, die unsere Interessen repräsentieren.

Als Konfuziubanken werden an dieser Stelle in dem Manifest die „Deutsch-Asiatische Bank“, die „Bank Ruso-Asiatische“, die „Indo-Chinesische Bank“ und die „Amerikanische Bank“ bezeichnet. Dadurch würde niemand seinen Interessen zuwiderhandeln und außerdem ein Gebot des Patriotismus erfüllen.“

Das Manifest macht überall einen großen patriotischen Eindruck und ist von den drei großen Parteien unterzeichnet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik in den chirurgischen Fabriken ist beendet, die Sperre deshalb aufgehoben. Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik der Messingpumper bei der Firma Carl Regel dauert fort. Die Hingegarde, die sich der Firma Regel als Ersatz für ihre erprobten langjährigen Messingpumper hat kommen lassen, ist nach wie vor am Werke. Samstag Abend vormittag drei Fensterpumper bei der Arbeitsstelle Seidenhaus Braun, Unter den Linden, Ecke Wilhelmstraße, an die Arbeitwilligen heranzutreten und ihnen in der ruhigsten Weise erklärten, daß die streikenden Messingpumper wegen Erhöhung ihres so geringen Lohnes in den Streik getreten seien, schleppten die Arbeitwilligen die drei Fensterpumper auf den Straßendam. Die Firma Braun bezichtigte darauf, ihre Arbeiten von diesen Leuten weiter verrichten zu lassen. Sie schickte die Arbeitwilligen nach Hause. Die Firma Regel wird nachgecade eingesehen haben, daß Arbeiter a la Dinge die Streikenden nicht erziehen können. Letzten Endes hat ja die Firma Regel auch eine gewisse Rücksicht auf ihre Kundenschaft zu nehmen. Daß die Anführer der Arbeitwilligen, der Streikbrecheragent Carl Boh sowie der Bohrer Herrman Bölicher zur Hebung des Geschäfts der Firma Regel beitragen, glaubt letztere wohl selbst nicht. In dieser Woche wird sich eine öffentliche Versammlung mit dem Streik der Firma Regel beschäftigen. Weitere Verhandlungen, die eventuell zur Beilegung des Streiks führen, sollen nach angebahnt werden. Die Streikenden hoffen, daß die Firma Regel letzten Endes auch ihrerseits den Einheitsstarif anerkennen wird.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin.

Die Affordmurer versammelten sich am Sonntag vormittag in den Industriefabriken, Reuthstraße, zur Besprechung der Situation, die sich gegenüber der bevorstehenden Lohnbewegung im Bauwesen für die Affordmurer ergibt. Dankte vom Deutschen Bauarbeiterverband legte die Notwendigkeit einer Regelung der Verhältnisse des Affordmurers dar. Der Widerstand der Unternehmer gegen eine solche Regelung zeige deutlich, daß die bestehenden Zustände ihnen zum Nutzen, den Arbeitern aber zum Schaden gereichen. Sie werden sich aber damit abfinden müssen, daß der nächste Vertrag Affordmuration festlegt. Der Antrag dazu wird jedenfalls vorliegen und es kommt auf die Affordmurer an, ob die Bewegung in ihren Reihen die nötige Unterstützung findet. Dankte Ausführungen fanden in der Diskussion Zustimmung und die Versammlung wählte in die vorbereitende Kommission 6 Mitglieder. Die Vorschläge der Kommission werden einer späteren Versammlung zur Beratung vorliegen. — Danke machte noch bekannt, daß gegenwärtig die Arbeiter an den Bauaufzügen mit den Unternehmern Verhandlungen führen, um die Arbeitsverhältnisse zu regeln.

Der Kalkulierstreik bei der Expeditionsfirma A. Krickel ist beilegt. Am Montag vormittag hat zwischen der Geschäftsleitung der Firma und Vertretern des Transportarbeiterverbandes eine längere Aussprache stattgefunden, welche dann auch zu einer Verständigung geführt hat.

Streik der Maschinisten und Heizer, bei der Firma Klinger, A.-G., Saarbrücker Straße. Seit Montag, den 4. d. M., stehen die Maschinisten und Heizer genannter Firma wegen Lohnforderung und Nichtanerkennung der Organisation im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Jahrestelle Groß-Berlin.

Deutsches Reich.

Wahlen zur Angestelltenversicherung.

In der Amtshauptmannschaft Leipzig erhielten die Hauptauschubverbände 657 Stimmen, 2 Vertreter und 4 Ersatzleute. Die Freie Vereinigung brachte es auf 232 Stimmen. Sie erhielt einen Vertrauensmann und einen Ersatzmann. Obwohl ein schöner Erfolg der Freien Vereinigung in der Hochburg der nationalen Handlungsgesellenverbände.

In Erfurt entsieen auf die Liste der Freien Vereinigung 378 Stimmen. Nur der Leipziger Verband konnte eine höhere Stimmengahl (414) aufweisen; alle anderen Verbände erhielten weniger Stimmen. Trotzdem die Freie Vereinigung die zweimeiste Stimmengahl auf sich vereinigte, bekommt sie bei der Verteilung der Sitze nur einen Erfahmann, da auch hier der Hauptauschub sich das System der verbundenen Listen zunutze machte.

Der Streik bei der Weltfirma „Schlesische Holzindustrie“ in Langenöls hat nach zweiwöchiger Dauer mit einem glänzenden Siege der Arbeiter geendet. Die Arbeiter hatten bekanntlich als Antwort auf die von neuem eingehende Mahregelungspraxis der Firma die Forderung aufgestellt, daß in Zukunft die Regelung ihrer Lohnverhältnisse durch die Organisation zu erfolgen habe, ferner hatten sie eine Anzahl von materiellen Forderungen gestellt, die für das künftige Vertragsverhältnis gelten sollten. Die Firma antwortete darauf mit der Anwendung einiger Duzend der berühmten Kocamareffekte, deren Einzug in das friedliche Dertchen Langenöls wie Sprengpulver nicht nur bei der gesamten Bevölkerung, sondern auch bei den bis dahin sehengebliebenen Leuten des Betriebes wirkte. O diese nützlichen Elemente! Mit dem Augenblick ihres Eintreffens war es mit der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vorbei. Die Frechheiten und Provokationen dieser Leute gingen der gesamten Bürgerschaft, die sich bis dahin völlig neutral verhalten hatte, denn doch zu weit. Die Herren Rüstlichen brachten es durch ihr Verhalten in ein paar Tagen fertig, der Direktion die vollständige Unhaltbarkeit des durch sie hervorgerufenen Zustandes so deutlich klar zu machen, daß dadurch der Weg für eine Verständigung mit den Streikenden und deren Organisationen geebnet wurde. Im Beisein der Direktion traten die beiderseitigen Zentralvorstände in Berlin zu einer Besprechung zusammen, um die Friedensbedingungen und die eventuelle Wiederaufnahme der Arbeit durch die alten Arbeiter in die Wege zu leiten. Die Arbeitervertreter stellten hierbei das Verlangen, am Orte selbst im Beisein der Arbeiter des Betriebes über diese Frage zu verhandeln, was alsdann am 3. November geschehen ist. Die Situation war jetzt so, daß die Firma gerade wegen der herangezogenen Arbeitswilligen dem Kampfe ein Ende machen mußte; sonst hätten diese Elemente am Ende nicht nur den ganzen Betrieb, sondern das ganze Dorf demoliert. Wer nicht persönlich die Gemeingefährlichkeit der Streikbrecher miterlebt und kennen gelernt hat, vermag sich kaum einen richtigen Begriff davon zu machen, was es heißt, sich in deren Nähe aufhalten zu müssen. So lautete denn die erste Bedingung für eine Verständigung: Sämtliche von auswärts herangeholten Arbeitswilligen werden sofort entlassen. Es ist weiter vereinbart, daß sämtliche alten Arbeiter sofort wieder eingestellt werden und daß Mahregelungen nicht stattfinden dürfen.

Bezüglich der künftigen Vertragsverhandlungen ist abgemacht, daß die Firma sich jeglicher Einzelverhandlungen oder Einzelabmachungen über die Regelung der Arbeitsverhältnisse enthält und dieses in Zukunft nur mit den Organisationen erledigt wird. Die Firma erklärt sich bereit, bei diesen Verhandlungen, die alsbald aufgenommen werden sollen, eine einwöchige Arbeitszeitverlängerung und Lohnhöhung grundsätzlich zuzugestehen. Ferner sollen die Vertragsbestimmungen der Verträge des Holzgewerbes angepaßt sowie die jetzt von den Arbeitern erhobenen sonstigen Forderungen als Grundlage für die Verhandlungen anerkannt werden.

Die bisherige Vereinbarung der Firma in Langenöls auf Nicht-einmischung von Arbeitern eines anderen Betriebes wird als unzulässig erklärt. Es darf in Zukunft den Arbeitern in dieser Beziehung nichts in den Weg gelegt werden. Bei neuen Affordarbeiten soll in Zukunft dem betreffenden Arbeiter sein früherer Durchschnittsverdienst garantiert sein. Alle gegenseitigen Mahregeln, wie Kündigung der Wohnungen, Entlassungen, Sperren usw., gelten als aufgehoben.

Nachdem die Räumung des Betriebes von Arbeitswilligen bis

zum Mittag des 4. November von der Direktion zugesagt worden war, beschloßen die Streikenden ziemlich einstimmig, nunmehr die Arbeit wieder aufzunehmen.

Maurerstreik in Braunschweig.

In einer überaus stark besuchten Versammlung des Bauarbeiterverbandes wurde einstimmig beschlossen, als Antwort auf den Tarifbruch des Verbandes der Bauunternehmer bei den folgenden Firmen: Kuntze, Morgenstern, Bartels, Polle und Krause die Arbeit niederzulegen. Der Unternehmerverband hat trotz Tarifvertrages 50 Bauarbeiter ausgesperrt, worauf sofort 80 Junggefellern aus Braunschweig abreißen. Über 200 Maurer und Bauarbeiter befinden sich im Streik. Der Streik soll weiter ausgedehnt werden, wenn die Sperre der fünf Firmen nicht bewirkt, daß der Unternehmerverband seinen Tarifbruch rückgängig macht.

Zur Aussperrung in der Unioniererei zu Königsberg i. Pr. Der Kampf wird in vollem Umfange weitergeführt. Die Direktion hat sich jetzt zur Verrichtung der komplizierten Arbeiten — der Betrieb stellt in erster Linie Lokomotiven her — eine Anzahl Hingegarden aus allen Himmelsrichtungen kommen lassen. Ihre Ausreise bewies, daß sie in den Kesseln der Großstädte aufgeflogen waren. Manche waren mit langen Messern und Revolvern bewaffnet, die sie dem Publikum zeigten. Die Streikbrecher werden in der Fabrik verpflegt und sich natürlich hier gemüßliche Tage verschaffen, denn das ist ja der Zweck ihrer „Tätigkeit“. Die Meister der Fabrik haben eingesehen, daß sie mit diesen Leuten unmöglich Lokomotiven bauen können; sie haben die Verantwortung für die Arbeit abgelehnt, und die Direktion hat darin einwilligen müssen.

Die Streikenden und Aussperrten sind daher guten Mutes; wissen sie doch, daß mit den Hingegarden der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden kann. Eine Versammlung hat sich mit der Situation beschäftigt. Da die Direktion beschlossen hat, jetzt auch die Feuerzuzug zurückzuziehen, so faßten die streikenden Hilfsarbeiter den Beschluß, an ihrer ursprünglichen Forderung der Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 Pf. festzuhalten. Um aber die Möglichkeit einer Einigung offen zu lassen und um zu zeigen, daß sie immer noch die Hand zum Frieden bieten, haben die Hilfsarbeiter beschlossen, das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzuerkennen. Es wird sich dann zeigen, wenn es vor allem auf eine Kraftprobe ankommt.

Am Vorabend der Wahl.

Um eine letzte Heerschau vor der Schlacht abzuhalten, ein anfeuerndes Wort in letzter Stunde an die Wähler zu richten, hatten die Parteigenossen des ersten Wahlkreises gestern Abend wieder eine Wählerversammlung nach dem großen Saale des „Marinehauses“ einberufen. Gleich allen vorhergehenden Versammlungen war auch diese letzte Veranstaltung sehr stark besucht. Kampfesfrohe Erwartung, ein Spiegelbild der Stimmung, welche unsere Wählerkreise beherrscht, besetzte die Anwesenden. Kampfesfreude sprach auch aus den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Genossen Adolf Hoffmann. Treffend kennzeichnete er die Politik des Freisinn als eine solche, die sich in den wichtigsten Fragen von der reaktionären Politik der Konservativen kaum noch unterscheidet. Wenn die Fortschrittliche Volkspartei noch eine ernste Oppositionspartei wäre, dann müßte sie sich der Art, wie sie den Wahlkampf in diesem Kreise führt, schämen. Man scheut sich nicht Stimmung zu machen durch den Hinweis, daß der Wahlkreis, in dem sich das Königsschloß befindet, nicht durch einen Sozialdemokraten vertreten sein dürfe. Man empfiehlt den fortschrittlichen Kandidaten Kampf damit, daß ihn der Kaiser empfangen habe. Und eine Partei, die mit solchen Mitteln den Wahlkampf betreibt, nennt sich „Volkspartei“. Nicht ihr Anhang im Volke, sondern die eigenartige Konstruktion dieses Wahlkreises ist es, worauf die Fortschrittler noch einmal ihre Hoffnungen setzen. Die Wählerzahl des Kreises schrumpft von Jahr zu Jahr mehr zusammen. Die Wohnhäuser werden abgebrochen, um Geschäftspaläste Platz zu machen. Sollte der Freisinn den Kreis diesmal noch bekommen — was wir nicht erwarten — dann ist auch Herr Kampf nur auf Abbruch gewöhnt. An und aber wird es liegen, schon jetzt zu verhindern, daß der erste Wahlkreis wieder freisinnig vertreten wird. — An der Hand ihrer Taten in der Kommune, im Staat und im Reich zeigte der Redner, wie die Freisinnigen sich immer weiter nach rechts entwickelt haben. Scharf fielen die Geißelstiche nieder auf die Gefolgschaft einer Partei, die sich heuchlerisch als Vertreterin des Volkes aufspielt und doch schließlich mit der Reaktion geht. — Morgen ist der Tag — so schloß der Redner unter stürmischem Beifall — wo wir wieder zum Sturm auf den ersten Wahlkreis antreten. Unsere Gegner können sicher sein, daß wir den Kreis solange hürnen, bis wir ihn erobert haben. Und wenn er mit Ketten an den Himmel geschlossen wäre, wir holen ihn herunter. Das kann schon morgen geschehen, wenn jeder unserer Wähler seine Schuldigkeit tut. Wir ruhen nicht, bis den letzten bisher noch freisinnig vertretenen Berliner Wahlkreis der Diwoll geholt hat.

Genosse Diwoll, mit stürmischem Beifall empfangen, nahm hierauf das Wort. Klar und scharf zeichnete er die prinzipiellen Gegensätze zwischen dem Liberalismus und der Sozialdemokratie. Jener ist die Vertretung der Interessen des Kapitalismus, diese vertritt ohne Rücksicht die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Wer es mit dem Volke hält, dem kann die Wahl nicht schwer fallen. Schließlich streifte der Redner die persönliche Kampfesweise der Freisinnigen und sagte: Das „Berliner Tageblatt“ schrieb: „Hören Sie auf, Herr Diwoll, sonst wird den Wählern übel.“ Darauf konnte ich antworten: „Das Blatt des Herrn Koffe redet jetzt schon in der Gasse.“ (Stürmischer Beifall.)

Die Ausführungen eines Diskussionsredners, der seine Kollegen, die Handlungsgesellen, zur Stimmabgabe für Diwoll aufforderte, sowie die anfeuernde Schlussrede des Genossen Hoffmann gaben Zeugnis von der Kampfesfreudigkeit, mit der unsere Parteigenossen in die Wahlkampf ziehen.

Der Balkankrieg.

Konzentration der serbischen Truppen.

Belgrad, 4. November. (W. Z. B.) Nachdem die Konzentrierung der Armee des Kronprinzen, deren Truppenkolonnen sich infolge des fluchtartigen Rückzuges der Türken auf einen sehr weiten Gefechtsraum ausgebreitet hatten, bei Köprükü beendet ist, traten die Vortruppen der Armee gegen Saloniki und Konstantinopel an und haben bereits Demirovatz erreicht. Die dritte serbische Armee rückt in der Richtung gegen Durazzo vor, während General Jivovic sich unmittelbar vor Skutari befindet. General Stepanowicz ist mit dem größten Teil der zweiten serbischen Armee zu den Bulgaren nach Adrianopel abgegangen.

Die Schlacht bei Zenidze.

Athen, 4. November. (W. Z. B.) Der Kronprinz meldet: Die feindliche Armee bei Zenidze bestand aus der ganzen Division von Serres und anderen Streitkräften, zusammen 25 000 Mann mit 24 bis 30 Kanonen, und hatte eine feste Position inne.

Nach großen Verlusten löste sich die türkische Armee auf. 14 Geschütze und 4 Retrakillen wurden erbeutet, zahlreiche Gefangene wurden gemacht. Die Umgebung von Zenidze ist mit Toten bedeckt, die Straße nach Saloniki ist mit Kriegsmaterial übersät.

Der Wahlkampf in Berlin.

Das Anrecht auf den ersten Kreis.

Der Freisinn schwärmt nun für das gleiche Wahlrecht und für die Neueinteilung der Wahlkreise, trotzdem reklamiert er um der Gerechtigkeit willen das Mandat des 1. Kreises für sich.

Zur Illustration des gleichen Wahlrechts, wie es in Groß-Berlin zum Ausdruck kommt, geben wir noch folgende Zusammenstellung:

Table with 2 columns: Category and Value. Includes rows for population of 8 Berlin districts, average voters per mandate, and population of Kreis I.

Der erste Kreis hat ein Achtel, also fast 13 Proz. der Mandate zu beanspruchen, er stellt aber nur 0,016 Proz. der Bevölkerung und 0,014 Proz. der Wahlberechtigten.

Das Eigentum!

In einem der freisinnigen Flugblätter wird behauptet, die Sozialdemokratie wolle das „Eigentum abschaffen“.

Die Sozialdemokratie will das Eigentum nicht abschaffen, sondern eine Gesellschaftsordnung herbeiführen, die das Zusammenhängen unermesslicher Reichtümer in den Händen weniger und die Verschlosigkeit der großen Masse Reichthumschaffer verhindert.

Der Freisinn fühlt sich als Verteidiger des Eigentums der Herrschenden. Dafür sich zu begeistern, hat für die Hohenklasse gar kein Interesse.

Kleines Feuilleton.

Die Befestigungslinie von Tschataldscha. Die heute vielgenannte Tschataldscha-Linie, mit Ausnahme der alten byzantinischen Wälle die letzte Verteidigungsposition vor Konstantinopel und der Punkt, an dem man den letzten Widerstand der Türkei erwartet, liegen etwa 82 Kilometer von Konstantinopel entfernt.

Theater.

Im Neuen Volks-Theater ließ am Sonnabend die Neue Freie Volksschule ein seltsam Lieb erklingen: die Ballade vom deutschen Sohn, die Wilhelm Schmidthorn in „Ritter Landstraße“ neu gefaßt hat.

Der Dichter verhält, da er das letzte Wort: die Verzeihung nicht aussprechen wollte, aber der Kontrast selber, auf dem das Stück beruht, ist mit harter Unerbittlichkeit hingestellt.

Den unerbittlich hartherzigen, von Schrecken und heute unmöglichen Sittlichkeitsvorstellungen besangenen Vater spielte Robert Müller mit Recht nicht auf das Theatergenuss hinaus, er gab

Das deutsche „Nationalvermögen“!

Nach einer Berechnung von Steinmann-Bucher beträgt Deutschlands Nationalvermögen 350 000 000 000 Mark!

Die preussische Ergänzungsteuer umfaßt alle Vermögen von über 8000 M. Diese Vermögen ergaben im Jahre 1908 63 857 171 854 Mark!

Einkommen im Jahre 1911.

Table with 3 columns: Category, Income Range, and Total Amount. Includes rows for Prussia's total income, tax payers, and income distribution.

Das durchschnittliche Einkommen betrug pro Jenfit in der ersten Gruppe 1476 M. in der letzten Gruppe 246 100.

Ein Jenfit der letzten Gruppe erzielte genau so viel Einkommen als wie 166 Jenfiten der ersten Gruppe.

Die Wahl im ersten Berliner Wahlkreise und die polnischen Wähler.

Am Sonntag fand eine gutbesuchte Versammlung der polnischen Wähler statt, die Stellung nahm zu der Wahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreise.

Musik.

Das Friedrich-Wilhelmsstädtische Schauspielhaus, reich an Wechsel der dramatischen Gattungen, hat aus dem „Apollo-Variété“ herüber den vielleicht „populärsten“ Berliner Komponisten geholt, Paul Linde.

Goldem Text gegenüber vertragen auch bessere musikalische Anläufe, zu denen der Komponist das Zeug hat. Er beherrscht die Einfachheit der Mittel: er wirkt gut mit den primitivsten Nebeneinanderstellungen von Dreiklängen, als wäre er in der Operette das, was Waldemann in der Ballade und Wolf-Ferrari in der Oper ist.

Kommt dazu noch in der Aufführung das, was man „Vorstadt“ nennt, so wirkt auch der viele Ill nicht mehr ungl. Am so höher schätzt man dann Leistungen, die wie „hineinverirrt“ aussehen.

Notizen.

— Dichtabend. Die für Mittwoch anberaumte Vorlesung Johannes Schlags mußte verschoben werden.

nahmen zur Linderung (von Beseitigung gar nicht zu sprechen) der Volksnot er als vollkommen ungenügend bezeichnete.

Zu der nachfolgenden, sehr ausgedehnten Diskussion nahm als erster Redner ein Nationalpolo das Wort, der in längeren Ausführungen mit viel Temperament und wenig Klarheit sich gegen den Referenten wandte und auch den „Vorwärts“ angriff.

Darauf nahm der Kandidat des Kreises, Wilhelm Döwll, das Wort und führte, oft von säkularer Zustimmung unterbrochen, aus: Ich kann nicht in Ihrer Heimatprache reden, aber ich verstehe Ihre Heimatgefühle.

— Musikchronik. Raoul Kocalski's drittes Konzert findet unter Mitwirkung des Opernsängers Hans Spies, der zehnlieder des Konzertgebers zum Vortrag bringen wird, Dienstag in der Hochschule für Musik statt.

— Das Schicksal des Komödientheaters. Direktor Lohar hat notgedrungen von der Leitung seiner mit solchem Glanz in Szene gesetzten Gründung zurücktreten müssen.

— Der Volks-Schillerpreis der Deutschen Goethe-Vände, der in einer alle drei Jahre an Schillers Geburtstag zu verleihenden Ehrengabe von 3000 M. besteht, wurde dem Drama „Belinde“ von Herbert Kautenberg, das gelegentlich seiner Aufführung hier besprochen wurde, zuerkannt.

— Der Mann mit viel zugenuten Manieren. In seinen keltischen Beobachtungen aus dem Alltagsleben erzählt H. F. Urban (in der „Jugend“) folgenden Vorfall: In den überfüllten Vorortzug stieg eine junge Dame.

— Zohber und Held. Der „Cl de Paris“ erzählt nachstehendes Geschichtchen. Bei seinem letzten Aufenthalt in Paris versuchte der Kronprinz von Montenegro eine Anleihe unterzubringen.

— Dichtabend. Die für Mittwoch anberaumte Vorlesung Johannes Schlags mußte verschoben werden.

Brandkatastrophe in einem Londoner Warenhaus.

Durch ein schweres Schadenfeuer ist in der Nacht zum Sonntag das im Kensington-Viertel gelegene Modewarenhaus der Firma John Barker eingestürzt worden. In dem Gebäude haben zahlreiche Angestellte der Firma ihre Schlafräume. Die Angestellten, zum Teil junge Mädchen, wurden von dem Brande im Schlaf überfallen und konnten sich nur zum Teil retten. Trotz des leidenschaftlichen Eingreifens der Londoner Feuerwehr, deren Mannschaften wiederholt ihr eigenes Leben aufs Spiel setzten, kamen zehn junge Mädchen in dem brennenden Gebäude um und konnten nur als stark verkohlte Leichen geborgen werden. Elf Personen, darunter ein Feuerwehrmann, liegen im Krankenhaus an schweren Brandwunden danieder. Nach einer Meldung befanden sich unter den Toten vier weibliche Angestellte, die durch Springen aus den Fenstern ihr Leben retten wollten. Erst nach siebenstündiger Arbeit gelang es der Wehr, das Feuer Herr zu werden.

Auf dem Rückzuge.

Recht geschamig muß die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer Montagsausgabe eingestehen, daß sie ihren Lesern einen Wären aufgebunden hat, als sie feinerzeit das Staatsfinden der in unserer Politik „Großbauer und Leuerung“ erwähnten Bauernhochzeit bestritt. Wie das Leiborgan der geistig Schwerverfälligen mittelst, bedurfte es der Aufforderung des „Vorwärts“, Erfindungen einzuziehen, gar nicht, denn es sei ihm bereits mitgeteilt worden, daß in Cottbus allerdings eine große Bauernhochzeit stattgefunden habe, wie das in diesem Landesteile allgemein üblich sei. Sonderbar nur, daß das Dertelblatt die Wahrheit längst kennt und trotzdem seine Leser in dem Glauben läßt, der „Vorwärts“ habe gelogen. Aber das ist wohl nur ein Versehen, wie es auch ein recht begriffliches Rückzugsmandat ist, die Wahrheit nur halb eingestehen. Da der Einfall der Tageszeitungsleser bei aller natürlichen Veranlassung doch nicht allzuviel zugetraut werden darf, sucht die Redaktion ihren Rückzug nämlich damit zu maskieren, daß sie unserem Berichtstatter eine rege Phantasie andichtet, die die Menge der verzehrten Speisen und Getränke ins Ungeheuerliche gesteigert habe. Wir wollen darüber nicht streiten, denn einem stehenden Feinde soll man goldene Wunden bauen. Nur noch eines: Dertels junger Mann entrichtet sich auch, daß wir die Stäubung des Agartierblattes mit etwas Big besorgt haben. Kein Wunder! Beim Lesen der „Deutschen Tageszeitung“ wird man unwillkürlich humoristisch veranlagt.

Straßenbahnunglück in Posen.

Ein schwerer Betriebsunfall der elektrischen Straßenbahn ereignete sich am Sonntagvormittag in Posen. Der Anhängewagen eines Straßenbahnwagens, der wegen schlechten Funktionierens der Bremsen aus dem Betriebe geschafft werden sollte, entriß sich vormittags gegen 10 1/2 Uhr beim Vorkuppeln an einer abschüssigen Stelle der Berliner Straße den Händen der Haltenden und glitt, nur mit dem Schaffner besetzt, schneller und schneller die Berliner und die Neue Straße hinab, bis er auf dem alten Markt aus dem Gleise sprang und in ein großes Schaufenster hineinstieß, das vollständig zertrümmert wurde. Auch der Vorderperron des Wagens wurde schwer beschädigt. Hierbei wurde mehrere Personen verletzt. Der Schaffner erlitt einen Armbruch, eine Frau einen schweren Schädelbruch, ein junges Mädchen eine schwere Hüftverletzung und eine Frau einen Oberschenkelbruch. Auch mehrere Straßenpassanten wurden verletzt. Verletzte Hülfe war sofort zur Stelle; fünf Personen wurden in das städtische Krankenhaus gebracht. Zwei der Verunglückten, eine Frau und ein vierzehnjähriges Mädchen, sind im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen.

Vom Polizeidezernenten zum Rechtsanwalt.

Erechliches Aufsehen erregten vor etwa zwei Jahren die in der Presse lebhaft erörterten Verlethungen des Dezernenten des Polizeifeld Polizeiwesens Pfeiffer. Er hatte die Kriminalpolizei zur Vertuschung unangenehmer persönlicher Affären benutzt. Obwohl die Stadtverordnetenversammlung sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß Pfeiffer sofort seine Amtsfunktion aufzugeben habe, nahm die Parteimehrheit von der Einleitung eines Disziplinarverfahrens Abstand und bewilligte Herrn Pfeiffer eine jährliche Pension von 5000 M., wenn er sofort Amt und Stadt verläßt. Herr Pfeiffer ging nach Rönin und ist dort dieser Tage in die Liste der Rechtsanwälte eingetragen worden.

Kleine Notizen.

Zur Strecke gebracht. Der Vorkämpfer Biontel wurde am Sonntag von dem Berliner Kriminalbeamten Wudorf nach hartnäckigen Kampf in Breußisch-Herby festgenommen und nach Czenstochau gebracht. Bei dem sich entwickelnden Revolverkampf wurde Biontel so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Eine Person soll erschossen sein. Wudorf ist unversehrt.

Das Ende der Liebe. In Kaiserlautern wurde am Montagvormittag in der dem Apotheker Krens gehörigen Drogerie zum Kreuz der 24 Jahre alte Sohn des Besitzers und die etwa 20 Jahre alte Emma Diehl, Tochter des Portiers des Hauses, tot im Laboratorium aufgefunden. Beide hatten sich aus Liebestummer mit Hyantali vergiftet.

Im Kampfe mit Räubern. Als am Sonntagvormittag in Lodz zwei Räuber auf der Straße verhaftet werden sollten, kam es zu einem Kampfe zwischen diesen und Polizeimannschaften, wobei ein Polizeihauptmann und ein Räuber getötet, ein Polizeiuinteroffizier und ein anderer Polizeibeamter schwer verwundet wurden.

Dampferunglück auf den kanadischen Seen. Ein kleiner Passagierdampfer scheiterte auf der Fahrt von Montreal nach Colchester in der Nacht während eines schrecklichen Sturmes auf dem See Saint Louis. Sechzehn Passagiere, Männer, Frauen und Kinder, ertranken. Nur vier wurden gerettet.

Marktbericht von Berlin am 2. November 1912, nach Ermittlung des königl. Viehlpräsidiums. Markthallenpreise (Reinhandl.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 80,00—85,00. Spießbohnen, meißl. 86,00—90,00. Aunen 85,00—90,00. Kartoffeln (Kleinhandl.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schmalzfleisch 1,80—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—5,50. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Rals 1,60—3,20. Samen 1,40—3,60. Gerste 1,40—2,80. Bartha 1,00—2,40. Schote 1,60—3,20. Weiz 0,80—1,40. 60 Stück Rente 2,00—30,00.

Gerichts-Zeitung.

Sum Viehfeuchengesetz.

Gegen schändliche Auslegung des Seuchengesetzes richtete sich eine Verhandlung, die gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ehrede beschäftigte. Angeklagt wegen Uebertretung des Viehfeuchengesetzes vom 1. Mai 1894 war der Gutbesitzer und Amtmann Oelrich aus Vollerborn.

Am 15. Oktober d. J. brach unter dem Rindviehbestande auf dem Gehöft des Angeklagten die Maul- und Klauenseuche aus. Er erstattete hierauf sofort bei dem Amtsvorsteher Anzeige und sorgte für Absperrung des erkrankten Viehs. Dagegen hielt er sich verpflichtet, die in einem von dem Krankheitsherd ziemlich weit entfernt liegenden Stall untergebracht Ochsen weiter zum Pflügen zu verwenden, da diese überhaupt nicht feuchenerkrankt waren. Am nächsten Tage erschien der zuständige Gendarmerie mit seinem Gehöft und verlangte, daß die auf dem Felde verwendeten Ochsen sofort zurückgeholt würden, da sich die sog. Stallperre auch auf diese beziehe. Der Angeklagte sagte sich, da ihm mit Gewaltanwendung gedroht wurde. Wegen dieser unerlaubten Entfernung feuchenerkrankten Viehs wurde gegen O. ein Strafverfahren anhängig gemacht. Das Schöffengericht Strausberg verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 150 Mark. Auf die von O. eingelegte Berufung hin, ermäßigte die Strafkammer die erkannte Strafe auf 50 Mark. Gegen dieses Urteil legte O. Revision beim Kammergericht ein, welches das Urteil aufhob und mit der Maßgabe an die Strafkammer zurückverwies, daß festzustellen sei, ob f. B. von den feuchenerkrankten Ochsen öffentliche Wege benutzt worden seien, da hierdurch die Strafbarkeit des Handelns des Angeklagten abhängt.

In der gestrigen Verhandlung wurde nun festgestellt, daß tatsächlich öffentliche Wege oder Straßen, auf denen das feuchenerkrankte Vieh mit anderem Vieh in Verührung kommen konnte, nicht benutzt worden waren, da der Ader des Angeklagten unmittelbar an dessen Gehöft angrenzte. Der Angeklagte beschwerte sich vor Gericht in recht energischen Worten darüber, daß die Angeklagten sich nicht erst an der Hand der Besche genau informiert hätten, ehe sie die Anzeige erstatteten, durch welche ein kleiner Landwirt dem Ruin nahe gebracht worden wäre. Er selbst sei durch diese nur infolge ungenügender Kenntnis erstattete Anzeige um circa 2000 M. geschädigt worden, zu denen noch 400 M. Honorar kommen, welches er zu seinem Vieh noch am Tage vor der Flucht des Rechtsanwalts Bremerd diesem gezahlt habe.

Das Gericht kam dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu der Freisprechung des Angeklagten. Sämtliche Kosten und die Kosten der Verteidigung sowie die dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen wurden der Staatskasse auferlegt. Unter Zugrundelegung des Kammergerichtsurteils nahm die Strafkammer an, daß die Verwendung von lediglich feuchenerkrankten Tieren zum Pflügen usw. gestattet sei, wenn hierbei die Benutzung von öffentlichen Wegen vermieden werde.

Telegraphisch Geld erschwindelt.

Kuufert raffiniert durchgeführte Fälschungen von telegraphischen Gelbanweisungen, durch welche der Fiskus um nicht unerhebliche Beträge geschädigt worden ist, bildeten die Grundlage einer Anklage, deren Verhandlung das Schwurgericht des Landgerichts I in einer umfangreichen Sitzung beschäftigte. Im Interesse der Staatsicherheit wurde für den Teil der Verhandlung, in welchem die Art der Fälschungen im einzelnen erörtert werden mußte, die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Auf der Anklagebank saßen der feilere Telegraphenassistent Fritz Blund und der Reisende Gerhard Rabe, beide noch in verhältnismäßig jugendlichem Alter stehend. Blund wurde beschuldigt, im April und Mai d. J. durch mehrere Handlungen als Beamter rechtserhebliche Taten falsch beurkundet und Depeschen vorfälschlich vernichtet, gleichzeitig auch einen Betrug gegen den Reichsfiskus verübt zu haben. Rabe stand unter der Anklage der Anstiftung zu diesem Verbrechen.

Blund war früher diätarisch bei dem Haupt-Telegraphenamti in Berlin beschäftigt und war mit den technischen Einrichtungen desselben und den Formalitäten, die bei Aufgabe und Expedition telegraphischer Anweisungen zu beobachten sind, genau vertraut. Diese Kenntnis hat er dazu benutzt, um in Gemeinschaft mit Rabe die Fälschungen auszuführen, die ihnen mehrere tausend Mark eingebracht haben. Beide Angeklagte sind von der Schule her mit einander bekannt. Blund, der von Jugend an eine gewisse Grobmannhaftigkeit gezeigt hat, hatte f. B. zwei Verbindungen unter den störenden Namen „Athenaion“ und „Franconia“ gegründet, die nach Art studentischer Korporationen Feste trugen und Anspereien abhielten. Einer dieser Verbindungen gehörte auch Rabe an. Nach Auflösung dieser Verbindungen kamen die beiden Angeklagten eine ganze Zeit auselander, bis sie sich im Jahre 1911 in Reutlingen zufällig wiedertrafen und sich wieder näher trafen. Rabe war durch Kennweilen in Schulen geraten und wurde durch Blund an einen Geldverleiher gewiesen, der zur Herausgabe des Geldes durch eine betrügerische Vorpiegelung des Blund bewogen wurde. Diesem ersten Schritt vom Wege folgten dann bald weitere. Als sie eines Tages eine Restauration besuchten, bildeten dort den Gegenstand eifriger Däpats die von einem Telegraphenbeamten begangenen Telegrammfälschungen und die Möglichkeiten, wie solche ausgeführt werden könnten. Dadurch soll Rabe angeregt worden sein, durch Ueberredungskünste den Ansell Blund zu den Verbrechen zu bewegen, die sie nun vor das Schwurgericht gebracht haben. In einer äußerst raffiniert angelegten Weise, deren Andeutung der Ausschluß der Öffentlichkeit verbietet, ist es beiden Angeklagten gelungen, durch gefälschte Depeschen sich in den Besitz von 725 M., 800 M., 750 M., 800 M., 800 M. und 750 M. zu bringen.

Vor Gericht schoben sich die Angeklagten gegenseitig die Hauptschuld zu; jeder bezichtigte den anderen der intellektuellen Urheberchaft.

Das Urteil lautete gegen Blund auf 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und 450 M. Geldstrafe eventuell noch 20 Tage Zuchthaus, unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft, gegen Rabe auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 90 M. Geldstrafe eventuell noch 40 Tage Zuchthaus.

Einer Anregung folgend vereinigten sich die Geschworenen zu einem Gnadengesuch für beide Angeklagte, in welchem die Umwandlung der Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe befürwortet wird.

zufallen. Die Internationalität des Kapitals kennt keine nationalen Grenzen, sie sollen nur für die Armen vorhanden sein, um sie vom Befreiungskampfe abzulenkten. Wir aber wollen alles befreien, was Menschenanlig trägt. Wir fragen nicht danach, wo und wie eine geboren ist; uns genügt, daß einer nützliche Arbeit leistet. Wir halten es in dieser Beziehung mit der Bibel, die da sagt: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Heute aber können sich diejenigen, die wohlhabend genug sind, um nicht arbeiten zu brauchen, alles leisten, das Feinsten und Beste kaufen, während jene, die sich schinden und quälen müssen, darben und Not leiden. Wir sind Klassenkämpfer, gewiß, indem wir alle Klassengenossen anrufen zum Kampfe gegen die Klassenherrschaft, gegen die Herrschaft des Kapitals. Die heutigen Zustände bekämpfen wir, denn sie sind ungerecht und unästlich und wer an ihrer Beseitigung mitarbeiten will, muß in die Reihen der Sozialdemokratie treten.

Die Ausführungen Döwells wurden von den Anwesenden mit großem Interesse und sichtlich, andauernder Begeisterung entgegengekommen. Döwells wurde der Redner von ostentativen Beifallsäußerungen und Händeklatschen unterbrochen, und selbst die antwortenden National- und Zentrumspolken, die vorher ihr Temperament nur mühsam abgeln konnten, vermochten sich der Wirkung dieser überzeugenden und reichhaltigen Worte und Gründe nicht zu entziehen und folgten gespannt den Darlegungen des sozialdemokratischen Kandidaten. Jedenfalls hat diese Versammlung zur Evidenz bewiesen, daß die übergroße Mehrzahl der politischen Wähler getragene politische Reife und Einsicht besitzt, um der Partei ihre Stimme zu geben, die bisher die Interessen aller politisch und wirtschaftlich Unterdrückten am wirksamsten und rücksichtslosesten vertreten hat. Die wenigen verhephten und fanatisierten Außenleiter ober unter den politischen Klassengenossen werden, wenn nicht jetzt, so doch später einmal zu dem erschreckenden Bewußtsein gelangen, bis dahin ihren eigenen Wegger gewählt, die Hute, die sie gezüchtigt, selbst gebunden zu haben. Das begeisterte Hoch jedoch, mit dem die Versammlung ausklang, soll ein gutes Omen für den Ausgang des Wahlkampfes sein, so daß allen gegnerischen Bemühungen zum Troste, am 6. November über dem letzten Berliner Wahlkreise das rote Banner auch noch weht!

Liberales Hilfegeheul.

Im ersten Reichstagswahlkreis hatte die „Fortschrittliche Volkspartei“ für ihren Kampf das „liberale Bürgerertum“ am Sonntag noch einmal zu einer „großen Kundgebung“ zusammenberufen, die im Lokal „Poljäger“ (Königgräber Straße) stattfand. Lange vorher war eifrig genug die Werbetrummel gerührt worden, aber die möglichst imponierende Versammlung zustande zu bringen, aber der Saal füllte sich nicht ganz. Nicht weniger als sechs Redner hatte man aufgeboden, die die Verdienste der „Fortschrittlichen Volkspartei“ im allgemeinen und des Herrn Raempff im besonderen priesen sollten. Aus der ganzen Redezeit sprach trotz aller zur Schau getragenen Siegeszuversicht die bleiche Furcht, den Liberalismus aus seinem letzten Berliner Schlußpunkt herausgepreist zu sehen, und die ohnmächtige Wut darüber, daß die übrigen bürgerlichen Parteien ihm nicht ohne weiteres bestehen wollen. Wenn es gegen die Sozialdemokratie geht, müssen alle bürgerlichen Parteien gemeinschaftliche Sache machen — das war der Grundgedanke, der diese Kundgebung des liberalen Bürgerertums“ befeuerte. Ein verarmtes Hilfegeheul war's, was die sechs Redner einer nach dem anderen anstimmten.

Den Reigen eröffnete Herr Raempff selber. Er beteuerte, er und seine Partei wolle die Unzufriedenheit beseitigen, die Klassen ausöhnen, alle Teile des Volkes glücklich machen. Für eine raiche Aufhebung der Zölle ist er nicht zu haben, vielmehr hält er hier das „Jammern langsam voran!“ für richtiger, weil sonst „unheilbares Elend“ über die deutsche Arbeiterbevölkerung hereinbrechen müsse. Die Dienste, die seine Partei dem Militarismus und Marxismus geleistet hat, gelten ihm als ein besonderer Ruhmesdiel. „Ich bin“, rief er aus, „stolz darauf, daß unter meiner Präbidentchaft die Heeres- und Marinevorlagen angenommen worden sind, wie es der Würde und dem Ansehen des Deutschen Reichstags entspricht.“ Er wollte glauben machen, daß er „getroft“ in diesen Wahlkampf gehe. Keutrige Kohlen auf Haupt sammeln will er den anderen bürgerlichen Parteien, die nicht an seiner Seite kämpfen. Er wird nicht mit ihnen, aber für sie — sagte er — den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen. Abgeordneter Wiemer pries Herrn Raempff als den Vertreter von Handel und Industrie, der unbedingt im Reichstag nötig sei. Den Vorwurf, daß der Vorkienmann Raempff die Interessen des Großkapitals fördern könnte, wies er zurück. Rein, Herr Raempff habe „ein warm schlagendes Herz für die Besiglofen“. Auch Wiemer rühmte, was die „Fortschrittliche Volkspartei“ für die „Stärkung der Wehrkraft“ getan habe. Und da sollten nicht die Konserwativen statt ihres Ulrich den Fortschrittler Raempff wählen können? „Wenn der Kaiser Wähler wäre, so ist — sagte er — noch nicht so ganz sicher, ob er für Ulrich oder für Raempff stimmen würde.“ Abgeordneter Vahnke schilderte die „Fortschrittliche Volkspartei“ als eine Partei, die für Arbeiterfürsorge eintrete und das Koalitionsrecht hochhalte. Hinterher hob er freudig hervor, daß für Raempff sogar Innungsobermänner sich erklärt haben. Innungsleute pflegen nun allerdings nicht für Reichstagskandidaten zu schwärmen, von denen sie ernsthaft eine Förderung der Arbeiterfürsorge und einen Schatz des Koalitionsrechtes befürchten. „Der Liberalismus ist auf dem Marsch!“ schloß dieser Redner. In die richtige Stimmung kam das „liberale Bürgerertum“ erst, als ein Vertreter der Nationalliberalen, der Berliner Universitätsprofessor Kahl, „an alle nichtsozialdemokratischen Wähler“ den Appell richtete, nur Raempff zu wählen. Den Konserwativen empfahl er, ruhig ihre Stimmzetteln für Raempff abzugeben, wenn sie auch dabei eine Faust in der Tasche machen müßten. Dem Nationalliberalen dankten die Fortschrittler mit jubelndem, langanhaltendem Beifall. Als Abgeordneter Cassel das Wort ergriff, begannen die Reihen der Zuhörer sich zu lichten, weil dahinter der Sonntagstraten lodte. Herr Cassel verließ sich diesmal die er sonst so belustigend wirkt. Zum Ruhm des Herrn Raempff wählte er noch etwas wirklich ganz Neues vorzubringen, die „Verdienste“ nämlich, die Raempff als Stadtoberordneter von Berlin „sich um die gesamte Bevölkerung erworben“ habe. Was für „Verdienste“ das sein sollten, sagte er nicht. Mit einer kurzen Ansprache des schlichten Redners, des Abgeordneten Prof. v. Biszi, erzielte die „große Kundgebung des liberalen Bürgerertums“ ihr Ende.

Als Ehrensache war es von mehreren der Redner bezichtigt worden, daß der erste Reichstagswahlkreis Berlins dem Liberalismus erhalten bleibe. Als Ehrensache wird es unseren Genossen gelten, daß endlich auch er dem Liberalismus entrisfen

Zimmer größer wird die Zahl der Hausfrauen, die bei den teuren Fleischpreisen regelmäßig Knorr-Suppenwürfel verwenden, aber noch mehr Hausfrauen gibt es, die diese für jeden Haushalt nützlichen und praktischen Knorr-Suppen noch nicht kennen. Warum? Weil viele glauben, der Fabrikant könne unmöglich für 10 Pf. 3 Teller gute Suppe liefern. Warum kann Knorr für wenige Pfennige soviel bieten? Weil in dem großen Fabrikbetrieb alle Vorteile des Einkaufes, der Herstellungsweise und des Betriebes sich vereinigen. Jeder, der für 10 Pf. einen Knorr-Suppenwürfel kauft, zieht aus all diesen Vorteilen Nutzen. Probieren Sie einen Knorr-Suppenwürfel, er ist besser als andere!

Praktische Weihnachtsgeschenke

Ausnahme-Preise!

Schlafdecken
 Halbwolle, mit blauer Bordüre 130/190 cm **3 25** M.
 Halbwolle, grau-meliert, mit griechischer Bord. 140/190 cm **3 75** M.
 Halbwolle mit Jacquard-Bordüre 140/190 cm **5 25** M.
 Kamelhaardecke mit Streifen-Bordüre 140/190 cm **8 50** M.
Steppdecken von Seldenglanz-Satin, doppelseitig, bords oder olive, 150/200 cm, Schnittgröße 160/210 **7 25** M.

Daunen-Steppdecken
 von türkisch gemustertem, daunen-dichtem Perkal, mit feder-freien Daunen, Schnittgröße 140/200 cm **17 50** M.
 von Seldenglanz-Satin mit feder-freien Daunen, in allen Farben, Schnittgröße 160/210 cm **26** M.
 von la halbwollenem Zanella, mit federfreien Daunen, in diversen Farben, Schnittgröße 160/210 cm **37** M.
Stickerel-Ueberlaken
 m. Einsatz od. Ansatz, Säumchen von la. Louisianatuch, 160/260 cm **6 25** M.

Ueberlaken mit 6 cm breit. Leinenklöppel-Einsatz oder Ansatz von la. 50 Louisianatuch 180/260 cm ... **6 50** M.
Ueberlaken m. Säumchen von la. 475 Louisianatuch 160/260 cm ... **4 75** M.
Kissenbezug mit Stickerel oder 6 cm breitem Leinenklöppel-Einsatz, 82/82 cm **2 25** M.
Damasitbezüge
 Oberbett und 2 Kissen, fertig genäht **6 50** M.

Dimittbezüge
 Oberbett und 2 Kissen, fertig genäht **6 25** M.
Daunen-Oberbetten
 130/200 cm, echt türkisch rotes und dichtes Inlett, mit Konopel-daunen gefüllt **17** M.
Bogen-Bettstelle
 schwarz od. weiss lackiert m. Zugfeder-matratze 90/190 cm **17** M.
Chaiselongue mit gepoltert Holzfuß., 32 Sprungfed. Meltonbezug, gut gepolst. **24** M.



Kinder-Bettstelle
 mit doppeltem Spiralfederboden, verstellbarer Kopferhöhung und Rollen, weiss lackiert 140/70 cm **11** M.

Gustav Lustig
 Berlin S
Prinzenstr. 46-47



Eleg. Kinder-Bettstelle
 mit doppeltem Spiralfederboden 2 abklappbaren Seitenteilen, verstellbarer Kopferhöhung u. Rollen, Messingstange und Kugeln im Fußenteil, weiss lackiert, 140x70 cm **19** M.

Diese Ausnahmepreise nur gegen Vorzeigung des Inserats

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 5. November 1912.

Anfang 7 1/2 Uhr.
 Kgl. Opernhaus. Bobbe.
 Königl. Schauspielhaus. Der große König.
 Deutsches, König Heinrich IV. 1. Teil.
 Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
 Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
 Urania. Taubenstraße 48/49. An den Seen Ober-Italiens.
 Schauspielhaus. Die musikalischen Schwingungen (Parabelstücker Körper).
 Königgräber Straße. Die fünf Bräutigame.
 Berlin. Gabriel Schilling's Musikstammspiel. Mein Freund Ledda.
 Schiller O. Bachmann als Erzieher.
 Charlottenburg. König Lear.
 Berliner. Filmzauber. Kleines Nagelhorn.
 Residenz. Gemütsmenschen.
 Komödienhaus. Die Generalde.
 Deutsches Schauspielhaus. Der gute Freund.
 Thalia. Antiochus.
 Theater am Neuenhof. Der Held in der Unterwelt.
 Kurfürsten-Oper. Der Kuchelstengel.
 Kroll. Beim Kahl.
 Montis Operetten. Der Frauen-lehrer.
 Salen. Des andern Ehre.
 Hofe. Von Stufe zu Stufe.
 Metropol. Chauffeur - ins Metropol.
 Trianon. Lebensbarometer.
 Herrnsfeld. Die Alpenbrüder. Endlich allein.
 Casino. Der Großfürst.
 Reichshallen. Die Macht der Töne.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Apollo. Spezialitäten.
 Walfage. Spezialitäten.
 Königstadt-Casino. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
 Friedrich. Kroll. Schauspielhaus. Orpheus.
 Kurfürsten-Oper. Mein alter Herr.
 Colles. Der leuchtende Joseph.
 D. Rebod.
Anfang 9 1/2 Uhr.
 Neues Volks-theater. Mutter Kambrija.
Anfang 10 Uhr.
 Admiral-Palast. Die drei Pintos.
 Sternwarte. Invalidenten 57-62.
Schiller-Theater O. Schiller-Theater.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Flachmann als Erzieher.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Tallman.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Pfarrers Tochter von Strolach.
Schiller-Theater Charlottenburg.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
König Lear.
 Mittwoch, nachmittags 3.10 Uhr:
Der große Herrsch.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Im weißen Rößl.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.

Berliner Theater.
 8 Uhr:
Filmzauber.
Theater in der Königgräber Straße
 8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**
Deutsches Schauspielhaus
 (Königliche Oper).
 In allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Der gut sitzende Frack.
Theater am Neuenhof
 (Neues Schauspielhaus).
 Täglich abends 8 Uhr: **Orpheus der Mündiger Künstler-Theater.**
 Sonnabend 8 Uhr: **Schneewittchen.**
Residenz-Theater.
 8 Uhr: **Gemütsmenschen.**
 Schwank in 3 Akten von Fritz Friedmann-Reberich. Morgen und folgende Tage: **Gemütsmenschen.**
Montis Operetten-Theater
 (früher Neues Theater)
 Abends 8 Uhr:
Der Frauenfresser.
Luisen-Theater.
 Anfang 8 Uhr.
 Heute und folgende Tage:
Des andern Ehre.
ROSE-THEATER
 Große Kurfürster-Str. 122.
 Abends 8 Uhr:
Von Stufe zu Stufe.
 Lebensbild mit Gesang in fünf Akten von Hugo Müller.
 Mittwoch: **Von Stufe zu Stufe.**
Metropol-Theater.
 Abends 8 Uhr: **Kambrija gefaltet.**
Chauffeur - ins Metropol!
 Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von F. Freund. Musik v. Rud. Wolfson. Tänze arrang. von Will. Hüpp. In Szene gesetzt vom Direktor H. Sautz.
Apollo Theater
 Ab 8 Uhr.
 Nie dagewesener Erfolg des neuen Programms!
12 große Attraktionen!
 Omas Berlin spricht von **M. Bendix** und **E. Schnabel** als Droschkenkutscher u. Fiaker.
Theater Königstadt-Casino.
 Dolgenstraße 72.
 1. Bild v. Bahad. Panomorphie.
 Tägl. abends 8, Sonntag 5 1/2 Uhr:
8 erstklassige Spezialitäten und **Kalt gestellt** oder **Fehlgeschoss.**

Berliner Männerchor
 M. d. D. A.-S.-B. Chormeister: Franz Bothe.
 Sonntag, den 10. November 1912, im Etablissement Brauerei Friedrichshain (am Königstor): 50/7
KONZERT
 Mitwirkende: Berliner Konzerthaus-Orchester, unter persönlicher Leitung des Herrn Franz v. Blon. Frau Anna Reichner-Felton, Konzertsängerin. Am Klavier: Fr. Bothe.
 Eröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.
 Billets im Vorverkauf 50, an der Kasse 60 Pfennig.
 Nach dem Konzert im großen Saal: **TANZ**
 Während der Vorträge werden die Saaltüren geschlossen. Rauchen nicht gestattet. Liedertexte am Saaleingang zu haben. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

„Clou“ :: Berliner :: Konzerthaus
 Mauerstraße 62. - Zimmerstraße 90/91.
 Heute: **Doppel-Konzert!**
Berliner Konzerthaus-Orchester Dirig.: Fr. v. Blon, Komp. Dirigent: Oberm. Becker.
 Musik: Kaiser - Franz - Regts. **Anfang 8 Uhr.** Eintritt 50 Pf. **Anfang 8 1/2 Uhr.** bei freiem Eintritt.
Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert

Achtung! Schöneberg und Umgegend. Achtung!
Neue Rathaus-Säle
 Inhaber: Emil Ebrecht.
 Große und kleine Säle bis 1000 Personen fassend. Umstände halber noch einige Sonnabende, sowie Totenfeier, den dritten Weihnachtstag und im Januar noch frei.
Jeden Sonntag großer Ball
 Telefonische Aufträge erbeten.

Folies Caprice.
 Sum 66. Male
Die drei Schläger:
 Der teure Joseph.
 Der Rebod.
 Der Gubredner.

Passage-Panoptikum
 Das größte Naturwunder!
 Die **HEILIGE WEISSE NEGERIN** und ihre schwarze Priester-Schwester. Beide lebend ohne Extra-Entree zu sehen.

Herrnfeld Theater
 8 Uhr:
 Die mit beispiellosem Lacherfolge aufgenommene Novität
Die Alpenbrüder.
 10 Uhr:
Endlich allein!
 Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).
Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Liebesbarometer.

Urania
 Taubenstraße 48/49. Wissenschaftliches Theater.
 Abends 8 Uhr:
An den Seen Oberitaliens.
 Hörsaal 8 Uhr:
 Professor Dr. B. Donath:
 Die musikalischen Schwingungen starrelastischer Körper.

Zirkus Albert Schumann.
 Heute Dienstag, 5. November, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
 Besonders hervorzuheben: Tripolitänische Reiter-Phantastik auf 8 Kamelen. Tilly & Dolly Price: Diabolospielerinnen. Ernst Schumann mit seinen Freiheitsdressuren. Um 9 1/2 Uhr: **Der unsichtbare Mensch.**
 Vier Bilder aus Indien. Das größte und schönste Ausstattungsgeschehen der Gegenwart.

UT Union-Theater

Asta Nielsen
 in dem Schauspiel in 3 Akten von Urban Gad
„Wenn die Maske fällt.“
 Außerdem die neuen Programme und die täglichen Silberstücke v. Kriegsschauplatz.

Zirkus Busch.
 Heute Dienstag, 5. November, abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Neu! Kapl. Spaulding.
 der mysteriöse Feuermanipulator.
Neu! Albas sensation. Kopf-fahrt durch den Zirkusraum.
Neu! Die unvergleichlichen Tourbillons.
The 3 Blackbarns.
 Luftleiter-Akrobaten auf dem Schiffmann.
 Zum Schluss: **Unter Gorillas.**

Neukölln, Pflägersstraße. Zirkus Barum
 nebst großer Raubtierdressurschau.
Täglich
 abends 8 1/2 Uhr Vorstellung.
 Mittwoch, den 6. November, 4 Uhr:
Familien- und Kinder-Vorstellung
 ohne Abkürz. des Programms.
4 Uhr kleine Preise.
 Erwachsene Galerie 30 Pf., 3. Platz 50 Pf., 2. Platz 60 Pf., 1. Platz 80 Pf., Sperrsitze 1 M., Logensitze 1,50 M.
 Kinder zahlen die Hälfte.
 Abends 8 1/2 Uhr volle Preise.
 Der Zirkus ist gebildet.

Voigt-Theater.
 Dienstag, den 5. November 1912:
 Gastspiel in der **Neuen Welt,**
 Gassenstraße 103-114.

Gebildete Menschen.
 Weltstück in 3 Akten v. Walter Scott.
 Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Casino-Theater
 Ledeburger Str. 67. Täglich 8 Uhr:
 Das sensation. November-Programm **Robert Neemann.**
 Berlin's Lieblingsschauspieler mit neuen Schlägern. **Nielsen - Lacherfolg** des lustigen **Der Großfürst.**
 Sonntag 4 Uhr: **O diese Männer!**

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
 Abends 8 Uhr:
Die Macht der Töne.
 Sonntag-nachm. 3 U.
Der Kompagnieball
 Für den Jubiläum der 30-jährigen Abo-nahme die Redaktion dem Publikum gegenüber teilweise Verantwortung.

1. Reichstags-Wahlkreis.

Heute Dienstag, den 5. November, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Öffentl. Wählerversammlung

im „Marinehaus“, Brandenburger Ufer 1 (a. d. Waisenbrücke).

Tagesordnung:

Verkündung des Wahlergebnisses.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer: Karl Petermann, Ritterstr. 49.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 10. November, abends 7 Uhr, im Schul-
Lokal, Grenadierstr. 37:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Anträge. 3. Wahl
des Vorstandes und von drei Revisoren. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Beiträge werden entgegengenommen.

6/14*

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Betonbaubranche:

Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter.

Mittwoch, den 6. November 1912, abends 8 Uhr,

bei Jannasch, Inselstraße 10.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Heberzellarbeit im Betonbau-
gewerbe. 2. Verschiedenes.

Gipsbaubranche:

Puher, Träger und Rastspanner.

Freitag, den 8. November 1912, abends 8 Uhr, bei Jannasch,

Inselstraße 10:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Konferenz der Statutenre-
visoren. 2. Bericht der Kommission für die Ausarbeitung einer Vorlage von
Wahlprüfungen. 3. Verschiedenes.

Sektion der Isolierer und Steinhölzler.

Mittwoch, den 6. November 1912, abends 8 Uhr,

bei Wülte, Sebaltskranke 39:

Kombinierte Mitglieder-Versammlung der Isolierer, Steinhölzler und Helfer.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Der erste Verbandstag des Bau-
arbeiterverbandes und Stellungnahme zur Delegiertenwahl. 3. Berufs-
angelegenheiten. 147/9

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Morgen Mittwoch, den 6. November 1912, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Versammlungsorte:

Tischler.

Südwesten u. Westen: in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7.

Süden: bei Glicsing, Ballerstr. 68.

Südosten I u. II: im Lokal Sabel, Baldemarstr. 75.

Osten I: bei Kluge, Langestr. 53.

Osten II: bei Guth, Marzhauser Str. 61.

Osten III: bei Bergmann, Vogelhäuser Str. 26.

Ostliche Vororte: bei B. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzen-
straße 47, Ede Schornweberstraße.

Nordosten: bei Weitzmann, St. Frankfurter Str. 16.

Jede Sektion führt ein Verzeichnis der Vertrauensmänner nach dieser Ver-
sammlung sendend.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Obiglio,
Schweiber Straße 23.

Wedding und Moabit: bei Kaczarowski, Rabenstr. 6.

Weißensee: im Prälator, Lehderstr. 122. Abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Neukölln: im Ideal-Kaffee, Reichsstr. 8.

Schöneberg: um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Ruffe, Reisinger Str. 8.

Charlottenburg: bei Friedrich Schulz, Wallstr. 90.

Ladeneinrichtungs- und Kontormöbel-Branche
in Hermels Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.

Küchenmöbelbranche bei Ledemann, An der Stralauer Brücke 3.

Bautischler.

Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grafhoff,
Admiralstraße 18c.

Bezirk 2: Osten bei Brainer, Weidenweg 85.

Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Glicsing,
Kronprinzenstraße 47.

Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei
Zachse, Lindener Straße 29.

Bezirk 5: Neukölln: bei Scheuf, Rosenstr. 24.

Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter

Osten: bei Voeker, Weberstr. 17.

Südosten: im Märkischen Hof, Admiralstr. 18c.

Norden: bei Günther, Brunnenstr. 90.

Bezugspreislicher Redakteur: Alfred Dieckmann, Neukölln. Für den

Unserem lieben Freund
Otto Christ nebst Gemahlin
zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen u. Genossinnen
des Bezirks Heinersdorf.

Unserem alten Genossen
Wilhelm Gesche nebst Frau
zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
148. Bezirk, 2. Teil, 4. Kreis.

Neukölln.

Zentral-Krankenkasse der Maurer etc.

„Grundstein zur Einigkeit“.

Mittwoch, 6. Nov., abds. 8 Uhr,

im Lokale von O. Wolff, Reichsstr. 41:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom III. Quartal.

2. Wahl eines zweiten Kassierers.

3. Verschiedenes in Kasseeingelege-
heiten. 149/9

Die Ortsverwaltung.

Geschlechts-

Hautleiden, Nervenschwäche

Frauen- und Weibkrankheiten

schmerzlose „Ehrlich 606“-In-
jektionen ohne Berührung.

Chirurg. Operationen jed. Art

Ambulatorium

Dorotheenstr. 63, Sp. 11-2, 8-8,

Konsultation 2 M.

Genossenschaft

Berliner Bandagisten

Köpenicker Str. 98b

gegr. 1907 von organ. Bandagisten.

Anfertigung sämtlich. Bandagen,
Binden etc. in eigener Werkstatt

Lieferung sämtl. Krankenkassen u. der
Konsum-Genossenschaft Berlin und
Umgebung. 107/13*

Für Damen weibliche Bedienung.

Garbáty

Cigaretten

Königin

von

SABA

Garantiert Handarbeit

H. G. 1020
Brief liegt zur Abholung bei der
Redaktion des „Vorwärts“ 46673

**Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher etc.**
Bureau: Reichstr. 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Ritterstr. 9
Fernspr.: Amt Nordend, 6708

Mittwoch, den 6. November 1912, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Versammlung
im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
Tagesordnung:
1. Die Innungs-Krankenkasse der Maler-Innung zu Charlotten-
burg und die Antwort der Aufsichtsbehörde auf die Eingabe der
Kollegenschaft. Referent: Arbeitsschlichter Kollege Gustav Mint.
2. Diskussion.
Kollegen und Mitglieder der Innungs-Krankenkasse Charlottenburg!
Bekundet durch zahlreichen Versammlungsbesuch Euer Interesse an der
Verbesserung der Verhältnisse in der Krankenkasse.
Die Ortsverwaltung.

Donnerstag, den 7. November 1912, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:
**Sektions-Versammlung
der Lackierer**
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.
Tagesordnung:
1. Der Arbeitsnachweis und die Gewerkschaften. Referent:
Kollege Fr. Klotz. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Wir erwarten, daß die Mitglieder vollständig erscheinen.
Die Kollegen in den Karosseriebetrieben sowie bei Klein-
meister und in Möbelbetrieben sind besonders hierzu ein-
geladen.
Die Sektionsleitung.



Bei Rückgrat- verkrümmung glänzendste Erfolge

mit meinem weltberühmten regulierbaren
Redressions-Apparat - Patent
Hans - für Erwachsene und Kinder.
Mein Apparat wurde auf d. 10. Aerzte-Kongress
mit d. 1. Preis ausgezeichnet u. erhielt
auf der International Hygiene Ausstellung
in Dresden 1911 die silberne Medaille.
Prospekt u. sachliche Beratung kostenlos.

F. Menzel, Orthopädisches
Institut,
Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 22.

Carmen Sylva

Cigaretten

Beste Qualitäten

Abgeordnetenhaus.

91. Sitzung. Montag, den 4. November 1912, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Interpellation Dr. Trendl (H.) und Genossen, betreffend den

Wagenmangel und die Verkehrsstörungen auf größeren Bahnhöfen.

Vom Zentrum ist eine weitere Interpellation betreffend die Sperrung des Eisenbahnverkehrs auf dem linken Niederrhein eingegangen.

Einem Vorschlage, auch diese Interpellation auf die Tagesordnung zu setzen, da sie eng mit der ersten zusammenhänge, widerspricht

Hog. v. Krüger (L.) unter Hinweis auf die unübersehbaren Konsequenzen, die aus einem solchen Vorgehen in der Zukunft entstehen könnten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Abg. Dr. v. Jellly (H.): Es fehlen gegenwärtig 70 000 Wagen zur Verbederung der aufgegebenen Güter. Das bedeutet eine schwere Schädigung des Erwerbsebens, insbesondere auch der Arbeiter. Der steigende Entwicklung des Verkehrs, wie sie sich erfreulichweise unter unserem vernünftigen Wirtschaftssystem zeigt, hat die Regierung die Pflicht, durch rechtzeitige Vermehrung des Wagenparks entgegenzukommen. Die Mittel werden durch Anleihen resp. durch reichliche Dotierung des Extraordinariums aufzubringen sein. (Bravo!)

Minister v. Breitenbach: Mir ist es ganz unmöglich, in meiner Verantwortung dieser Interpellation nicht auch auf die andere Interpellation einzugehen. Die Verkehrsstörung trifft nur einige wenige Gebiete, überall sonst wickelt sich der Verkehr durchaus glatt ab. Die vierstägige Verkehrsstörung am linken Niederrhein war geboten, um der Verkehrsstörung Herr zu werden. Der Verkehr ist heute noch kein geordneter, wird aber, wie wir hoffen, in der zweiten Hälfte des Monats wieder ordnungsmäßig sein. Es fragt sich, ob Organisationsmängel vorliegen, ob der Wagenpark nicht mit der Verkehrsentwicklung Schritt gehalten hat oder ob endlich eine ungewöhnliche, nicht vorauszufehende Verkehrsüberlastung vorliegt. In der Tat ist das letztere der Fall. Wir haben seit Anfang dieses Jahres eine Verkehrssteigerung zu verzeichnen, wie sie in Preußen noch nicht da war (Hört! hört!) und zwar gerade in Oberhessen und am Niederrhein. In Reich ist z. B. der Verkehr im ersten Halbjahr 1912 gegenüber dem ersten Halbjahr 1911 um 20 Proz. gestiegen. Diese ungewöhnliche Steigerung des Verkehrs trifft nun zusammen mit der regelmäßigen Zunahme des Verkehrs im Herbst, die mit dem Transport der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zusammenhängt. Für einen Verkehr, wie er vorauszuwachen war, hätte der vorhandene Wagenpark durchaus genügt. Aus solchen Vorworfungen heraus der Staatseisenbahnverwaltung einen Vorwurf zu machen, scheint mir nicht berechtigt. Bedürfnis ist mir, auszusprechen, daß das große Personal im Güterverkehr voll seine Pflicht getan hat, was beweist, daß ein vorzüglicher Geist in unserem Eisenbahnpersonal herrscht. (Bravo! rechts.) Ich hoffe, daß das hohe Haus der Eisenbahnverwaltung das Vertrauen erhält, das es ihr bisher entgegengebracht hat. (Bravo! rechts.)

Auf Antrag des Abg. Schmieding (S.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. v. d. Gruenen (L.): Wir erkennen das Nützliche des bestehenden Kosstandes an. Mit der Frage des Wagenmangels haben wir uns bereits wiederholt beschäftigt, leider mit wenig Erfolg. Wir vertrauen der Verwaltung, daß sie für eine genügende Vermehrung des Wagenmangels sorgen wird, damit solche Katastrophen vermieden werden.

Abg. Schmieding (S.): Das Vorliegen eines Wagenmangels ist unauflösbar. Wir werden alles unternehmen, was der Minister zur Abheilung dieses Wagenmangels tun wird. Es ist notwendig eine einmalige sehr starke und dann eine ständige Vermehrung des Wagenparks.

Abg. Graf Nolte (H.): Für außerordentliche Fälle kann die Eisenbahnverwaltung angesichts ihrer anderen großen Aufgaben natürlich nicht vorzuziehen. Aber es wäre doch vielleicht angebracht, wenn sie ihre Kräfte über die zu erwartende Verkehrssteigerung im Hinblick auf die gemachten Erfahrungen einer Nachprüfung unterziehen würde.

Abg. Dirck-Flen (natl.): Ueber den Wagenmangel kann hier nicht oft genug geredet werden. Besonders nachteilig werden von dem Wagenmangel die Bergarbeiter betroffen, die häufig schon eingefahren sind, wenn sie die Nacharbeit bekommen, daß sie infolge Wagenmangels wieder ausfahren müssen, und bei denen Feiertagsarbeiten jetzt an der Tagesordnung sind. An der dadurch hervorgerufenen Erregung in weiten Arbeiterkreisen des Westens sollte die Eisenbahnverwaltung auch nicht achtlos vorbeigehen. Nachdem durch die Unterlassungsdelikten der Verwaltung in der Vergangenheit so große wirtschaftliche Schädigungen hervorgerufen worden sind, müssen wir erneut verlangen, daß der Wagenpark erheblich vermehrt wird. Ebenso notwendig ist ein Ausbau der Bahnhöfe und der Gleisanlagen im Ruhrrevier.

Abg. Dr. Wachale (Op.): Die jetzigen Mängel könnten geradezu katastrophal werden, wenn die Unruhen auf dem Balkan sich weiter ausdehnen sollten. Welches sind denn die Ursachen der Katastrophe? War die Verkehrssteigerung wirklich nicht vorauszuwachen? Mühte man nicht mit ihr rechnen, nachdem die Umstellung seit 1909 ein so lottes Tempo eingeschlagen hatte. Mit der Trockenheit im Sommer kann sich die Regierung diesmal nicht entschuldigen. Mit der Sozialpolitik, Herr v. Jellly, hat dieser wirtschaftliche Auffassung nichts zu tun, da spielen größere Ursachen mit, denn derselbe wirtschaftliche Aufschwung war auch in der Hera Capivi zu verzeichnen. Zweifellos ist der Staatsbahnbetrieb schwerfälliger als der Privatbetrieb. Um so mehr Energie muß aufgewandt werden, um solchen Mängeln vorzubeugen. (Sehr wahr! links.) Die Nachbeteiligten klagen über die Unregelmäßigkeit in den Beförderungen der Eisenbahnverwaltung. Still steht die Verwaltung nicht, aber sie hätte der Entwicklung etwas behender folgen müssen. In bezug auf die Beschaffung der nötigen Mittel verweise ich auf den überreich dotierten Ausgleichsfonds. (Sehr gut! links.) Sehr wichtig angesichts dieser Mängel ist auch der Ausbau der Wasserstraßen. Sie wären nicht eingetretene, wenn die Konvention damals den ganzen Kanal bewilligt hätten. (Bravo! links.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Die Beschwerden über den Wagenmangel sind etwas ständiges. Daher treffen auch die Entschuldigungen des Ministers nicht zu. Die Steigerung des Verkehrs war sehr wohl vorauszuwachen und der Minister ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Vermehrung des Wagenmangels dem Aufwieg der wirtschaftlichen Konjunktur nicht entspricht. Der Wagenmangel war auch schon vorhanden, als die Sperrung am Niederrhein eintrat, die natürlich dann die Katastrophe noch erheblich erhöhte. Schon im Jahre 1911 traf die Behauptung der Verwaltung nicht zu, daß der Wagenmangel auf die damalige Wasserkatastrophe zurückzuführen gewesen wäre. Diesmal sollen wir wieder andere besondere Gründe vorliegen. Interessant war die Angabe des Ministers, daß die Vermehrung der Transporte für die Firma Krupp auch eine Ursache des Wagenmangels sei. Herr Wachale wies schon darauf hin, was bei uns eintreten könnte, wenn die Balkankrise etwa eine europäische Krise hervorrufen würde. Wenn der Minister betonte, daß diesmal 15 Prozent Wagen mehr gestellt

worden seien, als im vorigen Jahre, so beweist das eben auch nur, daß nicht die nötigen Wagen und das nötige Personal vorhanden war. Wenn die Organisation tadellos funktioniert haben soll, so folgt daraus auch wieder, daß tatsächlich ein Wagenmangel vorliegen muß. In der Kommission hat der Minister erklärt, es könne nicht eine so große Reserve gefasst werden, daß viele Wagen während einer Reihe von Monaten unbenutzt bleiben. Demgegenüber muß betont werden, daß die Reserve so groß sein muß, daß der Wagenpark für alle Fälle ausreicht. Die jetzt in Aussicht genommene Steigerung um 7 Prozent hätte man schon für jetzt vornehmen müssen, dann wäre diese ganze Katastrophe mit all ihren Unzulänglichkeiten für die Bevölkerung, die Arbeiter und die Beamten vermieden worden. Der Staat muß sich den Verhältnissen anpassen, und er kann es auch, zumal unsere Eisenbahnfinanzen geradezu glänzend sind. Der Reinerlös beträgt 1912 nach dem Voranschlage 294 Mill., in der Tat wird er aber viel größer sein und damit auch die Zuweisungen an den Ausgleichsfonds. Es wäre gar nicht zu verstehen, daß trotz dieser günstigen Finanzen und trotz der immer wiederholten Forderung nach Vermehrung des Wagenparks der Minister diesen Wünschen nicht nachkommt, aber es ist doch verständlich, wenn man bedenkt, daß von denselben Parteien, die jetzt hier klagen führen, immer wieder betont worden ist, daß die Eisenbahnen eigentlich

die große Alimentierungsanstalt des preussischen Staates

sei, daß möglichst viel Ueberschüsse herausgewirtschaftet werden sollen, damit die besitzenden Klassen nicht so viel direkte Steuern zu zahlen haben. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten. In Wirklichkeit sind die Eisenbahnen dazu da, um den Bedürfnissen des Verkehrs im Interesse der Gesamtheit Rechnung zu tragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Industriellen weisen darauf hin, daß die Industrie durch den Wagenmangel schwere Verluste erleidet. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung schrieb am 20. Oktober sogar, daß die erhöhten Unkosten durch den Wagenmangel mit zu dem Preissteigerungsbeschlusse des Kohlenyndikats beigetragen hätten. Hier wird also dem Fiskus gewissermaßen die Schuld an dieser Preissteigerung beigegeben. Ich halte das für faulen Jauder, denn die Kohlenpreise sind ja auch früher Jahr für Jahr erhöht worden. Ebenso falsch ist, wenn von den Kohlenmagnaten behauptet wird, die Steigerung der Arbeiterlöhne trage Schuld an der Kohlenpreissteigerung. Rein, die Schuld daran trägt in allererster Linie der Profitgier der Kohlenbarone, deren Gewinne ständig steigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Erheblichen Schaden von dem Wagenmangel haben vor allem auch die Bergarbeiter, die sich gezwungen sehen, ganze Feiertagszeiten einzulegen, die sie besonders in der Zeit der Teuerung schwer empfinden. Nach den eigenen Angaben der Unternehmer betragen die Verluste der Bergarbeiter mehrere Millionen. Schon aus diesem Grunde fordern wir mit allem Nachdruck, daß die Regierung alles tut, um den Wagenmangel zu beseitigen. Eher kann sich das Kapital etwas weniger verzinsen, als daß man die Arbeiter Schaden erleiden läßt. Bei der Ostmarkenpolitik kommt es der Regierung ja auch nicht so auf die Verzinsung der ausgeliehenen Kapitalien an. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Eisenbahnverwaltung sparen will, soll sie das bei anderen Dingen tun, z. B. die geplante Ausschmückung der Wagen erster Klasse mit schönen Bildern unterlassen, denn diese Wagen sind schon komfortabel genug ausgestattet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Eisenbahnbeamten haben ganz außerordentlich wüster dem Wagenmangel und der zeitweilig ganz außerordentlich forcierten Tätigkeit zu leiden. Diese Seite der Frage sollte einmal ganz gründlich in der Kommission erörtert werden. Es muß nachgeprüft werden, ob die Zunahme des erforderlichen Eisenbahnpersonals gleichen Schritt gehalten hat mit der Betriebssteigerung. Wir sind

eine ganze Reihe Beschwerden

aus den Reihen des Eisenbahnpersonals zugegangen, in denen darüber geklagt wird, daß dieses Personal unter dem Wagenmangel sehr zu leiden hat. Es kommen Dienstzeiten bis 17 und 18 Stunden vor; es heißt, daß Lokomotivführer sich geweiheit hätten, mit derart übermüdeten Leuten weiter zu fahren. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Ich kann mich dabei nur den Forderungen der Korredner mit allem Nachdruck anschließen und wünsche, daß nun endlich die Eisenbahnverwaltung wirklich alle Vorkehrungen treffen möge, um die nötigen Waggons, neuen Gleise, neuen Bahnhöfe zu schaffen und auch das notwendige Personal einzustellen, damit das Personal nicht unter den Mischständen zu leiden hat, die in erster Linie doch die Eisenbahnverwaltung verschuldet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Eisenbahnminister v. Breitenbach betont, daß er auch auf den Ausbau der Eisenbahnlinien großen Wert lege und führt eine Reihe von neu geplanten Linien an. Daß das Personal unter dem Wagenmangel zu leiden hat, weil Ueberstunden gemacht werden müssen, ist richtig. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Werden die Ueberstunden bezahlt?) Auf diese Einzelfrage will ich hier nicht eingehen, das gehört zum Etat. Gegenüber dem Hinweis auf die Balkanwirren kann ich nur hervorheben, daß unser Wagenmaterial für den Kriegesfall unter allen Umständen ausreicht.

Abg. Gödel (S.) geht auf die Nachteile des Wagenmangels für die oberstelektische Montanindustrie ein.

Abg. Wares (natl.): Die gerügten Uebelstände ziehen sich seit zehn, zwanzig Jahren hin. Die Hauptschuld trägt das Finanzministerium. Wir danken dem Minister für die Erklärungen über den geplanten Ausbau der Eisenbahnen und hoffen, daß er vom Finanzminister in seinen Maßnahmen nicht gehindert werden wird.

Minister v. Breitenbach erwidert auf eine Anfrage in der Debatte, daß die Einführung der automatischen Bremse etwa 80 Millionen Mark kosten würde. Die Schwierigkeiten der Frage lägen im internationalen Verkehr. Es sei zu hoffen, daß der internationale Kongreß zu einem Ergebnis kommen wird.

Ein Schlußantrag wird angenommen, das Haus ver tagt sich.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Interpellation Dr. Deumer (natl.) über die Ausführungsbestimmungen zum Privat- angestelltenversicherungsgesetz. Antrag betr. den Gemüße- und Obst- bau und andere Anträge.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Parteitag der deutschen sozialdemo- kratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Wien, den 2. November.

2. Verhandlungstag.

Aus dem Bericht der Parteivertretung, den Skaret erstattet, ist die Tatsache zu entnehmen, daß die Zahl der politisch organi- sierten Mitglieder gegen das Vorjahr um mehr als 3000 zuzunehmen ist. Betschlich ist, meint Skaret, dieser bedeutende Aufwuchs auf die Umwandlung der freien Organisation in den politischen Verein zurückzuführen. Betschlich aber haben auch die Landes- und Bezirksorganisationen nicht überall ganz ihre Pflicht erfüllt. Dagegen hat die Frauenorganisation einen außerordent- lich erfreulichen Aufschwung genommen; die Frauen haben in dem abgelaufenen Jahre eine rege Agitation entfaltet, die das höchste Lob verdient. Auch sie haben eine Erhöhung der Beitrags- leistung vorgenommen, und doch hat sie die Zahl der Mitglieder erhöht, während von den Männern gern als Grund angeführt wird, daß durch die Einführung des Wahlfonds die Organisation an Mitgliedern verloren hätte.

In der heutigen Debatte über diesen Bericht wird die Frage des Mitgliederzuwachs gründlich erörtert.

Geuer (Wien) meint, Beitrags erhöhungen dürften nicht so vorgenommen werden, wie es in Innsbruck geschehen sei, ohne vorherige Verständigung mit den Mitgliedschaften. Auf die Kleinarbeit werde immer noch zu wenig Rücksicht genommen, die Bildungsanstalten müßten, wenn es durchführbar wäre, nicht bloß theoretische Ausbildung geben, sondern auch praktische Kurse für die Kleinarbeit einrichten.

Lindner (Graz): Auch in der Steiermark haben wir 700 Mit- glieder tatsächlich verloren, das ist um so unangenehmer, als wir ja bei den Kommunalwahlen große Erfolge hatten. Die Gewerkschaftsblätter müßten mehr über die Notwendigkeit der politi- schen Organisation bringen und die Gewerkschaftler veran- lassen, ausnahmslos Mitglieder der politischen Partei zu werden.

Langer (Wien): Auch der Separatismus hat uns Mitglieder genommen. So sind bei uns bereits affiliierte tschechische Genossen ausgetreten, weil die „Volkstribüne“ gegen die Separatisten ge- schrieben hat.

Gyermak (Leipz): Die Beitragshöhung ist glatter durchge- führt worden, als wir in Innsbruck noch dachten. Die neue Leistung für den Wahlfonds war eine einschneidende Reform und der Rückschlag in den Mitgliederzahlen ist doch nicht besonders merkl- bar. Das ist ein Zeichen für die Kraft und Gesundheit unserer Organisation. Der fortwährende Appell an die Gewerkschaften ist nicht die richtige Art, die politische Organisation weiterzu- bringen. Wo es nicht vorwärts geht, liegt es an uns, nicht daran, daß die Gewerkschaften die Partei zu wenig unterstützen.

Neumann (Wien): Jede Beitragshöhung der Gewerkschaften läßt auf den Eingang der Parteibeiträge einen Rückschlag aus. Die Partei darf nicht mehr von den direkten Steuern der Ge- werkschaften abhängen, und die Notwendigkeit, eine steuerkräftige politische Organisation zu haben, wird immer mehr begriffen werden.

Genoffin Popy (Wien): Ob die Beitragshöhung bei den Frauen ohne Einfluß auf die Mitgliederzahl vorübergehen wird, läßt sich erst im nächsten Jahre völlig übersehen. In vielen Kreisen wehren sich die Genossinnen noch gegen die Erhöhung. Dagegen sind die Frauen ohne Ausnahme für die Beisteuer zum Wahlfonds. Wichtig ist, daß die Frauenorganisation in jeder Lokalorganisation vertreten ist.

Sonst wird in der Debatte noch angeregt, die Sudelpresse durch eine wohlfeile Ausgabe der „Arbeiterzeitung“ zu bekämpfen. Hierfür treten einige Wiener Delegierte lebhaft ein.

Langhammer (Wien) tadelt die verpatete Zustellung der „Arbeiterzeitung“ in den entfernteren Bezirken.

Wösch (Stoderau) wünscht die Kommunalbeilage des „Kampf“, die „Gemeinde“, als selbstständiges Blatt.

Schlager (Reoben) wendet sich gegen die Reklamebeilage der Parteiblätter, in denen „Sanatogen“ oder „Vidnerin“ empfohlen werden und die sich zu einer Landplage angewachsen hätten. Mit billigen Zeitungen allein könne man die Tratsch- und Sensations- presse nicht bekämpfen, auf deren Niveau man nicht herabsteigen dürfe. Die Vereinsmeierei der Parteigenossen müsse eingedämmt werden.

Im Namen der Gewerkschaftskommission er- klärt dann Haber: Es ist unrichtig, daß die Gewerkschaftskom- mission ihr Versprechen, die Partei beim Ausbau der politischen Organisation zu unterstützen, nicht gehalten hat. Die Reichs- kommission hat bei jeder Gelegenheit den Gewerkschaften nahe- gelegt, die Parteisteuer nur dann einzustellen, wenn die Mit- glieder in die politische Organisation übergeführt worden seien. Dort, wo die Vertrauensmänner zu organisieren versähen, geht auch die politische Organisation vorwärts. In Wien gibt es 163 000 gewerkschaftlich und nur 40 000 politisch organisierte Ge- nossen, das sind traurige Ziffern, mit denen die Gewerkschaften durchaus nicht zufrieden sind. Die Agitation für die Partei dürfe bei den Gewerkschaften nicht betriebweise vorgenommen werden, sondern bezirksweise. Man solle nicht lamentieren, sondern mehr arbeiten, dann würde man schon Erfolge erzielen. (Beifallige Zustimmung.)

In seinem Schlußwort geht Skaret auf die einzelnen An- regungen ein. Haber hatte in Innsbruck beantragt, auf die Tages- ordnung des nächsten Parteitages den „Schutz der nationalen Mi- noritäten“ zu setzen. Im Einverständnis mit dem Antragsteller wurde die Frage zurückgestellt, weil der deutsche Parteitag allein nicht kompetent zur Beschlußfassung ist. In Innsbruck ist keine eigentliche Beitragshöhung vorgenommen, sondern nur ein weiterer Beitrag für den Wahlfonds beschlossen worden, um für einen Wahlkampf die notwendigen Reserven bereitzustellen. Die Art der Einführung dieses neuen Beitrags war keine Ueber- rumpelung, aber nach den Reichratswahlen von 1911 war die Parteivertretung in einer Zwangslage. Hätte sie die Einführung der Wahlfondsbeiträge noch auf ein Jahr verschoben und erst in den Mitgliedschaften erörtern lassen, so hätte sie bei einer etwaigen Auflösung vor leeren Massen gestanden. Redner warnt vor der unvorsichtigen Gründung von Arbeiterheimen, die man durch Schnurretten in der Gesamtpartei zu halten trachte.

In der Abstimmung wird der Parteivertretung und auch dem Parteiführer einstimmig Entlastung erteilt.

Die in Wien erscheinende „Wahrheit“ wird als Parteiorgan anerkannt, ebenso die „Arbeiter-Turnerzeitung“.

Der Antrag, die offiziellen Publikationen der Parteileitung, insbesondere die Ausschreibung der Parteitage, so rechtzeitig an die Redaktion der Parteiblätter zu versenden, daß ihre Veröffent- lichung am gleichen Tage wie in der „Arbeiter-Zeitung“ erfolgt, wird der Parteileitung überwiesen, ebenso die Anregung, das Zentralorgan täglich zweimal erscheinen zu lassen, und die Auf- forderung, der Agitation unter den Privatangehörigen erhöhte Auf- merksamkeit zuzuwenden und die Lage der Privatangehörigen beim nächsten Parteitag zu erörtern.

Ein Antrag auf Wahl einer Kommission, die das Problem der größeren Verbreitung des Zentralorgans durch Verbilligung oder wohlfeilere Ausgaben einem gründlichen Studium zu unterziehen und dem nächsten Parteitag geeignete Vorschläge zu unterbreiten hat, wird abgelehnt.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission, den Bilske rzig (Salzburg) erstattet, sind 293 Delegierte mit Mandat und 32 Genossen ohne Mandat erschienen.

Vorsitzender Tomisch begrüßt mit herzlichem Worten den deutschen Genossen, Reichstagsabgeordneten Simon, der als Gast erschienen ist.

Die Aenderung des Organisationsstatutes.

Referent ist Reichstagsabgeordneter Seig: Der Innsbrucker Parteitag hat die Parteileitung zu einer umfassenden Aenderung des Organisationsstatutes ermächtigt, um die Rechte des einzelnen Mitgliedes und die Kompetenz der Parteioorganisationen und Partei- instanzungen klar und deutlich abzugrenzen und die Einordnung der von der Partei im Verlauf der Entwicklung geschaffenen Partei- institute vorzunehmen. Diese Arbeit liegt jetzt vor. Wir glauben zuversichtlich, sie ganz von neuem vornehmen zu müssen, aber wir sind davon abgekommen. Ein Parteistatut ist wie eine Verfassung. Große Veränderungen über werden im Verlauf der Geschichte, selten kommen sie durch einmalige Aktion zustande. Auch die Kommission sah ein, daß sie mit den Gebäuden und Empfindungen der Partei rechnen müsse. Es gibt eigentlich nichts Konkreteres als die Demokratie, und nirgend sind Aenderungen schwerer, als gerade an der Demokratie. Wir bringen also kein neues Parteistatut, sondern schlagen nur einige dringende notwendige Aenderungen vor. Zunächst haben wir den politischen Verein zur organisatorischen Grundlage der Partei gemacht. Damit wird endgültig festgelegt, wer Parteigenosse ist. Nicht bloß das allgemeine Delegatensamt

Programmen genügt mehr, erforderlich wird die Uebernahme fester Pflichten der Mitgliedschaft. Die Partei wird in ihrer Richtung und in ihren Aktionen ausschließlich von den Mitgliedern bestimmt. Auf diesen Mitgliedern baut sich das Gebäude der lokalen, der Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen und schließlich der Reichspartei auf. Die oberste Instanz ist der Parteitag. Sein alljährliches Stattfinden wird festgelegt, das schon wegen der Verwaltungsbürokratie und der Kontrolle unerlässlich ist. In der Kommission bestand der Plan, die Zusammenfassung des Parteitages nach dem Grundgesetz der Verhältniswahl vorzuschreiben. Dem aber steht das Schwergewicht der historischen Entwicklung entgegen. Unsere Parteitage sind eigentlich Sozialisten- und Gewerkschaftskongresse in ähnlicher Zusammenfassung wie die internationalen Kongresse. Das hat der Partei großen Nutzen gebracht und es wäre bedauerlich, wenn hier eine Aenderung eintrete. Es wäre auch bedauerlich, wenn die Parteipresse nicht vertreten wäre. Diese Art der Zusammenfassung oder führt die verhältnismäßige Vertretung. Wir haben von ihr abgesehen und bitten auch alle Anträge abzulehnen, die sie doch einführen wollen. Ebenso sieht es mit dem Grundgesetz der Urwahl zum Parteitag. Auch diese Anregung ist gut, nur läßt sie sich heute noch nicht durchführen. Inhaltbar waren die gegenwärtigen Bestimmungen über die Zusammenfassung der Parteileitung. Die Gesamtparteivertretung besteht aus 20 Mitgliedern. Sie beschließt und verwaltet. Dann gliedert sich eine Gruppe von 12 Mitgliedern ab und bildet die Kontrolle, um das, was sie selbst beschlossen hat, zu kontrollieren und Beschwerden gegen sich selbst entgegenzunehmen. Es war klar, daß wir das Organ der Verwaltung und das Organ der Kontrolle vollkommen trennen mußten. Natürlich durften aber der Parteileitung wichtige Kräfte für politische Entscheidungen nicht genommen werden. Zu politischen Entscheidungen ist nach wie vor der Gesamtkörper der Parteileitung berufen, der im übrigen in die engere Parteileitung und Kontrolle zerfällt. Jedes dieser Organe wird eigene Obmänner und eigene Schriftführer haben. Oft gewünscht aber auch die erweiterte Parteileitung nicht, um in wichtigen Fragen zu entscheiden. Und es ist auch oft unmöglich, erst einen Parteitag einzuberufen. Soweit nun die deutschen Genossen zwischen Parteivorstand und Parteitag in Chemnitz noch ein weiteres Organ, den Parteiauschuß, gesetzt haben, der zu wichtigen Beschlüssen einberufen werden muß, so soll bei uns eine Reichskonferenz eingeschoben werden. Diese Reichskonferenz soll sich zusammensetzen aus den einzelnen Landesparteileitungen und dem Vorstände der Gesamtpartei.

Die Vorschriften über die Kandidatenaufstellung haben eine gewisse Aenderung erfahren. Die Aufstellung bei den allgemeinen Wahlen soll nach der alten Regel erfolgen: Der Bezirk schlägt vor, der Parteivorstand bestätigt und die Reichskonferenz genehmigt und entscheidet auch im Falle einer Nichteinigung zwischen Bezirks- und Parteivorstand. Bei Landtagskandidaturen entscheidet natürlich die Landtagskonferenz. Geändert werden so dann die Methoden der Kandidatenaufstellung bei den Reichswahlen. Hier solle für den Fall, daß sich Bezirk und Parteivorstand über den Kandidaten nicht einigen können, nicht wie bisher die Reichskonferenz, sondern eine Kommission nach Art eines Schiedsgerichtes entscheiden, zu der der Bezirk und die Parteileitung je drei Mitglieder entsenden, und ein unparteiischer Vorsitzender nach unserem Vorschlag von der Fraktion gestellt wird. Wir haben aber nichts dagegen, wenn mit der Stellung dieses Vorsitzenden eine andere Körperschaft, vielleicht die Kontrollkommission betraut wird. Steiermark und Mähren beantragen eine Aenderung, die uns bedenklich erscheint. Sie wollen der Parteileitung die Aufstellung der Kandidaten übertragen. Aber dies ist eine Angelegenheit der Gesamtpartei; um die Schlagfertigkeit und Scharfsinnigkeit der Fraktion zu erhalten, müssen möglichst alle großen Gewerkschaften in ihr vertreten sein, muß sie über tüchtige Juristen, über Mediziner und Schulschullehrer und über Leute zur Führung der eigentlichen politischen Angelegenheiten, über parlamentarisch geschulte Männer verfügen. Wenn die Aufstellung der Kandidaten aber den einzelnen Ländern überlassen bleibt, dann kann dieses Gesamtinteresse der Partei unmöglich zum Ausdruck kommen.

Schließlich sind noch wichtige Aenderungen über den Ausschluß vorgenommen worden. Bisher waren die Bestimmungen darüber sehr ungenau. Die Bestimmungen über den Ausschluß sind eigentlich Strafbestimmungen, aber nur mit einer Strafe; läßt ein Parteigenosse sich etwas zuschulden kommen, so wird er entweder wie ein Schlozer ausgestoßen, oder er bleibt mit allen Rechten und Ehren die eines Parteigenossen zuzunehmen. Das war für die Partei ungenügend. Es kommt vor, daß Parteigenossen ohne bösen Willen aus Unverständnis die Partei schädigen, oder sich als ungeeignet erweisen, bestimmte Funktionen ausüben. Sie verdienen deshalb aber nicht, mit Schimpf und Schande aus der Partei geworfen zu werden. Die Schiedsgerichte haben sich damit gehalten, daß sie über das Parteistatut hinaus andere Sühnen bestimmen: Müge, Warnung, Ausschluß aus einer bestimmten Organisation und Zuweisung an eine andere. Was man in der Praxis geübt, soll nun in das Statut aufgenommen werden. Ein Antrag wünscht, daß man wegen Verstoßes gegen die Interessen der Partei nicht ausgeschlossen werden darf. Es gibt aber Organisationschädlinge, Menschen, die ihre Beiträge zahlen und sich zum Parteiprogramm bekennen, aber entweder unerträglich Stänker sind, oder Dinge in die Öffentlichkeit gewöhnlich entstellen bringen, auf die sich dann die Gegner berufen. Man kann die Leute nicht als ehrlos bezeichnen, kann nicht sagen, daß sie sich gegen die Grundzüge der Partei vergehen und sie schaden doch schwer der Partei. Ich glaube auch nicht, daß mit der Bestimmung Mißbrauch getrieben werden kann. Es sind genug Sicherungen für den Ausdruck der wahren Willensmeinung der Partei über die Mitgliedschaft eines Menschen vorhanden und nur auf diese Willensmeinung kommt es an. Steiermark gibt eine sehr gute Anregung, die einfache Streichung eines Mitgliedes aus der Mitgliedsliste vorzuschreiben, die Entfernung eines Mitgliedes ohne den Beigeschmack des schimpflichen Ausschlusses. Das wird vor allem in Frage kommen, wenn keine Mitgliedsbeiträge gezahlt werden, wobei man für den Fall der Arbeitslosigkeit Vorkehrung treffen kann.

In der letzten Nummer des „Kampfes“ gibt Genosse Fritsch Adler Anregung vom

Fall Hildebrand

eine wertvolle Anregung. Hildebrand, mit dem sich der Chemnitzer Parteitag beschäftigte, ist, wie von niemand bezweifelt wird, ein höchst ehrenhafter Mann, ein Schriftsteller, der auch Opfer für seine Ueberzeugung gebracht hat und der Partei, solange er in ihr stand, auch von manchem Nutzen war. Nun hat er mehrere Bücher geschrieben, aus denen es sich ergibt, daß er kein Sozialdemokrat mehr ist. Niemand kann es ihm zum Vorwurf machen, wenn er glaubt, daß die Aktion der Partei nicht mehr mit seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung übereinstimmt und das auch ausdrückt. Hildebrand hat aber die sonderbare Idee, trotzdem in der Partei bleiben zu wollen; und die Notwendigkeit seines weiteren Verbleibens wird noch sonderbarer begründet. Manche seiner Freunde sind zu der Theorie gekommen, daß jeder, der sozialdemokratisch wählt, und der sagt, ich will Sozialdemokrat sein, auch wirklich Sozialdemokrat ist, unbekümmert darum, was er sonst schreibt und redet. Das kann aber eine Partei sich nicht gefallen lassen. (Rebelle Zustimmung.) So kam es zum Ausschlußverfahren gegen Hildebrand. Es war sicherlich ein peinlicher Vorgang, daß Hildebrand ausgeschlossen werden mußte. Mit der Strafe des Ausschlusses verbindet man nämlich die Vorleistung der Strafe für eine nichterlöste Bestimmung oder Handlung, den Vergriff, daß der Ausschlossene ein ehrloser Mensch sei. Es ist daher eine sehr gute Anregung des Genossen Adler, das Streichungsverfahren auch gegen jemand eintreten zu lassen, der nach öffentlichen Bekundungen in Reden oder Büchern nicht mehr Sozialdemokrat ist. (Zustimmung.) Der Referent schlägt vor, alle Aenderungsanträge und den Entwurf selber einer Kommission zu überweisen, die aus je einem Vertreter von Wien und von jedem Kronland, aus zwei Mitgliedern der Parteileitung und einem Vertreter der Frauenorganisation zusammengesetzt sein soll.

Diese Kommission soll ihre Beschlüsse dem Parteitag baldmöglichst unterbreiten.

Die Diskussion an der sich Wagner-Ottakring, Eggenbauer-Wien, Schuster-Karltsbad, Pözl aus Liefing, Abg. David-Wien, Breyher-Salzburg und Dreifelder-Wien beteiligten, brachte die vom Referenten erwähnten Gegenentwürfe einzelner Organisationen zum Statut zur Geltung. Einmal wurde gefordert, daß der Parteitag nur alle zwei Jahre stattfinden, dann daß die Delegierten durch Urabstimmung gewählt würden, dann, daß der Vorsitzende der Schlichtungskommission die bei Streitigkeiten zwischen Bezirksorganisation und Parteivorstand über Nachwahlanforderungen zu entscheiden hat, nicht von der Fraktion gestellt werde. Die Hauptstreitfrage war, ob bei der Zusammenfassung der Parteivertretung die Demokratie genügend gewahrt bleibe und die einzelnen Landesorganisationen zu ihrem Rechte kämen.

In seinem Schlusswort erwiderte Seig, daß man den Gegensatz zwischen Demokratie und Oligarchie mit dem Gegensatz zwischen Zentralismus und Partikularismus hier verwechselte und daß die Konstitutionsdemokratie mit der modernen entwickelten Demokratie nichts gemein habe. Der Parteileitung müsse eine gewisse Macht über die Landesorganisationen gegeben werden.

Der Kommissionsentwurf des neuen Parteistatuts geht dann an eine Kommission, die sich nach dem Vorschlag des Referenten zusammensetzt aus folgenden Delegierten:

- Wien David,
 - Niederösterreich Haldenberg (Gmünd),
 - Oberösterreich Boklinger,
 - Böhmen Czermak,
 - Mähren Gsch,
 - Steiermark Schachner,
 - Salzburg Witternigg,
 - Tirol Abram,
 - Schlesien Jockl,
 - Kärnten Gröger,
 - die Parteivertretung Seig und Seeliger,
 - die Frauenorganisation Genossin Proff;
 - die Parteisekretäre Skaret, Winkler.
- Deutsch und Adler (Fritz) nehmen beratend teil.

Bericht der Fraktion

Abg. Dr. Renner: Die letzten Wahlen haben einen Zug nach links und eine große Niederlage der Christlichsozialen ergeben. Wer aber erwartet hat, daß der deutsche Nationalverband, der die Führung im Parlament an sich gerissen, eine freihändlerische, völkerefreundliche Politik befolgen würde, hat sich arg getäuscht. Nach außen bietet das Parlament ein wirres Bild. Während in anderen Ländern eine politische Frage nach der anderen erledigt wird und die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich konzentriert, geht bei uns alles durcheinander. Das Schwergewicht liegt in den 82 Ausschüssen und dort wird zugleich über die Finanzvorlage, die Wehrvorlage, die Teuerungsvorlage beraten. So entsteht eine Vielgeschäftigkeit, bei der nichts herausgeht. Die Gegner erkennen an, daß wir die fleißigsten, tüchtigsten und schlagfertigsten Abgeordneten stellen. Der Regierung und den feindlichen Parteien gegenüber ist das Beste gerade gut genug. Ueberall haben wir sachmäßig durchgebildete Vorkämpfer, die in vielen Fällen nicht Doktoren sind, sondern aus der Arbeiterklasse hervorgegangen. Gerade unter den Arbeitern haben wir Fachmänner, die die routinierteren Verwaltungsbeamten durch ihre Findigkeit, ihre Schlagfertigkeit und ihre Kraft bei der Wahrung proletarischer Interessen übertrifften. Renner gibt einen Ueberblick über die Fülle von Aufgaben, die die Fraktion zu lösen hatte, den Kampf um Freiheit und Brot, den sie unermüdet führt. Sie glaubt ihre Pflicht getan zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Die Weiterberatung wird dann auf Sonntag vertagt.

Wien, 3. November.

3. Verhandlungstag.

Ueber die

Bildungsarbeit

der Partei berichtet Danneberg: Die Zentralkommission für das Bildungswesen hat im Laufe der letzten vier Jahre nicht weniger als 5399 Einzelvorträge, 267 Vortragszettel und 255 Unterrichtsbesuche veranstaltet. Wir haben außerdem eine Arbeiterschule als Krönung unseres ganzen Unterrichtswesens eingerichtet, die bisher schon mehr als 400 Genossen herangebildet hat. In der Probung haben wir 500 Einzelvorträge, 61 Vortragszettel und auch einige Unterrichtsbesuche vermittelt. Die Parteischule, die auf dem Reichsberger Parteitag noch als schütteres Projekt behandelt wurde, ist inzwischen in Bodenbach und in Klagenfurt tätig geworden. Renner verweist in eindringlichen Worten auf die Wichtigkeit der Bildungsarbeit. Wir müssen den Arbeitern klar machen, daß wir mehr wollen, als unsere Gegenwartsforderungen durchsetzen, daß es uns auf die Verwirklichung des Sozialismus ankommt. Wir wollen es nicht bloß zu tun haben mit Müllern und lässigen Beitragszahlern, wir müssen durchgebildete Genossen erziehen. Seit Jahren suchen unsere Gegner auch die proletarische Jugend zu beeinflussen und uns die Quellen unserer Entwicklung zu verschütten. Groß ist die Zahl der literalen und der nationalen Schutzvereine, die sich an die politische Verführung der Jugend machen. Wenn wir es aber richtig anpacken, brauchen wir keine besondere Angst vor den Gegnern zu haben. Diese ziehen die jungen Leute im günstigsten Falle auf einige Stunden in der Woche in ihre Heime, während sich die Jugend 50 und 60 Stunden in der Woche in den Händen unserer Arbeiter befinden. Sie müssen es nur verstehen, richtig mit der Arbeiterjugend umzugehen.

Die Bildungsarbeit der Partei ist auf das engste mit dem Organisationsleben der Partei verknüpft. Die Parteischule ist bisher zweimal abgehalten worden. Manches mag sie enttäuscht haben. Aber in vier Wochen lassen sich nicht die gesamten Sozialwissenschaften lehren. Der Zweck der Parteischule ist, einigen Duzend Vertrauensmännern zu zeigen, wie sie selber lernen und arbeiten müssen, wenn sie in die Grundzüge der für uns wichtigsten Wissenschaften eingeführt sind. Auch der Kinder des Proletariats müssen wir uns annehmen. Natürlich wollen wir den acht- oder zehnjährigen Kindern nicht Sozialismus einpauken, aber sie sollen geistig und physisch zu gesunden Menschen heranwachsen und von literaler und nationaler Verblendung befreit bleiben. Sehr leidet die Bildungsarbeit an der Zersplitterung der Industrie in Oesterreich. In eineinhalbtausend Orten, Wien inbegriffen, haben wir weniger Parteimitglieder als Berlin und Hamburg zusammen. Die Bildungsarbeit darf nicht scheitern an der Ueberlastung der Vertrauensmänner. Lesen und Lernen muß zu einer ihrer Amtspflichten gemacht werden. Auch vom Geldmangel soll man nicht sprechen. Wir müssen uns daran gewöhnen, auch für etwas anderes als für Wahloskosten Geld auszugeben; damit entscheiden wir uns auf die Dauer unsere politische Arbeit. Selbst in Wien bekommen zwei Drittel aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im ganzen Jahr auch nicht einen einzigen sozialistischen Vortrag zu hören, emblemen sie auch nicht ein einziges Buch aus der Bibliothek. Mit diesen zwei Dritteln, die auch von der Parteipresse nicht erreicht werden, haben wir also gar keine geistigen Beziehungen. Deshalb müssen wir eine so intensive Bildungsarbeit auch bei denen leisten, die formal zu uns gehören. Ein großer Bildungsmangel muß gestillt und auch die verdammt geistige Bedürfnislosigkeit muß bekämpft werden. Die Bildungsarbeit ist Kampfsarbeit für die Kämpfe der Partei. Sie soll für uns eine Quelle neuer Kraft, neuen Trostes, neuer Begeisterung für den Sozialismus sein. Das neue Parteistatut hat die sozialistische Erziehungsarbeit, die Förderung der Jugendbewegung und die Kindererziehung als Verpflichtung für die Organisation aufgenommen. Mit der Bildungsarbeit rücken wir für die großen Kämpfe der Zukunft. (Stürmischer Beifall.)

Die Diskussion, die reich an Anregungen ist, bewegt sich durchaus im Geiste der Ausführungen des Referenten.

Dr. Adler drückt die Anerkennung der Partei für das aus, was auf dem Gebiete der Bildungsarbeit in den letzten Jahren geleistet worden ist. In der vorausgehenden Periode der heftigsten politischen Kämpfe war die Bildung unserer Genossen etwas zurückgefallen. Wir mußten unseren Rekruten trotz ein Verweh in die

Hand drücken und sie ins Feuer schicken, ohne daß und die Zeit blies, für ihre Durchbildung zu sorgen. So war eine gewisse Lücke zwischen der alten Generation, die viel gelernt und gelehrt hat, weil sie politisch wenig zu tun hatte und der folgenden Generation entstanden, die nicht Zeit genug gehabt hat, um sich zu bilden. Ein Abreihen der geistigen Tradition war zu konstatieren. Nun sehen wir, daß ein neues Geschlecht heranwächst, das lehrte und lernt, das mit intensiver Leidenschaft und Hingabe an die Erziehungsarbeit zur Sozialdemokratie herangeht. Wir sehen wieder in einer geistigen Wiedergeburt der Partei. Es fangen wieder theoretisch interessierte Menschen an, zu sprechen. Wichtig ist es, die Stunde zu nutzen; noch wichtiger aber, die Zukunft bereiten. Das tut die Partei, wenn sie mit allen Mitteln sich bemüht, die heranwachsende Jugend heranzuziehen. Unsere Partei muß die Erziehungsarbeit als den ernstesten Teil unserer Arbeit ansehen, den wir überhaupt haben. (Stürmischer Beifall.)

Das Verhältnis zur Gesamtexekutive.

Referent zu diesem Gegenstand der Tagesordnung ist

Dr. Adler:

Es war der Wunsch des Innsbrucker Parteitages, die Gesamtpartei, die durch die Spaltung innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie schwer erschüttert war, wieder zu festigen. Die Haupt Schwierigkeit, der wir gegenüber stehen, war und ist die Tatsache, daß innerhalb eines so wichtigen und großen Teiles des Proletariats, wie es das tschechische ist, sich im wachsenden Maße Tendenzen bemerkbar machen und Tatsachen geschehen, die die tschecho-slawische Partei außerhalb der Gesamtpartei stellen. In Innsbruck haben wir klar und scharf erklärt, daß wir die Separatisten mit ihrer Herabwürdigung an den Gewerkschaften für verwerflich für die Partei erachten. Wir betrachten die Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie als ein Unglück; aber wir sagen und wiederholen: Noch schlimmer wäre die Schädigung als sie heute ist, wenn sie ohne Widerspruch und ohne Ausnahme geschehen, wenn das gesamte tschechische Proletariat sich auf den Standpunkt der Separatisten gestellt hätte. Das ist nicht geschehen. Die zentralistisch gebildeten Genossen sind aus der tschecho-slawischen Partei herausgedrängt und genötigt worden, sich als tschechische Sozialdemokratie zu konstituieren.

Der Innsbrucker Parteitag übergab der Parteileitung den Auftrag, die Anerkennung der tschechischen Sozialdemokratie, die auf ihm erfolgt war, auch von den übrigen Parteien der Gesamtexekutive auszusprechen und die tschechische Sozialdemokratie in in den Gesamtverband aufnehmen zu lassen. Zweitens sollte die tschechische Sozialdemokratie auch von der Weltinternationalen anerkannt und ihr angeschlossen werden. Dann aber sollte die Parteileitung danach trachten, die österreichische Gesamtpartei neu zu beleben und zwar auf dem Wege der Einberufung aller Exekutiven zu einer gemeinsamen Sitzung, da ein Gesamtparteitag zunächst als schwer möglich angesehen werden mußte. Das Verhältnis zur neuen tschechischen Sozialdemokratie ist nun geordnet worden. Die polnische Sozialdemokratie, die italienische und slowenische haben sie anerkannt. Von der tschecho-slawischen Partei war diese Anerkennung selbstverständlich nicht zu erwarten. Wollten wir nun der tschechischen Sozialdemokratie ihre Vertretung in der Gesamtexekutive geben, so müßten zu einer Sitzung der Gesamtexekutive alle Parteien auch die tschecho-slawische eingeladen werden. Zu der auf den 20. Juni anberaumten Sitzung ist die tschecho-slawische Sozialdemokratie nicht erschienen, sie hat vielmehr erklärt, daß sie die Aufnahme der tschechischen Sozialdemokratie als eine Ausweitung der Separatisten ansehen würde und daß im übrigen die Gesamtexekutiven nicht die Kompetenz hätten, eine neue Partei aufzunehmen, daß hierzu vielmehr allein ein Gesamtparteitag autorisiert wäre. Die Sitzung habe trotzdem stattgefunden, und die Argumente der Tschecho-Slawen sind abgewiesen worden. Es geht nicht an, von vornherein über den Wunsch auf Anschluß einer Partei, deren Existenz eine Tatsache ist, zu urteilen, bevor man sie gehört hat. Die Gesamtexekutiven müssen aber um so mehr als kompetent angesehen werden, als der Gesamtparteitag nach dem Rezept der Separatisten niemals zustande kommen würde. Wenn die Separatisten mit der tschechischen Sozialdemokratie in der Gesamtexekutive nicht an demselben Tisch sitzen wollen, so sicher auch nicht auf einem Gesamtparteitag. Die Gesamtexekutive kann keine höhere Kompetenz beanspruchen, als ihr gegeben wird durch die Summe der Kompetenzen der in ihr vertretenen Parteien. Wenn jede für sich erklärt hat, sie sei für die Aufnahme, so hat die Gesamtexekutive demmit den Auftrag erhalten, die Aufnahme zu bewerkstelligen. Die Einwände der Separatisten sind also nur formaler und ad-bosartiger Natur. Ich selber, der ich noch immer den alten Optimismus nicht ganz habe fahren lassen, habe vielmehr geglaubt, daß sich die tschecho-slawische Partei mit einem formalen Protest in so scharfen Worten, wie sie nur gewählt werden können, bekräftigen würde, daß sie gedacht hätte, na, wir stehen vor einer Tatsache, aber die Notwendigkeit, eine einzige Gesamtpartei in Oesterreich zu bilden, ist so groß, daß wir unter Protest mittun wollen. Das war eine betretbare Brücke für jeden, der den Frieden wollte, und die Brücke wurde noch vergolbet. Es wurde darauf hingewiesen, daß angesichts des drohenden Krieges die Gesamtexekutive zusammenzutreten und überlegen müsse, was die Gesamtpartei in diesem Moment als ihre Pflicht ansähe. Ich war ein schlechter Diagnostiker. Ich hoffte im Stillen, daß die Tschecho-Slawen sagen würden: Es ist ja eine Niederträchtigkeit, daß die Zentralisten aufgenommen werden, aber angesichts des geschichtlichen Momentes, wo alle Kraft zusammengefaßt werden muß, wollen wir uns überwinden. Mit dieser Haltung hätten sie sich nichts vergeben und für die Zukunft manche Schwierigkeiten beseitigt. Leider waren die Separatisten auch diesmal anderer Ansicht als ich. Sie haben auch von dieser Gelegenheit keinen Gebrauch gemacht und nur geschrien, daß in der Frage der Kriegsgefahr ihre eigene Parteileitung Propositionen bereits getroffen habe und daß sie um Mitteilung der Beschlüsse bitte, damit man im Falle der Notwendigkeit diese Beschlüsse mit den eigenen Vorschlägen zu solidarischer Einigung verschmelze. Das hat natürlich einen sehr geringen Wert, wenn eine außerhalb der Gesamtexekutive abstrakt stehende Partei darüber befinden will, ob in dem, was die Gesamtexekutive macht, etwas für sie plausibles enthalten ist. Wir fragten, um dies festzustellen, direkt an, ob die tschecho-slawische Partei die Beschlüsse der Gesamtexekutive für sich als bindend ansehe. Aber dieser Wunsch nach klarem Wein war wieder einseitig und wurde von der anderen Seite nicht geteilt. Wieder erhielten wir eine juristisch-formale Antwort: die Exekutive der Tschecho-Slawen betrachte als für sich verbindlich alle Beschlüsse der Gesamtexekutive, die von ihr in der Gestalt gefaßt würden, wie sie auf Grund des Beschlusses des Parteitages von Brünn im Jahre 1890 zusammengesetzt wäre, d. h. die Beschlüsse ohne die tschechischen Zentralisten sind bindend, die Beschlüsse mit den tschechischen Zentralisten sind nicht bindend. Ich begreife ja völlig die Sorge und den Schmerz der tschecho-slawischen Sozialdemokraten angesichts der Spaltung. Es wäre nur gut gewesen, wenn sie diese Sorgen früher gehabt hätte, zu einer Zeit, als die Spaltung sich noch hätte verhindern lassen. Jetzt ist die zweite Partei da, wir haben allen Grund sie anzuerkennen und wenn die tschecho-slawische Partei dagegen protestiert, müssen wir warten, bis die Einsicht in das Notwendige auch dort gekommen sein wird. Es steht nicht so aus, als würde es damit sehr schnell gehen. Seit Innsbruck sind die Gegensätze immer schärfer geworden und bei den Tschecho-Slawen sind die letzten Bedenken und inneren Hemmungen für ihr Verhalten leider weggefallen. Auf gewerkschaftlichem Gebiet treiben sie die Spaltung und Herabwürdigung soweit sie nur können. Und wenn sich in letzter Zeit eine rückläufige Bewegung bemerkbar macht, so nur aus dem Bewußtsein der tschechischen Gewerkschaften heraus, daß der Weg der Separatisten für die Gewerkschaften der Weg des Selbstmordes ist. Auch im Parlament sind wir zu den Separatisten zu keinem leidlichen Verhältnis gekommen. Der Klub der tschecho-slawischen Sozialdemokratie hat sich als Konkurrenz entwickelt und Neigung gezeigt, in eine gewisse Solidarität zu den

Bürgerlichen tschecho-slawischen Parteien zu kommen. Es ist aber schwer, bei auch noch so entfernter Interessengemeinschaft mit bürgerlichen nationalen Parteien, eine proletarische Politik zu machen.

Inzwischen ist auch die Aufnahme der tschechischen Sozialdemokratie in die Weltinternationale erfolgt. Sie mußte der böhmischen Sektion angegliedert werden. Natürlich wollten die Separatisten nicht, aber die Aufnahme ist nach längerer Debatte mit allen gegen die drei separatistischen Stimmen beschlossen worden. Nun stehen wir vor der Frage, wie der Gesamtpartei in Oesterreich wieder inneres Leben gegeben werden kann. Das Bedürfnis dazu ist seit Innbrud nicht bloß bei uns Deutschen lebendig geworden. Wir spüren es bei den Polen, Italienern und Ruthenen. Wir spüren es vor allem im Parlament, wo in absehbarer Zeit alle sozialdemokratischen Abgeordneten mit Ausnahme der Separatisten einen sozialdemokratischen Verband bilden werden. (Stürmischer Beifall.) In absehbarer Zeit werden wir auch eine Sitzung aller Gesamtzeitschriften haben. Ich will aber ausdrücklich erklären: Wenn einzelne unserer Genossen, die die Geschichte unserer Partei nicht kennen, die Einschmelzung aller unserer autonomen Glieder in eine einheitlich, national nicht gegliederte Gesamtpartei erstreben, so schädigen sie, ja machen sie unmöglich die Zusammenfassung der autonom selbständigen Parteien zu einer Partei. Jeder Versuch über die Föderierung hinauszugehen, würde uns zurückwerfen. Man kann theoretisch über das Verhältnis von Nationalität und Proletariat denken wie man will, man darf das Auge für die Wirklichkeit nicht verschließen, jeder soll philosophieren wie er will und wie er kann (Heiterkeit), aber für die Parteipresse gilt nicht Abstraktion, Wogefen von Tatsachen, sondern Einsicht in die Tatsachen. Wir wünschen die nationale Autonomie in der Gesamtpartei nicht aufzugeben, und wenn wir es wollten, die andern würden nicht wollen. Auch die tschechischen Zentralisten würden nach sehr kurzer Zeit aus der unifizierenden Einheit in die föderalistische Wirklichkeit erwachen. Wir wollen alles tun, um die Wiederbelebung der Gesamtpartei zu beschleunigen, aber überhüten dürfen wir nicht. Es darf bei niemand die Vorstellung entstehen, als ob die deutsche Sozialdemokratie diese Einheit der Gesamtpartei als notwendiger empfindet, denn irgend jemand anderes. Nur insofern das gemeinsame Interesse überall empfunden wird, läßt es sich bewerkstelligen. (Stürmischer Beifall.)

In der Debatte beantragt Jodl (Schlesien): Der Parteitag billigt die Bemühungen der Parteiverwaltung um die Festigung der Gesamtpartei und fordert sie auf, diese Bemühungen fortzusetzen.

Queber: Für die Gewerkschaften ist der heutige Tag ein Freudentag. Die Partei ist zu der Erkenntnis gekommen, daß man die Zentralisten nicht als Rebellen erklären darf, sie sind in die österreichische und in die Weltinternationale aufgenommen. Dazu vorher haben die Tatsachen der gewerkschaftlichen Organisation. Von den 150 000 tschechischen Arbeitern, die in Oesterreich gewerkschaftlich organisiert waren sind trotz des Nachapparates und des Ganges der Separatisten 75 000 in den Zentralorganisationen geblieben. Wie stellen wir uns für die Zukunft die Ausgestaltung der Gesamtpartei vor? Niemand sieht die Reibungsflächen zu beiseite, wenn die gewerkschaftliche Organisation alle Nationen vereinigt, die in der politischen Organisation national getrennt bleiben. In den Tatsachen des proletarischen Lebens heraus erkläre ich, daß diese nationale Trennung nur eine vorübergehende Episode ist. Der Proletarier wird mit seiner Familie von einer Scholle zur anderen gehen, er ist in seiner wirtschaftlichen Existenz ein Kosmopolit und es wird für ihn zu einer sekundären Frage, ob er Deutscher oder Tscheche ist. Ueberlassen wir diese Fragen der Zukunft und sorgen wir bald für einen Gesamtparteitag. Wir

dürfen unsere Arbeiter nicht zur Beule der tschechischen Ketten lassen. Die Separatisten verziehen mit Feuer die nationale Trennung, da sagt sich mancher deutsche Arbeiter, da ist es schon besser, ich gebe gleich über zu einer nationalen Organisation. Demgegenüber ist das beste Mittel die Zusammenfassung der Proletarier aller Jungen, die proletarische Einheit. (Beifall.)

Dr. Bauer (Wien): Die Separatisten sind jetzt aller intellektuellen und moralischen Hemmungen ledig geworden. Es läßt sich mit ihnen nicht mehr zusammen arbeiten. Ihr Zentralorgan bringt zwei Spalten unsinnigen Geschimpfes gegen Adler. Was immer Queber von der Zukunft glaubt, eins ist sicher: die nationale Autonomie auf politischem Gebiete innerhalb der Gesamtpartei darf nicht angefaßt werden. Es wäre der größte Fehler, wenn wir über die Gewerkschaften auch nur den leisesten Versuch unternehmen wollten, die internationale Organisation der Gewerkschaften auf das Gebiet der politischen Organisation zu übertragen. Nur wenn wir die nationale Autonomie achten, ist die Grundlage des gegenseitigen Vertrauens gegeben. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Adler: Ich verstehe ja Queber ganz. Sein Traum von einer einheitlich national nicht mehr gegliederten Partei wäre eine große Annahmlichkeit für die Gewerkschaften. Es wäre da sehr nützlich, wenn sich unsere Gewerkschaftler klar machen wollten, daß das eigentliche Verbrechen der Separatisten, bevor es ein Verbrechen des Charakters wurde, ein Fehler des Urteils war. Es war ihr Verontgang, die Grundsätze und Methoden, die für die politische Partei geeignet waren, auf die Gewerkschaften anzuwenden. Es war ihr fehlerhaftes Urteil, anzunehmen, daß ein und dasselbe Gesetz der Entwidlung auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete besteht. Während aber die gewerkschaftliche Entwidlung aus der Romantizität der Existenz und Wirkungslosigkeit der Gewerkschaften immer mehr auf die Vereinseitigung losgeht, macht die politische Tätigkeit eine gewisse Differenzierung in den Organisationen notwendig. Das zeigt sich sogar in dem einseitigen Deutschland. Gütten wir uns, die gewerkschaftlichen Romantizitäten unbeschert auf die politischen Organisationen anzuwenden. Wir können den Gewerkschaften das Verständnis der nationalen politischen Organisation nicht liefern. Diese Architektenträume aus Volkenskluddeleien sind ebenso wertlos wie die Zukunftssträume von einer gemeinsamen Sprache. Es gilt trotz der nationalen Autonomie die Empfindung der Zusammengehörigkeit zu einer gemeinsamen Partei lebendig zu machen. Das geschieht nicht durch das Zurückdrängen der autonomen Organisation, sondern durch die Verstärkung des Gesamtparteitags. Das Schimpfen der Separatisten läßt mich kühl und sollte Sie auch nicht aufregen. Die schimpfen ja immer und niemand bezweifelt ihre Fähigkeiten dazu. (Seiterkeit.) Immerhin bleibt es dabei, der Zustand der Trennung ist sehr bedauerlich und muß verschwinden. Wir können gegenwärtig nichts dazu tun, als das eine, daß wir uns mehr und vernünftiger benehmen. Wir können auch nicht erwarten, daß die tschechische Sozialdemokratie, der wir allen Erfolg wünschen, die andere Seite in sich aufnimmt. Nein, drüben muß die Einkehr zu proletarischer Vernunft kommen. Das ist beinahe nur ein Wunsch. Aber ein beträchtlicher Teil unserer Zukunft und der Entwidlung der Arbeiterklasse in Oesterreich hängt davon ab, daß die getrennten Armeen sich wieder vereinigen. Wir müssen alles unterlassen, was uns ins Unrecht setzen könnte, wir müssen den anderen, die drüben stehen, den Weg zur Vernunft offen lassen. (Stürmischer Beifall.)

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Schluß 6 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Vom Petroleummonopol.

Der amerikanische Trust macht jetzt auch in Deutschland gegen das geplante Monopol mobil. Die Königsberger Handelskompanie in Königsberg i. Pr., eine Petroleumvertriebsgesellschaft beruft, wie sie mitteilt, auf Antrag von 16 am Petroleum-Großhandel stark interessierten Firmen eine außerordentliche Generalversammlung ein mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zu dem seitens der Regierung beabsichtigten Monopolgesetz und der dadurch hervorgerufenen bölligen Ausschaltung des Petroleum-Engroßhandels, wodurch die vor 40 Jahren von Petroleumgroßhändlern mit ausschließlicher deutschem Kapital begründete und seither geleitete Petroleumhandelsgesellschaft, die Königsberger Handelskompanie, gezwungen wird, sich aufzulösen.“

Tatsächlich gehört aber die Königsberger Handelskompanie zur Gruppe des amerikanischen Trusts; die Hälfte ihrer Aktien hat die deutsche Tochtergesellschaft des Trusts, die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft in Besitz.

Ferner haben die Aktionäre der Königsberger Kompanie an den Reichsfinanzminister eine Eingabe gerichtet, von der Einföhrung des Monopols Abstand zu nehmen. Da andernfalls die Gesellschaft zur Auflösung gezwungen wäre. Sollte aber dennoch das Monopol eingeföhrt werden, so bitten sie um Uebernahme der Aktien zum Kurse von 400 Prozent, damit die bisherige Dividendeneinnahme annähernd kapitalisiert werde. Statt 2,8 Millionen — so hoch beläuft sich das Aktienkapital — wünschen die Herren, also 9,2 Millionen als Entschädigung. Wenn die übrigen Gesellschaften gleiche Ansprüche stellen und das Reich ihnen entgegenkommt, würde das Monopol allerdings eine recht hübsche Einnahmequelle für — die Petroleumaktionäre werden.

Wirkungen des Einföhrsystems.

Infolge der starken Ausfuhr aus dem Osten Deutschlands nach Skandinavien standen die an und für sich schon hohen Roggenpreise in Königsberg zeitweilig um 10 M. pro Tonne höher als in Berlin. Auch die dortigen Mühlen haben unter diesen teuren Roggenpreisen sehr zu leiden gehabt. So erwartet die Königsberger Walzmühle, A.-G., einen erheblichen Rückgang der Dividende.

Amerikanische Magnaten.

Der Kommission zur Untersuchung des amerikanischen Geldtrusts ist eine Aufstellung über die Unternehmungen übergeben worden, in denen die Rockefeller- und Morgan-Finanzgruppen die Aktienmehrheit haben oder die Verwaltung leiten. Nach einer Meldung der „Frankf. Zeitung“ beträgt das Kapital der vom Geldtrust kontrollierten Aktiengesellschaften:

Industrie und Lokalverkehr sowie Gas und Elektrizität	15 686 858 814 Dollar
Eisenbahnen	17 250 000 000 „
Banken und andere Finanzinstitute	4 000 911 982 „
Bergwerks- und Untertagebau	1 500 949 982 „
Sonstige Gesellschaften	1 322 613 000 „

Die Gesamtsumme, 39 711,83 Millionen Dollar, soll 26 Proz. von dem Nationalvermögen umfassen. In der Aufstellung wird weiter gesagt, daß der „Generalstab“ dieser beiden Gruppen aus 320 hervorragenden Leitern von Industrie, Eisenbahn- und Finanzinstituten bestehe.

Blutarme u. Kranke trinken während der Rekoneszenz feurig süßen **Santa Lucia** Stärkungs-Fl. 1.50 Nachahmung bitte zurückzuweisen. Rotwein u. 2. Käuf. in Apotheken, Drogerien u. Delikat.-Gesch.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein I. den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Kämpfer **Karl Liesack** Engelauer 6, Bezirk 246, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. November, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 211/6

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreise

Frankfurter Viertel, Bez. 376. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt **Franz Müller** Mitglieder 5, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 220/17

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Franz Müller** Mitglieder 5, Bezirk 3 verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 74/6 Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **August Feierels** sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank. 11325 **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Kranzspenden sowie sämtliche **Blumenarrangements** liefert schnell und billig **Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. Npl. 7203.**

Am Sonnabend, den 2. November, verschied an Herzleidmung plötzlich mein andergehöriger Gatte, unser Bruder und Schwager, der Restaurateur **Franz Müller,** Mitglieder 5, im 52. Lebensjahre. Dieses zeigt tiefbetriibt an **Johanna Müller geb. Herrendorf.** Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer **Albert Kopf** im Alter von 37 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 5. November, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmsherg aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 233/18

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreise.

Am 30. Oktober verstarb unser Genosse, der Arbeiter **Johannes Wulf** Schönhauser Allee 57.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 233/18

Sozialdemokratischer Wahlverein Friedenau.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 2. November, unser Mitglied, die Genossin **Berta Gülde** geb. Lublich nach langem, schwerem Leiden im Alter von 50 Jahren verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedenauer Gemeinde-Friedhofes aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 203/6

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann und guter Vater **Emil Thiede** nach langem schweren Leiden am Sonnabendnachmittag gestorben ist. 11435

Die Beerdigung findet am Mittwochnachmittag 2 1/2 Uhr vom Trauerhause, Schornowerstr. 53 in Lichtberg, aus statt. — Um stille Teilnahme bitte die trauernde Witwe **Martha Thiede**, geb. Bergmann nebst Sohn.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Franz Janke** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma der Mechanischen Industrie, den Genossen des 6. Wahlkreises, dem Metallarbeiter-Verband und dem Gesangsverein „Gesundbühner Harmonie“ unseren herzlichsten Dank. 75a **Frau Witwe Helene Janke** nebst Tochter.

Zentral-Verband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Groß-Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 3. November, unser Mitglied, der Kollege **Emil Winkler** (Bezirk Charlottenburg) an Speiseröhrentrebs im Alter von 62 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Südwest-Friedhofes in Steglitz aus statt. **Der Vorstand.**

Am Sonnabend verstarb nach kurzem Leiden unser Bruder und Vater, der Linoleumleger **Karl Weidner.**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Kreuz-Gemeinde zu Mariendorf statt. 11396 **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und Anwesenheit bei der Beerdigung meines lieben Mannes unseres guten Vaters 50a **Emil Oede** sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Wahlverein und dem Zimmerverband meinen herzlichsten Dank. **Witwe Oede** nebst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes, unseres bergenguten Vaters, des Schlichters **Franz Janke** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma der Mechanischen Industrie, den Genossen des 6. Wahlkreises, dem Metallarbeiter-Verband und dem Gesangsverein „Gesundbühner Harmonie“ unseren herzlichsten Dank. 75a **Frau Witwe Helene Janke** nebst Tochter.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Franz Janke** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma der Mechanischen Industrie, den Genossen des 6. Wahlkreises, dem Metallarbeiter-Verband und dem Gesangsverein „Gesundbühner Harmonie“ unseren herzlichsten Dank. 75a **Frau Witwe Helene Janke** nebst Tochter.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Franz Janke** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma der Mechanischen Industrie, den Genossen des 6. Wahlkreises, dem Metallarbeiter-Verband und dem Gesangsverein „Gesundbühner Harmonie“ unseren herzlichsten Dank. 75a **Frau Witwe Helene Janke** nebst Tochter.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Franz Janke** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma der Mechanischen Industrie, den Genossen des 6. Wahlkreises, dem Metallarbeiter-Verband und dem Gesangsverein „Gesundbühner Harmonie“ unseren herzlichsten Dank. 75a **Frau Witwe Helene Janke** nebst Tochter.

Zentral-Verband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Groß-Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 3. November, unser Mitglied, der Kollege **Emil Winkler** (Bezirk Charlottenburg) an Speiseröhrentrebs im Alter von 62 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Südwest-Friedhofes in Steglitz aus statt. **Der Vorstand.**

Am Sonnabend verstarb nach kurzem Leiden unser Bruder und Vater, der Linoleumleger **Karl Weidner.**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Kreuz-Gemeinde zu Mariendorf statt. 11396 **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und Anwesenheit bei der Beerdigung meines lieben Mannes unseres guten Vaters 50a **Emil Oede** sage ich allen Verwandten und Bekannten, dem Wahlverein und dem Zimmerverband meinen herzlichsten Dank. **Witwe Oede** nebst Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes, unseres bergenguten Vaters, des Schlichters **Franz Janke** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma der Mechanischen Industrie, den Genossen des 6. Wahlkreises, dem Metallarbeiter-Verband und dem Gesangsverein „Gesundbühner Harmonie“ unseren herzlichsten Dank. 75a **Frau Witwe Helene Janke** nebst Tochter.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Franz Janke** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma der Mechanischen Industrie, den Genossen des 6. Wahlkreises, dem Metallarbeiter-Verband und dem Gesangsverein „Gesundbühner Harmonie“ unseren herzlichsten Dank. 75a **Frau Witwe Helene Janke** nebst Tochter.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Franz Janke** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma der Mechanischen Industrie, den Genossen des 6. Wahlkreises, dem Metallarbeiter-Verband und dem Gesangsverein „Gesundbühner Harmonie“ unseren herzlichsten Dank. 75a **Frau Witwe Helene Janke** nebst Tochter.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Franz Janke** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma der Mechanischen Industrie, den Genossen des 6. Wahlkreises, dem Metallarbeiter-Verband und dem Gesangsverein „Gesundbühner Harmonie“ unseren herzlichsten Dank. 75a **Frau Witwe Helene Janke** nebst Tochter.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Franz Janke** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma der Mechanischen Industrie, den Genossen des 6. Wahlkreises, dem Metallarbeiter-Verband und dem Gesangsverein „Gesundbühner Harmonie“ unseren herzlichsten Dank. 75a **Frau Witwe Helene Janke** nebst Tochter.

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. Ortsverwaltung Berlin. Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Richard Pieper** am 1. November verstorben ist.

Er ruhe sanft! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Neussän, am Mariendorfer Weg, aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Vorstand.** 76/19

Plomben, beste Ausführung, billige Preise. West. 1889. **Invaliden-Olga Jacobson, str. 145, II.**

Todesanzeige. Unser bei uns über 30 Jahre tätig gewesener treuer Mitarbeiter, Herr **Gustav Hoffmann** ist in der Nacht vom 1. zum 2. November plötzlich gestorben. Wir werden dem Verstorbenen stets ein gutes Andenken bewahren. **Albert Bolle & Jordan.** Berlin, den 2. November 1912.

Oskar Wollburg Trauer-Magazin Berlin N., Brunnenstraße 56. Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Anton Boekers Festsäle Weberstraße 17 — Tel. Amt Königstadt 13414 empfiehl seine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Kleine u. große Säle, großer Garten mit festlicher Theaterbühne sowie große Vereinszimmer stehen den geehrten Gesellschaften und Vereinen jederzeit zur Verfügung. Weihnachtsfeiertrag noch frei. **Ergebenst Anton Boeker, Weberstr. 17.**

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.** Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen. — Amt IV, 3014.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin. Bureau: Berlin O., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling, Amt III, 2438. **Achtung!** Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren **kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.** Geschäftszeit täglich von 10 1/2—1 Uhr mittags. Anrufen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. **Der Vorstand.** NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 4. Quartal grün und muß mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzufallen.

**Ortskrankenkasse
für das Bierbrauer-Gewerbe
zu Berlin, Kaiser-Wilhelm-Str. 18a.
Bekanntmachung.**

Die gemäß § 49 Abs. 2 und 3 des
Reichsgesetzes vom 2. März 1912
gewählten Vertreter zu den General-Ver-
sammlungen für die Jahre 1913 und
1914 finden am
Montag, den 11. d. Mts.
1913, 9 Uhr abends im
Kassenlokal der Ortskrankenkasse
für das Bierbrauer-Gewerbe zu Berlin,
Kaiser-Wilhelm-Str. 18a, v. II.
Jeder Arbeitgeber — nur diese sind
wahlberechtigt — hat bei dieser Wahl
eine Stimme. Wählbar dagegen sind
außer diesen selbst noch Geschäfts-
führer und Betriebsbeamte; auch
wenn sie der Klasse als versicherte
Mitglieder angehören. (s. R. S. 100
vom 26. Oktober 1912.) Die
Herren Arbeitnehmer wählen von
8—9^{1/2} Uhr abends in den
Musikerkablen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18a
(kleiner Saal, Hof st.)
Wahlberechtigt und als Vertreter
wählbar sind alle großjährigen und
im Besitze der Ehrenrechte befind-
lichen Mitglieder.
Als Legitimation dient bei der
Wahl die von der Brauerei in
Empfang zu nehmende ausgefüllte
Legitimationskarte. Bei den frei-
willigen Mitgliedern legitimiert die
Mitgliedskarte.
Die Herren Arbeitgeber werden ge-
beten, die ihnen von der Klasse ge-
liefernten Legitimationskarten aus-
zufüllen und auf Verlangen den Mit-
gliedern auszubändigen.
Der Vorstand,
Otto Ulrich, Vorsitzender.

**Die ordentliche
General-Verammlung
der
Orts-Krankenkasse
für den
Gewerbebetrieb der Kauf-
leute, Handelsleute
und Apotheker zu Berlin
findet statt am**

Donnerstag, den 14. November,
abends 8^{1/2} Uhr, im oberen Saal
von Kellers Restkafen (Neue Will-
harmonie), Köpenicker Straße 99/97.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Oberarztes
Dr. Juliusburger über „Geistes-
störungen und deren Behand-
lung“.
2. Antrag des Vorstandes auf Ge-
währung einer Leuzungszulage
an die Beamten.
3. Wahl der Revisoren zur Prüfung
der Jahresrechnung für 1912.
4. Wahl von 1077b
a) vier Vorstandsmitgliedern aus
den Reihen der Arbeitnehmer
bis Ende 1915.
b) zwei Vorstandsmitgliedern aus
den Reihen der Arbeitgeber
bis Ende 1915.
Der Vorstand,
H. Nürnberg, Vorsitzender,
Jonas Stahl, Schriftführer.

**Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
Inb.: P. Golletz
an der Mariannen-Straße 2.
Telephon: Moritzplatz 346.**

Teuere Zeiten!

1 Die Hausfrau
ist in schwerer
Not.
Es langt
nicht mehr
zum Butterbrot!

2 Und hört
der Mann
von Margarine.
Gleich macht er eine
saure Miene.

3 Da kommt
ihm ein
Gedanke
fein:
Wie möcht es mit
Palmona sein?

4 Sie setzt sie hin
recht zart und
frisch
Statt Butter auf den
Frühstückstisch.

5 Nun ist sie
froh und
ohne
Sorgen,
Denn siehste,
er hat nichts - gemorken!

6 Und ganz vergnüglich
liest
im
Blatt
So
das
Palmona-Insert!
(Pflanzen-Butter-Margarine)

IVO PUHONY.

**Arbeiter-
Notiz-Kalender
1913**

Reichhaltiger Inhalt — u. a.
Alle für den Arbeiter wich-
tigen Adressen
Porträts der 110 sozial-
demokratischen Reichs-
tagsabgeordneten
Reichhaltiges statistisches
Material über die Reichs-
tagswahlen 1912
Die deutsche Reichsver-
fassung
Arbeiterbildung und Bil-
dungsarbeit
Kinderschutzgesetz
Etwas v. Schnapsboykott
Die Gewerkschaften im
Jahre 1911
Kalendarium sowie Ge-
schichtskalender, Porto-
taxe, Notizbuch
**Preis gebunden
: 50 Pfennig :**
Zu beziehen durch
alle „Vorwärts“-Speditionen
oder direkt von der
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69.

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Ulster,
Paletots, Mtr. 4.—, 6.—, 8.— M. etc.
Valour du Nord, Persianer, Imit Seal-
Püsch, Seiden-Seal Mtr. 5.50, 6.50,
9.50, 15.— M. Püschhütter, Fell imit.
für eleg. Damen-Paletots Mtr.
4.50 M. Damenkostüm- und Ulster-
stoffe, Mtr. 3.—, 4.—, 5.— M. etc.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
Petrikirche.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10—2 5—7. Sonntags 10—12 2—4

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle- Reste! Moquettes.
Püsch- Satteltaschen.
Muster bei näherer Angabe
franko.
Emil Lefèvre, Berlin 80d, 158.
Oranienstr.

**Tadellos
1 M.**

wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass.
Garantie für tadellosen Sitz
und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg
Mass-Schneiderer
Rosenthaler Strasse 36, 1, am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104, part., Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Strasse 4, am Weddingplatz

Josef

JUNO

QUALITÄTS- **2** CIGARETTE
PFG.

Elegante
Herren-Moden
fertig u. nach Mass
von 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiter Strasse

Spezialarzt
f. Haut, Harn, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Weinkranke jeder
Art. Ehrlich Gato-Kuren
u. Co. f. u. m. u. m. u. m. u. m.
in **Dr. Homeyer**
untersuchung, Baden i. Harn usw.
gegenüber
Friedrichstr. 81, Panoptikum.
Spr. 10—2, 5—8, Sonnt. 11—2.
Ehonorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Künstliche Zähne
mit und ohne
Gaumenpl. in
naturgetreuer
Ausführung.
Reparat u. Umarbeitung
auf u. billiger. Fast
schmerzloses Zahn-
ziehen. — Teilzahlung.
Bei fast sämtlichen
Berliner Krankenkassen zugelassen.
Kugo Schulze, am Steinhilber Tor.
Dresdener Str. 129

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Umstellung frei.
Eine Zerstüß die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 3 Min.
10. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
Kamferextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (20 W.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Groß-
Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Die Ersatzwahl im 1. Berliner Reichstagswahlkreise

findet am heutigen

Dienstag, den 5. November,

statt. Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um 7 Uhr nachmittags pünktlich geschlossen.

Mahgebend für die Wahl ist die Wählerliste für die letzte allgemeine Wahl im Januar dieses Jahres. Jeder Wähler, der im Januar im ersten Wahlkreise wohnte und damals in der Liste stand, kann wählen.

Wichtig ist dieser Hinweis besonders für diejenigen, die inzwischen aus dem Wahlbezirk verzogen sind. Die Verzogenen wählen in dem Wahlbezirk, der für ihren Wahlbezirk maßgebend war.

Es gilt heute jede Stimme! Die letzte Wahl hat gezeigt, daß nur wenige Stimmen den Ausschlag für den Sieg geben können. Verräter an seinen Klassengenossen ist derjenige, der heute von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch macht. Es darf uns durch Nachlässigkeit keine Stimme verloren gehen!

Zur schnelleren Auffindung des Wählers in der Liste dient es, wenn derselbe zuerst seine Wohnung und dann den Namen nennt.

Jeder Wähler, welcher es ermöglichen kann, übe sein Wahlrecht in den Vormittagsstunden zwischen 10 und 12 Uhr aus.

Da nach Vorschrift des Wahlreglements die Abstimmung pünktlich um 7 Uhr für geschlossen zu erklären ist, auch wenn sich noch Wähler im Wahllokal befinden, welche ihre Stimme noch nicht abgegeben haben, so wird dringend empfohlen, möglichst frühzeitig, spätestens aber zwischen 6 und 7 Uhr im Wahllokale zu erscheinen.

Das Zentral-Wahlbureau

befindet sich am Tage der Wahl bei Weichnack, Grünstraße 21, Amt Zentrum 1787.

Die Bezirks-Wahlbureaus bei:

- Rüdiger, An der Stralauer Brücke 3, Amt Königt. 4948;
- Grunert, An der Fischerbrücke 9, Amt Zentrum 1322;
- Dorn, Mittelstr. 39, Amt Zentrum 10157;
- Vartusch, Anionierstr. 9, Amt Zentrum 1175;
- Behrend, Klopstockstr. 23, Amt Koabit 8371.

Arbeiter - Radfahrer - Bund „Solidarität“. Ortsgruppe Berlin. Agitationskommission und Zentralvorstand ersuchen die Mitglieder, sich zu der heute stattfindenden Reichstagswahl möglichst von vormittags 8 Uhr an im Lokal von Rüdiger, An der Stralauer Brücke 3, zur Wahlhilfe pünktlich und zahlreich einzufinden.

Die Verkündung des Wahlergebnisses findet heute abend 7/9 Uhr im Marinehaus, Brandenburger Ufer 1, statt.

Groß-Berliner Zweckverbands-Versammlung.

(Sitzung vom 4. November 1912.)

Die Zweckverbandsversammlung wartet noch immer auf ihre Geschäftsordnung. In der gestrigen Sitzung legte die Geschäftsordnungskommission den Entwurf vor, den sie ausgearbeitet hat. Die Debatte, die sich darüber entspann, berührte zahlreiche Einzelfragen. Von allgemeinerem Interesse ist vor allem die Frage, ob das Aufsichtsrecht der Regierung bis in die Kommissionen hineinreichen soll.

Den erläuternden Bericht über die Arbeit der Geschäftsordnungskommission erstatteten Stadtverordneter Sonnenfeld-Berlin und Stadtverordnetenvorsteher Lüdicke-Spandau.

Herr Sonnenfeld hob drei Hauptgesichtspunkte hervor, die für die Kommission richtunggebend gewesen seien. Die Geschäftsordnung solle dienen dem Schutze der Rechte der Zweckverbandsversammlung, im besonderen des Rechtes auf Selbstverwaltung, ferner dem Schutze ihrer Arbeitsfähigkeit gegen Obstruktionsversuche, aber auch dem Schutze der Mitglieder gegen Verfolgung. Die Rechte der Zweckverbandsversammlung und die der Aufsichtsbehörde gegeneinander abzugrenzen, dazu will zum Beispiel § 8 beitragen. Er bestimmt, daß in den Sitzungen der Zweckverbandsversammlung der Oberpräsident, der als Aufsichtsbeamter der Regierung daran teilnimmt, oder in seiner Abwesenheit sein Vertreter das Wort ergreifen darf. Auf das Wortchen „oder“ wird Gewicht gelegt, weil sonst beide Lust haben könnten, mitzureden. Sonnenfeld wies darauf hin, daß in den meisten der bisherigen Sitzungen gleichzeitig beide zugegen gewesen seien, was dem Gesetz nicht entspricht. Auch in der gestrigen Sitzung sah man wieder neben dem Oberpräsidenten v. Conrad seinen Vertreter, Oberpräsidentat v. Koedern. § 19 will den Beauftragten der Regierung den Zutritt zu den Kommissionen wehren. Er bestimmt, daß die Beratungen der Kommissionen nicht öffentlich sind und daß mithin auch die Regierungsvertreter keinen Anspruch auf Zulassung haben. Schon aus juristischer Erwägung dürfte kein Selbstverwaltungskörper einem Aufsichtsbeamten mehr Rechte geben, als im Gesetz vorgezeichnet sei. Dazu komme die praktische Erwägung, daß der Oberpräsident nicht nur das Hoheitsrecht der Regierung, sondern auch die Interessen des Fiskus zu vertreten habe. Wollte eine Kommission zum Beispiel über Kaufangelegenheiten verhandeln, die den Fiskus angehen, so könnte man doch nicht als Vertreter dieses Gegenkontrahenten den Oberpräsidenten an der vertraulichen Beratung teilnehmen zu lassen. In die Kommission gehöre der Oberpräsident nicht hinein, es sei denn, daß sie selber ihn zulassen wolle und so beschliesse. Die Geschäftsordnung sieht drei ständige Sonderkommissionen vor, eine für Petitionen, eine für den Haushalt und das Umlageverfahren, eine für Wahlprüfungen und Geschäftsordnungsfragen. Die Wahlen für die Kommissionen sollen nicht, wie es sonst in Parlamenten üblich ist, Sache von Fraktionen sein. Man erwartet, daß es in der Zweckverbandsversammlung nicht recht zum Zusammenbruch von Fraktionen kommen werde, weil hier außer den politischen Gesichtspunkten sehr stark auch die geographischen mitsprechen. Für die Wahl in Kommissionen zur Vorberatung von Vorlagen können lose Gruppen, die zu diesem Zweck sich zusammenschließen, ihre Vorschläge machen. Schon Gruppen von fünf Mitgliedern an haben dieses Recht, und in der dann durch den Vorstand der Zweckverbandsversammlung zu vollziehenden Wahl muß jede Gruppe nach ihrer Stärke berücksichtigt werden. In den drei ständigen Kommissionen sollen die Gemeinden und Kreise nach Maßgabe ihres Anteils an der Zweckverbandsversammlung vertreten sein. Für jedes Kommissionsmitglied soll aus den Erfahrmännern der Zweckverbandsmitglieder im voraus ein Erfahrmann bestimmt werden.

Stadtverordnetenvorsteher Lüdicke-Spandau berührte in seinem Referat unter anderem die Bestimmung, daß nach Ablehnung einer durch die Versammlung abgeänderten Vorlage auch noch über die unänderte Vorlage abgestimmt werden darf. Eingegangen waren zwei Anträge auf Zurückverweisung des Geschäftsordnungsentwurfes an die Kommission. Die Versammlung trat zunächst in eine Generaldebatte ein, in der der Kommission eine Fülle von Wünschen ans Herz gelegt wurde.

Stadtsyndikus Raier-Charlottenburg nahm für die Erfahrmänner das Recht in Anspruch, auch in die Kommissionen ohne weiteres als Erfahrmänner eintreten zu können.

Dieselbe Forderung stellte Stadtverordneter Leidig-Wilmersdorf auf. Zur Frage des Mitberatungsrechtes der Regierungsvertreter erklärte er, daß dem Oberpräsidenten doch die Möglichkeit gegeben werden müsse, über technische Angelegenheiten sich durch den Mund eines sachmännlichen Kommissionsmitglieds äußern zu lassen.

Verbandsdirektor Steiniger hält für außer allem Zweifel, daß der Oberpräsident das Recht habe, auch an den nichtöffentlichen Kommissionssitzungen ohne weiteres teilzunehmen. Er bezeichnet es als einen fundamentalen Irrtum, daß der Oberpräsident ein Vertreter des Fiskus sei.

In die Debatte griff später auch der Oberpräsident v. Conrad ein. Nach dem Gesetz habe ja die Zweckverbandsversammlung selber sich ihre Geschäftsordnung zu geben, er müsse das Wort nehmen, um sich gegen Ausführungen des Referenten Sonnenfeld zu wenden. Es könne nicht anerkannt werden, daß die Zweckverbandsversammlung ein Recht habe, die Befugnisse der Aufsichtsbehörde positiv oder negativ zu regeln. Die Aufsichtsbehörde meine, daß kraft des Gesetzes ihre Vertreter berechtigt seien, auch in den Kommissionen zu erscheinen.

Nach kurzen Schlussworten des Referenten und des Korreferenten wurde die Zurückverweisung des Geschäftsordnungsentwurfes an die Kommission beschlossen.

Es folgte eine Vorlage über die von der Stadt Berlin seit langem geplanten Straßenbahnlinien nach dem Hermannsplatz, dem Kreuzberg und der Groghäuserstraße. Die Zweckverbandsversammlung mußte um ihre Zustimmung ersucht werden, wie das Zweckverbandsgesetz es vorschreibt. In der Debatte kam es zu einem Geplänkel zwischen Vertretern von Westvortoren und von Berlin.

Stadtv. Vamberger-Schöneberg und Stadtv. Leidig-Wilmersdorf forderten, daß die Stadt Berlin das Recht auf Mitbenutzung der Linien in vollem Umfang des etwa eintretenden Bedürfnisses gewährleistet solle.

Gegen den Antrag, die Vorlage noch einer Kommission zu überweisen, wandte sich Stadtrat Alberti-Berlin. Nachstehe Erledigung sei nötig, von den allein in Frage kommenden Gemeinden Rentkolln und Tempelhof habe keine etwas gegen das Projekt einzubringen. Ähnlich äußerten sich die Stadtv. Dove-Berlin, Stadtbaurat Krause-Berlin, Stadtv. Jacoby-Berlin.

Den Antrag auf Kommissionsberatung zog dann Stadtv. Vamberger-Schöneberg zurück in der Erwartung, daß die Stadt Berlin offiziell ein Recht auf volle Mitbenutzung zusichern werde.

Stadtv. Cassel-Berlin stellte fest, daß nach dem Gesetz der Verband eine solche Vorlage ja nur ablehnen könne, wenn eine Gemeinde geschädigt würde, aber nicht, wenn einer Gemeinde das Verlangen nach besonderen Vorteilen nicht erfüllt wird. Die Stadt Berlin werde sich solche Bewilligungen nicht abtrotzen lassen, die hier ihr bereiteten Schwierigkeiten seien „ein Pfeil der Zwietracht“.

Den Streit legte Oberbürgermeister Vermuth-Berlin bei. Schon im Verbandsausfluß sei von den Vertretern Berlins eine Erklärung abgegeben worden, durch die den übrigen Gemeinden die Bereitwilligkeit zu einem Entgegenkommen zugesagt wurde. Berlin habe den aufrichtigen Wunsch, auch in dieser Angelegenheit mit den Vororten zusammenzugehen. Zu einem Mißtrauen gegen Berlin liege kein Anlaß vor.

Die Vorlage wurde dann, anscheinend einstimmig, genehmigt.

Zu Beginn der Versammlung war die Wahlprüfungskommission gewählt worden. Ihr gehören folgende 18 Mitglieder an: aus Berlin: Cassel, Dove, Dühring, Heilriegel, Michel, Stadthagen, Benz, aus Charlottenburg: Raier, Hirsch, aus Schöneberg: Licht, aus Wilmersdorf: Leidig, aus Neutölln: Wrahan, aus Lichtenberg: Rietzen; aus Spandau: Koelbe, aus den Kreisen Teltow und Niederbarnim: Kuffel, Berthold, Burzio, Wille.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Diejenigen Genossen, die am heutigen Tage bei der Wahl im ersten Berliner Wahlkreise helfen können, werden ersucht, sich früh 9 Uhr in der Stegberghalle des Volkshauses, Kofenstraße 3, einzufinden.

Johannisdahl. Am Mittwoch, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im „Arbeiterheim“, Restaurant Lindenhof, Friedrichstr. 61, statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Kassieren der Beiträge. 2. Vortrag: Sozialismus und Imperialismus. Referent: Genosse Medakur Vermuth. 3. Diskussion. 4. Die nächste Verbands-Generalversammlung und Wahl der Delegierten zu derselben. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Pankow. Heute, Dienstag abend, von 7 Uhr an von den bekannten Lokalen aus: Handzettelverbreitung zur Scheidemann-Versammlung, welche am Donnerstag, den 7. November, im „Auriferen“ stattfindet. Alle Genossen müssen heute abend unbedingt zur Stelle sein. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-West. Donnerstag, den 7. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet in Vehers Festhale (Hartmanns Brauerei) der 4. Vortrag des Genossen Baeger über „Vom Urtier bis zum Menschen“ statt.

Königs-Wusterhausen. Der Zahlabend findet am Mittwoch, den 6. November, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Wahl zweier Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung.

Potsdam. Die Wahlvereinsversammlung findet Mittwochabend 8 1/2 Uhr bei Glaser in der Kaiser-Wilhelm-Strasse statt. Die Erledigung verschiedener wichtiger Angelegenheiten macht das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen notwendig.

Berliner Nachrichten.

Die Verkäufer des ausländischen Fleisches haben dieser Tage eine Versammlung abgehalten, in der folgende Willenserklärung beschlossen wurde:

Die Versammlung der städtischen Verkäufer russischen Fleisches in den Berliner Markthallen erklärt, daß der an sich durchaus begründeten Vermittlung billigen russischen Fleisches an die Berliner Bevölkerung noch einige Mängel anhaften, die behoben werden könnten, wenn folgenden Wünschen Rechnung getragen würde:

1. Die Vollabfertigung sollte sofort nach der Einlieferung des Fleisches vollzogen werden.
2. Die Ausgabe des Fleisches sollte bestimmt geregelt werden und möglichst in zwei Schichthäusern geschehen. Jetzt nimmt sie zu viel Zeit in Anspruch. Die gleichzeitige Ausgabe von Rindern und Schweinen würde den Geschäftsgang erheblich vereinfachen. Die Abgabe des Fleisches an die städtischen Verkäufer sollte einheitlich geregelt und für die Berliner Hallen

möglichst in die Zeit von 1-4 Uhr nachmittags verlegt werden. 3. Die jetzige Festsetzung der Verkaufspreise entspricht nicht den Wertbegriffen für die einzelnen Fleischsorten. Die städtischen Verkäufer wünschen nicht eine allgemeine Preiserhöhung, sondern eine dem Wert der verschiedenen Fleischteile mehr gerecht werdende Preisfestsetzung unter Mitwirkung sachmännlicher Beiräte.

In der Debatte wurde von mehreren Rednern auch über den unlauteren Wettbewerb von Ladenflächern geklagt, die in ihren Schaufenstern deutsches Fleisch als „ausländisches Fleisch“ fälschlich bezeichnen, um so Käufer anzulocken, ein Verweis für die Beliebtheit des russischen Fleisches.

Protest der Brauereien gegen die Berliner Biersteuer. Der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend hat in seiner heutigen Sitzung zu der geplanten Umwandlung des Berliner Brauereisteuer-Zuschlages in folgender Resolution Stellung genommen:

„Das Berliner Braugewerbe nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß die Berliner Stadtverwaltung mit der Absicht ausgeht, dem Berliner Braugewerbe eine neue Sondergewerbesteuer aufzulegen und hierzu die Umwandlung einer seit vielen Jahrzehnten zu Unrecht erhobenen Abgabe zu benutzen. Das Berliner Braugewerbe fordert angesichts der Situation, in der es sich befindet, angesichts der enorm verteuerten Rohmaterialien, fortwährend steigender Löhne, der sich infolge der außerordentlichen Verteuerung der Lebensmittelpreise ergebenden Verringerung des Konsums, angesichts der anerkannt schwierigen Lage seiner Hauptabnehmer, der Gastwirte, die ersatzlose Befreiung des in ihrer Rechtsgrundlage und in ihrer praktischen Ausgestaltung überaus ungerechten Brauereisteuerzuschlages. Jedenfalls würden die Brauereien, wenn die Steuer auch nur im geringsten über das Maß der bisherigen Belastung erhöht würde, im vitalsten Interesse der Selbsterhaltung unbedingt genötigt sein, die Mehrbelastung durch entsprechende Erhöhung des Bierpreises abzuwälzen. Die Brauereien sind sich darüber im klaren, daß auch ihre Hauptabnehmer, nämlich die Gastwirte und Flaschenbierhändler, in diesem Falle gezwungen sein würden, die ihnen neu erwachsenden Lasten auf den Konsum abzuwälzen.“

Die Resolution bestätigt unsere am Sonntag geäußerte Ansicht, daß eine Biersteuer lediglich auf die Konsumenten abgewälzt werden würde. Im Interesse der Konsumenten wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen den neuen Steuerplan des Berliner Stadtkämmerers.

Handwerkslehrlinge mit dem „Korpsband“. Eine hiesige Korrespondenz weiß folgendes zu berichten: „Zu einem argen Unfug hat sich die Nachahfung studentischer Sitten und Bräuche in den Kreisen von Handwerks- und Kaufmannslehrlingen ausgeweitet. Nachdem es von den Schülerverbindungen, die früher viel von sich reden machten, in der letzten Zeit stiller geworden ist, wachsen jetzt Vereinigungen von anderen jungen Leuten, die es den Studenten nachtun wollen, in gewissen Stadtvierteln wie Pilze aus der Erde. Häufig sind es Festclubs, in denen sich Handwerks- und Kaufmannslehrlinge zusammenschließen, aber auch andere Vereinigungen. Gegen die Pflege des Sports, auch des Sports, die als Zweck der Vereinigungen angegeben wird, ist an sich nichts einzuwenden. Um so bedenklicher aber sind die Auswüchse, zu denen die Nachahfung des Studentenwesens führt. Diese Lehrlinge prunken mit Wägen und Band und scheinen gar nicht zu wissen, wie lächerlich sie sich damit machen. Viel schlimmer aber sind die Ausschreitungen im Alkoholgebiet. Dazu kommt nun in der letzten Zeit auch noch ein Reizmittelentwurf. Die jungen „Herren“ benutzen ihre Pausen nicht bloß zu harmlosen Übungen, sondern gehen mit scharf geschliffenen Schlägern los. Nicht selten helfen sie dann bei den Schmissen mit dem Messer noch etwas nach. Dieser ganze Unfug greift besonders im Süden, Südosten und Osten der Stadt immer mehr um sich. Seine Hauptstätte hat er in der Umgebung des Moritzplatzes, in der Köpenicker Straße und in der Frankfurter Straße. Es ist so arg geworden, daß sich schon wiederholt Eltern hilfesuchend an die Kriminalpolizei wenden mußten. Mehr als einmal sind auch schon Lehrlinge bei ihren Schlägermanövern abgefaßt worden, um vor den Strafrichtern gestellt zu werden. Gegen die Gast- und Schankwirte, die ihre Säle und Zimmer für die Mensuren hergaben, ist ebenfalls ein Strafverfahren eingeleitet worden.“

Wenn die Eltern ihre Söhne mehr der proletarischen Jugendbewegung zuführen würden, würden viele Väter manchem Unfug steuern, den ihre Söhne sonst angeben. Die jungen Leuten würden dann ihr Wissen bereichern und auch angemessene Unterhaltung finden. Im übrigen scheint es sich bei dem oben mitgeteilten Unfug mehr um Kinder aus dem sogenannten Mittelstande zu handeln, die Zeit und Geld zu allen möglichen Dumtheiten haben.

Als Mittäter des Ueberfalls in der Frankfurterstraße auf eine Verkäuferin ist jetzt außer dem früheren Buchdrucker Minow ein gewisser Max Gorkst verhaftet worden, der gleichfalls wegen schwerer Einbrüche in Buch interniert war.

Großes Aufsehen erregt in Geschäftskreisen das Verschwinden des Inhabers einer Rauch- und Festwarenhandlung, dessen Bureau- und Lageräume im Zentrum der Stadt liegen. Der Großhändler, der sein Geschäft seit ungefähr einem Jahre führte und mit vielen anderen Großgeschäften in Verbindung stand, zahlte in der letzten Zeit keine Gläubiger stets nur noch mit Wechseln. Während er diese bis vor kurzem auch bei Fälligkeit einlöste, gingen sie jetzt alle zu Protest. Das veranlaßte einige Leipziger Zellgroßhändler, sich hier an Ort und Stelle zu erkundigen. Hierbei erfuhren sie nun, daß der Inhaber des Geschäfts seit vergangener Freitag verschwunden ist. Er gab bei seiner Abfahrt an, daß er geschäftlich verreisen müsse, ohne jedoch das Ziel seiner Reise anzugeben.

Straßenbahnunfälle. Ein schwerer Straßenbahnunfall trat sich am Sonntag gegen 8 Uhr nachmittags in der Spandauer Straße zu. Dort lief an der Ecke der Wischhoffstraße ein etwa 35-jähriger, gutgekleideter Mann, dessen Personalien bisher noch nicht festgestellt werden konnten, beim Ueberqueren des Fahrdammes gegen den Vorderperren eines Straßenbahnwagens der Linie 5 und wurde umgestoßen. Der Verunglückte erlitt bei dem Sturz auf das Straßenpflaster eine klaffende Kopfwunde und eine Gehirnverletzung. Er fand im Krankenhaus Friedrichshain Aufnahme. — Beim Verlassen eines fahrenden Straßenbahnwagens verunglückte der Kaufmann Gustav Schlanker. Er sprang in Eile trotz der Warnung des Schaffners von einem Wagen der Linie 20 ab und kam so unglücklich zu Fall, daß er erhebliche Quetschungen und Hautabstülpungen am Kopfe, linken Arm und linken Bein davontrug, die Ueberführung des Verunglückten nach dem Krankenhaus Friedrichshain notwendig machten.

Auf der Parforcejagd tödlich verunglückt. Der Generalinspekteur der Kavallerie Generalleutnant v. Bindeheim ist bei der gestrigen königlichen Jagd in Döberitz vom Pferde gestürzt, anscheinend infolge eines Herzschlages. Er war sofort tot. Das angelegte Jagddiner wurde sofort abgesetzt.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich in der Nacht zum Montag gegen 1 1/2 Uhr in der Belle-Alliance-Straße. Als der 35-jährige Arbeiter Paul Schneider aus der Teltower Straße 18 an der Ecke der Teltower Straße den Fahrdamm der Belle-Alliance-Straße überqueren wollte, überfuhr er das Herannahen eines Projektautomobils. Er wurde umgerissen und in weitem Bogen zur Seite geschleudert. Der Verunglückte erlitt einen schweren Schädelbruch; nach Anlegung eines Notverbandes auf der Unfall-

Station am Tempelhofer Ufer wurde Schneider in das Urban-Krankenhaus eingeliefert.

Von einem Eindrehler niedergeschossen wurde in der vergangenen Nacht der Schankwirt Bogen aus dem Fürstendammweg 10 zu Charlottenburg. Als der Wirt sich mit seiner Familie zur Ruhe begeben hatte, hörte er gegen 11 1/2 Uhr ein verdächtiges Geräusch in seiner Lokale. Er stand auf, um nachzusehen, was es gebe. Im Schankraum traf er auf einen Eindrehler, der bei seinem Erscheinen sofort seinen Revolver zog und drei Schüsse auf ihn abfeuerte. Während der erste den Schankwirt an der rechten Hand, und der zweite an der rechten Schulter weniger schwer verletzte, drang die dritte Kugel ihm in die Brust und verwundete ihn so schwer, daß er zusammenbrach. Darauf ergriß der Eindrehler die Flucht. Die Schüsse und der Lärm hatten aber Vorübergehende aufmerksam gemacht. Als diese den Mann aus dem Hause flüchten sahen, versuchten sie, ihn zu ergreifen. Dieser richtete aber den Revolver auf seine Verfolger und hielt sie sich so vom Leibe. Ein Soldat, der ihn trotzdem festzuhalten versuchte, verletzte den Verbrecher durch einige Säbelhiebe. Trotzdem gelang es diesem aber, unerschrocken zu entkommen. Die Nachforschungen nach dem gewalttätigen Eindrehler, die von der benachrichtigten Charlottenburger Polizei aufgenommen wurden, hatten bis jetzt noch keinen Erfolg. Der schwerverletzte Schankwirt wurde sofort nach dem Krankenhaus in Westend gebracht. Die Schusswunde in der Brust gibt zu Bedenken Anlaß.

Wegen Kautionschwandeleien, durch die eine ganze Anzahl Personen um Beträge von 400 bis 1000 M. und mehr geschädigt worden sind, wurde gestern nachmittag der 35 Jahre alte General-Agent Max David Treumann aus der Reichsstr. 8 zu Vildenberg festgenommen. Treumann inserierte in den Zeitungen, daß er Leute mit Kautionen suche, die er für sein großes Unternehmen als Redakteure und Agenten anstellen wolle. Da Brandstelenmittheile nicht erforderlich seien, möchten sich Leute jeden Standes dierhalb bei ihm melden. Auf diese Anzeige liefen zahlreiche Bewerbungen ein. Trotzdem begnügte sich Treumann nicht damit, sondern schrieb auch noch auf alle Anzeigen, die kautionsfähige Leute in den Zeitungen aufgeben, um Stellung zu finden. Treumann sagte den Bewerbern, daß er die Kautionen bei der Dresdner Bank, die auch sein Vermögen verwaltete, deponieren werde. Um nun aber die vielen Angestellten auch beschäftigen zu können, erfragn der Gauner allerlei Tätigkeiten. So erhielten einige von ihnen morgens eine Liste von Personen, über die nach seiner Angabe Auskunft eingeholt werden sollte. Die Redakteure möchten sich aber nur damit befassen, nachzusehen, ob der Name auch im stillen Portier des bezeichneten Hauses verzeichnet sei. Das waren allerdings Beschäftigungen, für die er Leute jeden Standes und ohne Brandstelenmittheile, wie er schrieb, benutzen konnte. Als Gehalt vereinbarte er monatlich 125 M. mit einer vierteljährlichen Aufbesserung von je 10 M. Außerdem versprach er ihnen, die Zinsen ihrer Kautionen auszugeben. Anfangs kam er auch seinen Verpflichtungen nach, indem er die Kautionsgelder zur Zahlung der Gehälter und Zinsen benutzte. In der letzten Zeit waren aber seine Verbindlichkeiten so groß geworden, daß er diesen nicht mehr nachkommen konnte. Weil ihm seine Angestellten, von denen einige seit drei Monaten kein Gehalt bekommen hatten, hart zusetzten, beschloß er, mit dem Rest der Kautionsgelder die Flucht zu ergreifen. Die Kriminalpolizei kam ihm aber zuvor und nahm ihn fest. Die Beschädigten wollen sich auf Zimmer 103 a bei Kriminalkommissar Kuhn melden.

Ein schweres Fährtenunglück ereignete sich gestern nachmittag kurz nach 6 Uhr in der Großen Frankfurter Straße 187. Dort kam der Kutscher Alfred Steinbach einem in Betrieb befindlichen Fährtenzug zu nahe und wurde erfasst. Er wurde so fest eingeklemmt, daß zu seiner Befreiung die Feuerwehre herbeigeholt werden mußte. Vorher mehrere Krawallschüßungen hat Steinbach anscheinend auch Ursache beider Oberschenkel davongetragen. Er wurde mit einem Fährtenzug der Feuerwehre nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Wegen einer Gasvergiftung wurde am Sonntag früh die Feuerwehre aus der Reimeler Straße nach der Löwenstraße 7 gerufen. Die 54-jährige Frau Kirsch hatte den Versuch gemacht, sich mit Gas zu vergiften. Es wäre gefährlich, wenn nicht Hausbewohner den Gasgeruch bemerkt und Alarm geschlagen hätten. Die Wehre war bald zur Stelle. Durch Einflößen von Sauerstoff und andere Mittel wurde die Lebensmüde wieder ins Bewußtsein zurückgerufen und nach einem Krankenhaus gebracht. Der Mann der Frau K. befindet sich in Dach.

Unter den Rädern der Lokomotive. Auf dem Güterbahnhof Wedding ist am Sonnabendabend gegen 8 Uhr der Rangierer Hermann Wieland, Dudenarder Straße 26 wohnhaft, schwer verunglückt. Er sollte einen Güterzug zusammenstellen und auf ein anderes Gleis bringen. Zu diesem Zweck begab sich der Beamte an die Weiche, um dem Lokomotivführer mit der Laterne das Signal zum Vorwärtsfahren zu geben. Als der Zug, dessen Waggons von der Lokomotive gezogen wurden, heranahnte, wollte W. aufspringen. Er verfehlte jedoch das Trittbrett des ersten Lokomotivwagens, kam zu Fall und geriet unter den Zug, so daß ihm beide Beine unterhalb der Knie abgefahren wurden. Der Verunglückte wurde in bewußtlosem Zustande nach der nächsten Unfallstation und von dort nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus gebracht, wo er in bedenklichem Zustande darniederliegt.

Anfall auf der Hochbahn. Beim Umbau des Gleisdreiecks der Hochbahn wurde am Sonnabendabend gegen 11 Uhr ein Arbeiter durch den elektrischen Strom schwer verletzt. Der 28-jährige Bauarbeiter Emil von, Jagelbergerstr. 21 wohnhaft, war mit anderen Arbeitern beschäftigt, zwischen den neuen Schienensträngen Kies zu schottern. Infolge einer Bewegung, bei welcher ein Metallstück auf eine Schiene und den Stromzuführer fiel, entstand Kurzschluß. Durch die emporschlagenden Flammen wurde v. schwer im Gesicht und an den Händen verletzt, so daß er nach Anlegung eines Rotverbandes in das Urban-Krankenhaus geschafft werden mußte.

Bergweilungstakt eines Vaters.

Ein schreckliches Drama spielte sich gestern nachmittag im Grunewald ab. Dort versuchte der 36 Jahre alte Arbeiter Simon Mattik aus der Demminer Straße 28 sich und seine 7 Jahre alte Tochter Getrud zu erschlagen. Durch das Hingulommen von Spargelgängern wurde er aber an der vollständigen Ausführung seines Vorhabens gehindert. Während das Kind durch zwei Schüsse schwer verletzt liegen blieb, ergriß er selbst mit einer leichteren Wunde die Flucht.

Ueber die Tragödie werden uns folgende Einzelheiten mitgeteilt: Mattik lebte bis vor einem Jahr mit seiner Frau und seinem einzigen Kinde, der jetzt 7 Jahre alten Tochter Getrud, sehr glücklich. Das Familienglück wurde aber durch den Tod seiner Frau plötzlich gestört. Weil er jetzt allein war und seiner Arbeit nachgehen mußte, sah er sich gezwungen, sein Kind in Pflege zu geben. In die neuen Verhältnisse konnte der als sehr solide und arbeitsam bekannte Mann sich aber nicht hineinfinden. Er wurde von Tag zu Tag tiefsinniger und schwermütiger. Gestern nachmittag beschloß er, mit seinem Kinde seiner Frau in den Tod zu folgen. Er holte dieses von der Schule ab und ging mit ihm in den Grunewald. Hier ist er wohl eine Zeitlang mit ihm umhergerirrt. Gegen 5 Uhr hörten Spaziergänger nördlich vom Bahnhof Grunewald, umweit des Parforceweges in der Richtung nach Saubusch zu, das jämmerliche Hillegeschrei eines Kindes. Dieses ziel stehentlich: „Vater, bitte, bitte, schieß mich doch nicht tot!“ Als die dadurch aufmerksam gewordenen Leute hinzueilten, sahen sie gerade noch, wie ein Mann zwei Schüsse auf ein Mädchen abfeuerte, wodurch dieses, von beiden Augen getroffen, zusammenbrach. Dann gab der Mann auch noch einen Schuß auf sich selbst ab, der ihn aber nur leicht verletzt zu haben scheint. Als ein Herr dazwischensprang, feuerte er auch auf diesen einen Schuß ab, ohne ihn jedoch glücklicherweise zu treffen,

und lief in der Richtung nach den Teufelskern zu davon. Es gelang ihm auch, trotz der Verfolgung zu entkommen. Obwohl die Kleine durch einen Schuß in den Unterleib und die Brust schwer verletzt war, konnte sie noch ihren Namen angeben und daß der Mann ihr Vater sei. Nach Anlegung eines Rotverbandes in einem benachbarten Hause wurde das Mädchen nach dem Krankenhaus in Westend gebracht, wo es in sehr bedenklichem Zustande darniederliegt. Die Gendarmerie der Grunewaldbezirke wurde sofort von dem Vorfall benachrichtigt und auf den Entschonen aufmerksam gemacht. Bis jetzt gelang es jedoch noch nicht, ihn ausfindig zu machen. Wahrscheinlich hat dieser sich an einer versteckten Stelle erschossen.

Vollständiger Lieber-Abend (Germania-Prachtställe). Bereits vor zwei Jahren veranstaltete Herr Chorleiter Emil Thilo an gleicher Stelle ein Vollkonzert von ausgesprochenen Volksliedern. Diesmal hatte er sich ein neues Ziel gesetzt, indem er neben deutschen, schottländischen und dänischen Volksliedern auch von namhaften Künstlern der letzten zwei Jahrhunderte herrührende Kunstlieder, die sich eine gewisse Vollständigkeit erlangen haben, zum Vortrag bringen ließ. Nur äußerst selten griff ein Komponist nach anderen als eben Liebesgedichten aus der Volksliteratur. Von älteren Meistern hat eigentlich nur Ludwig von Beethoven, der ja ein glühender Republikaner war, einige Lieber deutscher Dichter, deren freigeistlicher Inhalt auch noch dem sozialistischen Arbeiterproletariat unserer Tage munden kann, gewählt. Gegenwärtig ist der Stand nun so, daß, wie Herr Thilo treffend hervorhob, ein lebender Komponist kaum einer den Versuch gemacht hat, eine Melodie zu schaffen, die in die breite Masse dränge. Franz Schubert bildet die einzige und glänzende Ausnahme; aber seitdem sind reichlich acht Jahrzehnte vergangen. Heinrich Heine wäre dann allenfalls noch zu nennen als ein Komponist, der mit einigen seiner Chöre der Vollständigkeit ziemlich nahe gekommen ist. Sein Chor „Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben“ mag als Beweis gelten. Freilich muß man bei ihm auch viel Mühseligkeit in Kauf nehmen. Sein „Still ruht der See“ beispielsweise ist geradezu widerlich häßlich-angenehm. Und was die sozialdemokratische Arbeiterbewegung angeht, so offenbart uns zwar die aus ihrer Mitte hervorwachsende Lyrik, wie diese Millionenkasse dichtet und denkt, Komponisten aber hat sie noch nicht hervorgebracht. Am wenigsten Texte mit Melodien, für deren Entstehung eben die große Masse als unbekannter Verfasser anzusprechen wäre. Indes sind hierfür Anzeichen vorhanden. In die Weltöffentlichkeit des 24. Stückes umfassenen Programms teilten sich: der Sängerkhor „Wedding“ und zwei Gesangskünstler: die Sopranistin Frau Wichmann, Vogt und der Baritonist Herr C. Wurdhardt. Auf beiden Seiten wurden erfreuliche Leistungen vollbracht. Daß die Wirkung mancher vierstimmiger Gesänge noch ins rein Künstlerische gesteigert werden kann, sobald der sonst feinfühlig Dirigent es sich noch emfänger angelegen sein läßt, sowohl den dichterischen als wie den musikalischen Reiz durch lässigere oder lebhaftere Zeitmaße immer da, wo solche der textlichen Situation entsprechen, vollkommen herauszuholen, steht fraglos fest. Jedenfalls verdienen Herrn Thilos Bemühungen um die Pflege des echten Volksliedes in den Reihen unserer Arbeiter uneingeschränkte Anerkennung.

Apollo-Theater, Martin Wendig, der Arkonische, trat am Tage seines 50-jährigen Bühnenjubiläum in Apollo-Theater auf und ergötzte das Publikum mit seinem urwäldlichen Humor. Seine „Erebnisse“ als Theaterdirektor lösten ununterbrochen Heiterkeitstürme beim Auditorium aus; besondere Zustimmung fand der Wettstreit zwischen dem Berliner Droschkensäufer (Wendig) und dem Wiener Pflafer (Emil Schnabel). — Den Apus des bairischen Bauern gibt Sedlmahr in wohlgeklungener Weise. Als leidenschaftliches Musikinstrument zeigte sich Musikant Robin. — Ellen Harris erglitzte als amerikanische Sängerin großen Erfolg, was auch von der Wiener Soubrette Philli Thienel gesagt werden kann. Die Dramatiktruppe Raich bot Leistungen dar, wie sie sonst schon bei Ausführung auf ebener Erde Staunen erregen. — In der Gouillibrille zeigte sich die Akrobatentruppe Mercanz in hoher Vollendung. — Mit seinem Miniaturspiel zeigte Herr Straburger jun., daß auch auf der Varietébühne die hohe Schule geübt werden kann. — In einer Art Pantomime „Das verrückte Hotel“ führte die Berner- und Amortruppe ihre Jongleurkünste vor. — Besonderer Auszeichnung erfreute sich das Rede-Männer-Quartett für seine Darbietungen.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Vor der Entscheidung.

Heute fällt die Entscheidung über die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung während der nächsten zwei Jahre. Heiß wird um die Mandate der zweiten Abteilung zwischen den vereinigten Bürgerlichen und der Sozialdemokratie gerungen werden. In der Leidenschaftlichkeit merkt man nicht allzuviel von der Wahlagitiation, desto heftiger wird die mündliche Umwerbung der Wähler betrieben.

Die Bürgerlichen haben sich doch noch veranlaßt gesehen, ihr erstes Flugblatt herauszugeben, es gipfelt in dem Satz: „Der Sieg der Sozialdemokratie muß aber verhindert werden. Das rote Banner darf nicht auf dem Rathaus von Neukölln aufgefahnen werden.“

Somit wärmen sie noch das alte Märchen wieder auf, daß die Sozialdemokratie auf ihre Fahne geschrieben habe: „Nieder mit dem Mittelstand!“ Sie fühlen sich dann noch in die Rolle des Schiffskapitäns veretzt, der in der Gefahr das Kommando gibt:

„Alle Mann auf Deck!“

Wir wollen gerne zugeben, daß dieser Ruf sehr berechtigt für sie ist. Sie haben wirklich etwas zu verlieren. Ihre Interessen, ihre Geschäfte sind in Gefahr. Bei einer sozialdemokratischen Mehrheit kann man diese Cliquen- und Interessenpolitik nicht weiter so verfolgen, deshalb dieser Angstruf.

Die Spaltung, von der wir kürzlich Mitteilung machten, hat noch einen größeren Umfang angenommen. Wir berichteten, daß die streitenden Brüder innerhalb der Kommunalfortschrittlichen sich beide an das Abkommen mit den Altbürgerlichen gebunden hielten. Nun müssen sich natürlich die Altbürgerlichen entscheiden, ob sie für die Kandidaten der Grundbesitzerrichtung innerhalb der Kommunalfortschrittlichen oder für die der liberalen Arbeitsgemeinschaft eintreten wollen. Die Altbürgerlichen stimmen mit der Grundbesitzerrichtung.

Das hat die liberale Arbeitsgemeinschaft veranlaßt, im 6. Bezirk noch einen Gegenkandidaten den Altbürgerlichen gegenüberzustellen. Der Kommunalbürgerverein Neukölln hat sich noch nachträglich dieser Arbeitsgemeinschaft angeschlossen, und dafür wurde ihm ein Kandidat in der Person des Herrn Ab. Wrehm konzediert.

Das Originelle ist jedoch, daß dieser Herr die Erklärung abgegeben hat, daß er sich im Falle seiner Wahl der Kommunalfortschrittlichen Fraktion anschließen wird. Darans geht schon hervor, daß also nach den Wahlen die Kommunalfortschrittliche Fraktion weiter bestehen wird. Bloß jetzt bei der Verteilung der Mandate liegt man sich gegenseitig in den Haaren. Der Kampf um die eventuelle Beute hat also diesmal wieder wie bei den letzten Wahlen die Uneinigkeit des Bürgertums hervorgerufen, nicht prinzipielle Gründe sind die Ursache gewesen.

Auch die anderhalb Mitglieder der Zentrumspartei haben Stimmhaltung proklamiert, jedenfalls aus dem Grunde, weil sie keinen Kandidaten abgeben.

Durch diese Verwirrenheit sind die Aussichten unserer Partei im heutigen Wahlkampf noch günstiger geworden. Nach dem Resultat der letzten Wahlen kann behauptet werden, daß alle Bezirke für uns aussichtsvoll sind.

Allerdings nur dann, wenn die Parteigenossen die äußerste Anstrengung machen, auch den Lezten für uns in Betracht kommenden Wähler an den Wahlisch zu bringen. Es muß der Sozialdemokratie gelingen, neue Mandate und damit die Stadtverordnetenmehrheit in der Stadt Neukölln zu erhalten.

Die Stadtverordnetenwahlen

der zweiten Abteilung finden heute in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends statt. Diejenigen Genossen, welche sich bereits ihrem Bezirk gegenüber verpflichtet haben, treffen sich in folgenden Schlepplokalen:

1. Bezirk.

Abstimmungsbezirk a. Böning, Kottbusser Damm 74.
b. Schmidt, Pannierstr. 9a.

2. Bezirk.

Abstimmungsbezirk a. Schenk, Rosenstr. 24.
b. Hoff, Kirchhoffstr. 40.

3. Bezirk.

Abstimmungsbezirk a. Krafft, Kirchhoffstr. 13.
b. Hof, Hermannstr. 168.

4. Bezirk.

Abstimmungsbezirk a. Barisch, Hermannstr. 48/49, H. Saal.
b. Hildebrandt, Weisestr. 51.

5. Bezirk.

Abstimmungsbezirk a. Bernert, Elbe- und Kaiser-Friedrich-Strassen Ecke.
b. Behrendt, Hasenheide 9.

Wir erwarten, daß alle Parteigenossen, welche abkommen können, sich für heute bei den Wahlarbeiten zur Verfügung stellen. Besonders die redigewandten angestellten Genossen werden erjucht, sich vollzählig einzufinden.

Alle diejenigen, welche sich nicht ihrem Bezirk verpflichtet haben, treffen sich im Hauptwahlbureau bei Barisch, Hermannstraße 48/49, Vereinszimmer.

Niemand darf fehlen!
Jeder tue seine Pflicht!

Die Resultatverkündung findet heute abend 9 Uhr bei Hoppe, Hermannstr. 49, statt.

Die am Sonntag vorgemerkte Stadtverordnetenwahl der dritten Abteilung brachte folgendes Ergebnis:

Bezirk	Ein- gefahr. Wähler	Abg. Stim- men	Wahl- beteil. Proz.	Soz. Stim- men	Un- gältig	Gewählt
1	1818	704	43,5	702	2	Wilk. Pachel
4	1537	754	49,0	754	—	Emil Wughy
5	1465	723	49,3	722	1 zerst.	Wilk. Sauch
9	1225	525	42,8	525	—	Wilk. Fiechmann
12	1448	593	40,9	592	1 zerst.	Wilk. Behrend
16	1834	1043	57,1	1043	—	Herr. Bredow
20	1154	697	60,8	697	—	Dr. Silberstein
23	1391	714	51,4	713	1 zerst.	Wilk. Conrad.

Insgesamt haben von den 11 672 eingeschriebenen Wählern 5738 ihr Stimmrecht ausgeübt, das ergibt eine Durchschnittsbeteiligung von 49,3 Proz. Dieses Resultat ist das günstigste, das bisher erreicht wurde. Im Jahre 1908 betrug dieselbe 33,8 Proz., 1910 unter den Protestwahlen des 1/2-jährigen Durchschnitts 48,5 Proz., und bei den letzten Wahlen zu Beginn dieses Jahres 45,7 Proz.

Bei den Wahlen des Jahres 1910 ist der Prozentfuß dadurch höher geworden, daß die Bürgerlichen in allen Bezirken Kandidaten aufstellten und auf diese 200 Stimmen vereinigten, während bei den anderen Wahlen Kandidaten von Bürgerlicher Seite nicht aufgestellt waren.

Auch bei diesen Wahlen sind die Gegner von ihrem ursprünglich gefassten Beschluß, in allen Bezirken der dritten Abteilung Kandidaten aufzustellen, wieder abgekommen. Sie hatten wohl die Ruglosigkeit ihres Beginnens eingeesehen.

Im Fährtenzug totgeschickt wurde gestern nachmittag der 26 Jahre alte Kohlenarbeiter Gerhard Bruns aus der Reuterstraße 11 zu Neukölln. Bruns, der bei der städtischen Gasanstalt in der Teupitzer Straße beschäftigt war, geriet auf bisher noch unangefasste Weise so unglücklich zwischen Fährtenzug und Wand, daß er nur nach längeren Bemühungen aus seiner verzweifelten Lage befreit werden konnte. Als man ihn hervorgezogen hatte, war er bereits tot. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Der Verunglückte war unverheiratet und lebte bei seiner Mutter.

Sichtenberg.

Die Wahlen der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung des Stimmbezirks Sichtenberg am Sonntag hatten folgendes Ergebnis: Es wurden 1240 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten die

Listen D und H (Freie Vereinigung) 778 Stimmen

A, B, E, F, I (Hauptauschuh) zusammen 463

Es entfielen demnach: auf die Freie Vereinigung 2 Vertrauensleute, 2 erste Ersatzmänner und 2 zweite Ersatzmänner. Auf den Hauptauschuh 1 Vertrauensmann, 1 erster und 1 zweiter Ersatzmann.

Friedenau.

Aus der Gemeindevorstellung. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Bürgermeister Walger vom Ableben des in der dritten Abteilung gewählten Gemeindevorordneten Edu. Mittelung. Das Mandat ist wieder durch einen Hausbesitzer zu besetzen. Neuingewählt wurden die von einigen Hausbesitzervereinigungen kürzlich neuernannten Gemeindevorordneten Dr. med. Thurnmann und Architekt Stöder. Die Einwohnerzunahme betrug vom 1. Oktober 1911 bis zum 30. Oktober 1912 4760. Der Ort zählt jetzt 42 272 Einwohner. In das Kuratorium für die höheren Schulen wurde auf Vorschlag des Gemeindevorstandes Dr. Tänzler gewählt. Bei dieser Gelegenheit erhielt der Gemeindevorordnete Kallbrenner einen Ordnungsruf, da er dem Gemeindevorstand eine „Schiedung“ vortwarf. Als Mitglied der Schuldeputation wurde an Stelle des vom Gemeindevorstand vorgeschlagenen Herrn Dr. med. Löpfer, Herr Dr. med. Hinge gewählt. Die Errichtung eines Obertheaters beschäftigt bereits die Gemeindevorstellung am 3. Oktober d. J. Die Angelegenheit wurde damals dem Finanzausschuh zur nochmaligen Prüfung überwiesen. Diesmal lag die Vorlage mit einigen unwesentlichen Änderungen wieder zur Beschlußfassung vor. Trotzdem nun der Gemeindevorstand in dieser Frage, wie es schien, einig war (was man sonst bei Abstimmungen nie erlebt) und gemeinsam mit dem Direktor der höheren Mädchenschulen Herrn Hammann alles daransetzte, um die Vorlage durchzubringen, wurde dieselbe in namentlicher Abstimmung

mit 17 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Auf eine Anfrage des Gemeindevorstandes Egger, wie weit die so heiß umstrittene Frage des Rathausbaues sei, erwiderte Bürgermeister Walger, daß ein schriftlicher Bescheid noch nicht vorliege, daß aber nach seiner Information die neue Bauplanlinie genehmigt sei, das heißt, daß alle Einsprüche abgelehnt seien.

Wilmersdorf-Palensee.

Die Stadtverordnetenwahlen am Sonntag haben für die Sozialdemokratie ein ungünstiges Ergebnis gehabt; die Hoffnung der Parteigenossen, zu ihren beiden Sitzen im Stadtparlament neue hinzugewinnen, hat sich nicht erfüllt. In allen acht zur Wahl stehenden Bezirken triumphierten die vereinigten bürgerlichen Parteien.

Im Einzelnen stellt sich das Wahlergebnis wie folgt:
 im 2. Wahlbezirk, Palensee, siegte der bürgerliche Kandidat Schulze über unseren Parteigenossen Tuchmann mit 430 gegen 173 Stimmen;
 im 3. Bezirk, Norden, erhielt der bürgerliche Hausbesitzer Schicht 211, Genosse Hahn 62 Stimmen;
 im 4. Bezirk, Norden, erhielten die beiden bürgerlichen Kandidaten Hindermann und Apotheker Dehmigen je 233, unsere Kandidaten Hahn und Pieper je 128 Stimmen;
 im 5. Bezirk, Norden fielen auf den Bürgerlichen v. Wasenapp 337, auf unseren Genossen Roggenen 129 Stimmen;
 im 6. Bezirk, alter Ortsteil, erhielt der bürgerliche Kandidat Heimrich 465, Genosse Hahn 394 Stimmen;
 im 7. Bezirk, alter Ort, siegte der Straßenbahnhofsvorsteher Gnädig mit 570 Stimmen über Genossen Dr. Weiskopf, der 410 Stimmen erhielt;
 im 8. Bezirk erhielt der bürgerliche Kandidat Naaf 198, Genosse Gladigow 125 Stimmen;
 im 9. Bezirk endlich entfielen auf die bürgerlichen Kandidaten Hennemann und Lehrer Rudel je 840, auf die beiden Kandidaten einer bürgerlichen Sondergruppe je 88 und auf unsere Kandidaten Hahn und Weder je 577 Stimmen.

Fragen wir nach den Ursachen dieses für unsere Partei nachteiligen Ergebnisses, so wirken mancherlei Umstände gegen uns. Wilmersdorf war von jeher unter allen größeren Vororten Berlins für die Sozialdemokratie der ungünstigste Boden. Unter der Landgemeindegliederung, als die Bevölkerung im Verhältnis zu heute noch mehr proletarisch durchsetzt war, gelang es uns zwar, 1892 und 1902 vorübergehend einige Genossen ins Ortsparlament zu entsenden. Von Anfang 1904 bis zum Januar 1911 war Wilmersdorf dann ohne sozialdemokratische Vertretung; und bei den Novemberwahlen vor zwei Jahren siegten unsere beiden Genossen Nibel und Schröder auch nur mit geringer Mehrheit. Nun kam 1912 eine Wahlbezirkseinteilung, die den Bürgerlichen günstig arrangiert war; es trat ferner die Bevölkerungszunahme scharf als je vorher zu unseren Ungunsten in die Erscheinung. Hat Wilmersdorf es doch mit einem Steuerloos von 817 M., mit dem die dritte Wählerabteilung abschließt, glücklich zu dem Ruf der steuerkräftigsten Stadt in ganz Preußen gebracht. Der Terrorismus ist unter der öffentlichen Wahl ein Übriges; dieselben Beamten und anderen abhängigen Existenzen, die bei den Reichstagswahlen zum guten Teil sozialdemokratisch stimmten, mußten diesmal dem bekannten Zwange folgen und stramm bürgerlich wählen. Der Straßenbahnhofsleiter Gnädig hatte es sogar fertig gebracht, eine Anzahl armer Straßenbahnschaffner für sich zur Agitation zu begeistern und auch von den städtischen Arbeitern und Feuerwehrlenten stimmten die meisten bürgerlich, weil sie glaubten, daß dies oben genehm sei. Ohne Zweifel spielte auch die Tatsache eine Rolle, daß die parteigenössliche Organisation nur bis zu einem bestimmten Grade leistungsfähig war. Ziehen wir Realsinn zum Vergleich heran, so ist dieser Vorort an Einwohnerzahl zwar nur doppelt so groß als Wilmersdorf, doch hat er zwanzigmal so viele organisierte Parteigenossen aufzuweisen. Unsere Genossen hoffen, daß die Sonntagswahl diese ungünstigen Umstände zurückdrängen werden, doch stellte sich heraus, daß die bürgerlichen Wähler die Keuerung zum mindesten ebenso gut wie die Arbeiter auszunutzen verstanden.

Es ist nicht sozialdemokratische Art, nach einem Mißerfolg den Kopf hängen zu lassen. Wir werden auf dem vorgeschobenen Posten in Wilmersdorf weiter für unsere gerechte Sache zu wirken suchen, wir werden prüfen, was an unserer Organisation zu bessern ist und erwarten bestimmt, bei der nächsten Gelegenheit die am Sonntag erlittene Scharte auszuweichen zu können.

Wittenau-Vorsigwalde.

Der Verkauf russischen Fleisches, den die Gemeinde Sonnabend zum ersten Male auf dem Grundstück des Feuerdepots veranstaltet hatte, fand großen Zuspruch. Trotz des strömenden Regens und der äußerst ungenügenden Befanntschaft (man hatte den erst um 12 Uhr nach Hause kommenden Schulkindern Zeit für die Mutter mitgegeben) waren die feilgebotenen zehn Hammel um 10 Uhr bereits verkauft; viele Frauen mußten mit leeren Händen abziehen. Die Qualität fand allgemeine Anerkennung, nur der Umstand, daß viele wohlhabende recht bekannte Leute sich billigeren Verkauf zunutze machten, regte die Proletarierinnen mit Recht auf, zumal diesen auch noch wie zum Hohn mitgeteilt wurde, daß einige der besten Stücke angeblich schon vorher bestellt gewesen seien und an die vermeintlich Gelommenen nicht verkauft wurden. Es wurde sogar beobachtet, wie ein sehr bekannter Bureauvorsteher, der etwa 5000 M. Gehalt hat, gerade in dem Moment, als das Fleisch zur Reize ging, noch schnell von einem Gemeindebeamten außer der Reihe bedient wurde. Hoffentlich gelingt es der Gemeindeverwaltung, zum nächsten Verkaufstage mehr Fleisch, insbesondere auch vom Rind und Schwein, heranzuschaffen und dies auch jenen zugänglich zu machen, für die es eigentlich bestimmt ist. Eines war auffällig am Orte, daß die hiesigen Schlächter sofort ihre bisherigen Preise herabsetzten, sogar teilweise noch unter den Preis der russischen Ware, den die Gemeinde festgesetzt hatte.

Alt-Flensde.

In einer hart besuchten Versammlung referierte Genosse Adolf Hoffmann über das Thema: „Der Mißbrauch der Religion zur Unterdrückung des Volkes“. Der Ortsgeistliche hatte mitgeteilt, daß er in der Versammlung nicht erscheinen könne. Genosse Dürre zeigte, daß gerade der Geistliche sich in der Belämpfung der Sozialdemokratie das möglichste leiste. Er schenke sich nicht, vor den Konfirmanden diejenigen Eltern herabzusetzen, die sich zur Sozialdemokratie bekennen. Wenn dies der Fall, so betonte Genosse Hoffmann, dann sollten es sich die betreffenden Eltern überlegen, ob sie ihre Kinder noch weiter in den Konfirmandenunterricht dieses Herrn schicken wollen. 25 Versammlungsbefugte, darunter sechs Frauen, meldeten hierauf ihren Austritt aus der Landeskirche an. Genosse Dürre gab noch Kenntnis von einem Schreiben der Rudower Genossen, wonach es denselben nach sieben Jahren langer Arbeit gelungen sei, ein Versammlungszentrum zu erobern. In demselben (Lokal Wedler) soll am Sonntag, den 10. November, nachmittags, eine öffentliche Versammlung abgehalten werden, in welcher Genosse Zubeil das Referat halten wird. Zu Anfang und am Schluß hatte der Arbeitergesangverein ein stimmungsvolles Kampflied vorgetragen.

Spandau.

Mit den heutigen Wahlen zur Angestelltenversicherung Beschäftigte sich am Freitag eine in Kochs Wismarsfäden abgehaltene, von über 800 Personen, meistens weiblichen Angestellten, besuchte Versammlung der Freien Vereinigung. Ingenieur Riedesfeld führte in seinem Referat die Schäden und Mängel der Angestelltenversicherung vor Augen und machte für dieses Monstrum den Hauptausschuß verantwortlich. Redner kritisierte die Agitation des Hauptausschusses, der in Flugblättern die Freie Vereinigung als rote Verlierer hinstellte und durch Schwenken mit dem roten Lappen die Angestellten vor der Freien Vereinigung gruselig mache wolle. Er warnte die Angestellten davor, sich durch derartige Tricks einfangen zu lassen. Vor allem aber rief er den weiblichen Angestellten ins Gedächtnis, daß sie namentlich von dem Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband sonst in jeder Weise aufs heftigste bekämpft werden. Redner schloß seinen mit Beifallstürmen unterbrochenen Vortrag mit der Aufforderung, alles daran zu setzen, daß auch in der industriereichen Stadt Spandau die Liste der Freien Vereinigung die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinige. — In der Diskussion verfuhr Herr Collin vom Werkmeisterverband den Hauptausschuß zu verteidigen und für denselben Propaganda zu machen. Seine Ausführungen fanden aber lebhaften Widerspruch und wirkten nur erheitend. Werkmeister Schwabe vom Konnendamm trat Herrn Collin wirkungsvoll entgegen. Seine Mitteilung, daß der Werkmeisterverein Konnendamm beschlossen habe, einmütig die Kandidaten der Freien Vereinigung zu wählen, fand hürmischen Beifall. Mehrere andere Redner sprachen gleichfalls zugunsten der Freien Vereinigung. Dargestellt wurde noch darauf, daß die Wahlen für Spandau, ausschließlich Konnendamm, am 6. November von 12 Uhr mittags bis 2 Uhr nachmittags und von 7 bis 9 Uhr abends im Hotel „Zum Stern“ stattfinden. Für die Angestellten, die auf dem Konnendamm wohnen, finden die Wahlen am 6. November von 5 bis 7 Uhr nachmittags im Restaurant „Heidekrug“, Konnendammler, statt. Nach Annahme einer Resolution, die der Freien Vereinigung das Vertrauen ausdrückt, fand die vom besten Kampfesgeist belebte Versammlung erst nach Mitternacht ihr Ende.

Wie man uns noch mitteilt, wird unter den Angestellten des Warenhauses W. Hirsch der Versuch gemacht, dieselben zugunsten der Kandidaten des Hauptausschusses zu beeinflussen. So sollen insbesondere die weiblichen Angestellten in der Lohnliste die Stimmzettel für den Hauptausschuß zugestiftet bekommen haben. Diese Beeinflussung hat bereits eine erregte Stimmung unter den Angestellten hervorgerufen.

Die Lohnaufbesserungen in den „Musterwerkstätten“ abgelehnt. Wegen einer allgemeinen Lohnaufbesserung waren die Arbeiterausschüsse der hiesigen Staatswerkstätten bei der Feldzeugmeisterei vorfellig geworden. Sie begründeten ihr Gesuch damit, daß die jetzigen Lohnsätze bereits im Jahre 1904 festgesetzt worden seien; seit dieser Zeit wären jedoch die Preise für Wohnung und Lebensunterhalt bedeutend gestiegen. Trotzdem sind die Gesuche jetzt allesamt ablehnend beschieden worden. In der Antwort wird ausgeführt, daß auch die Privatindustrie in Spandau und Umgegend keine höheren Löhne zähle als die Militärwerkstätten, und daß ferner die ortsüblichen Tagelöhne durchweg niedriger seien. — Wie hoch sind denn nun die Löhne? Der Anfangslohn in der 4. Lohnklasse, in dieser werden die meisten Arbeiter eingestellt, beträgt 44 Pf. die Stunde oder 23,76 M. wöchentlich. Alle zwei Jahre bekommen die Arbeiter eine Zulage von 1 Pf. die Stunde, bis der Höchstlohn von 48 Pf. die Stunde oder 26,28 M. wöchentlich erreicht ist. Dann hört jede Zulage auf. Die Arbeiter der „Muster“betriebe werden jetzt jedenfalls einsehen, daß sie nur durch Zusammenschluß in der Organisation sich höhere Löhne erringen können.

Potsdam.

Die Freigabe zum Bezuge ausländischen Fleisches ist, nachdem der Magistrat beim Ministerium Einwendungen dagegen gemacht hat, daß Potsdam von der Vergünstigung ausgeschlossen sein sollte, jetzt erfolgt. Voraussetzungen dürfte am Donnerstag bereits der Verkauf russischen Fleisches stattfinden. Die Innungsleiter wollen den Verkauf des Fleisches übernehmen und zwar auf eigenes Risiko. Sie werden es von dem Magistrat kaufen und zu einem von diesem festzusetzenden Preise wieder verkaufen. Um der irdigen Annahme einiger Fleischermeister, das billige Fleisch sei nur für die ärmeren Schichten der Bevölkerung bestimmt, entgegenzutreten, hat der Magistrat den Fleischern durch ihre Innungsvertreter erklären lassen, daß die Preisstandsmaßnahmen auch im Interesse des Mittelstandes bis

zu einem Jahreseinkommen von 10—12000 M. Platz greifen sollen. Wenn auch diese Grenze etwas zu hoch erscheint, so ist es jedoch ganz selbstverständlich, daß unter der Fleischnot auch die unteren Schichten des Mittelstandes leiden.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Pankow. Heute Dienstag, den 5. November 1912, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Vertikstr. 2/3. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Beschluß über den Verkauf ausländischen Fleisches.

Nieder-Schönhausen. Heute Dienstag, den 5. November, nachmittags 6 Uhr, im Gemeindebesprechungslokal.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichts-Zeitung.

Studenten vor Gericht.

„Polyp“ ist eine unter Studenten gebräuchliche Bezeichnung für Politisten. Wo der sonderbare Ausdruck herkommt, ist freilich. Manche wollen in dem Ausdruck einen Hinweis auf die Gattung der Polypen sehen, zu der der Tintenfisch gehört, der Ausdruck solle andeuten, daß der Politist alles zu Protokoll bringe. Andere meinen, das Wort deute auf einen Vergleich schwammiger Gewächse hin. Andere geben wieder andere Deutungen. Ueber den Ursprung der eigenartigen Bezeichnung herrscht Zweifel. Winder zweifelhaft ist, daß sie keine Schmeichelei für den Polizeibeamten enthält. So hat auch das Hallenser Schöffengericht in einer Verhandlung angenommen, über die uns berichtet wird, weil sie auf den Umgang „Gewildeter“ mit der Polizei etwas Licht wirft. Der cand. phil. Paul Bräuer hatte in einer Zuminacht in Begleitung mehrerer Kommilitonen einen Schuttmann auf offenerem Marktplatz wiederholt angeulst. Er fragte ihn, wo der Marktplatz ist, nannte ihn Polyp, meinte, so ein „Polyp“ müsse alles wissen und auch darüber Aufklärung geben können, wo ein Studierender hin wolle. Als der Polizeibeamte sich dieser Verhöhnung gegenüber ziemlich kühl verhielt, riefen mehrere Arbeiter, die sich inzwischen angesammelt hatten: „Ja, das ist wieder ein Student, da greift die Polizei nicht zu.“ Schließlich mußten drei Politisten zusammen und den Kandidaten der „Weltweisheit“ unter heftigen Widerstandsleistungen nach der Wache bringen. Bei seiner Entlassung von der Wache beschloß Bräuer noch die Dreistigkeit, den zuerst verurteilten Politisten mit den Worten zu „begrußen“: „Na, da sind Sie ja wieder mit Ihrem dummen Gesicht!“ — In einer Zuminacht hatte der Kandidat wiederum einen Politisten ankrakeelt und öfter „Polyp“ geulst. Bräuer stand nun wegen Unfug, Beleidigung in mehreren Fällen und wegen Widerstandes unter Anklage. Er meinte vor Gericht, die Bezeichnung „Polypen“ für Polizeibeamte sei durchaus gebräuchlich. Es sei allgemein üblich in Studententreisen „derartige Beamte“ Polype zu nennen. Der Gerichtsvorsetzende rügte das Aufreten des Angeklagten und nahm die Polizei in Schutz. Der Verteidiger bestätigte aber die Angaben des Angeklagten. — Beantragt wurden gegen Bräuer 120 M. Geldstrafe. Das Urteil lautete auf 80 M. Geldstrafe.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Deutscher Männerbund für Frauenstimmrecht ist Mitte September in Leipzig gegründet worden. Er ist der Internationalen Männerliga für Frauenstimmrecht als „Landesverband Deutsches Reich“ beigetreten.

Besprechende.

Alt-Flensde. Mittwoch, den 6. November, bei Wigandstr. Referent: Genosse Hildebrandt-Berlin.

Witterungsüberblick vom 4. November 1912.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Tag u. d. Nacht	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Tag u. d. Nacht
Stettin	765	SW	2	bed.	0	Magdeburg	759	SW	2	bed.	-1
Dresden	768	SW	4	bed.	2	Berlin	760	SW	2	bed.	-3
Berlin	767	SW	1	bed.	0	Frankfurt	769	SW	2	bed.	11
Frankfurt	772	SW	1	bed.	2	München	765	SW	1	bed.	3
München	773	SW	3	bed.	0	Paris	773	SW	1	bed.	-2
Wien	769	SW	3	bed.	1						

Wetterprognose für Dienstag, den 5. November 1912.

Teils heiter, teils neblig, nachts leichter Frost, am Tage etwas wärmer bei ziemlich lebhaften westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 3. 11.		am 4. 11.		Wasserstand	am 3. 11.		am 4. 11.	
	cm	cm ¹⁾	cm	cm ¹⁾		cm	cm ¹⁾	cm	cm ¹⁾
Remel, Müst	217	+38	217	+38	Saale, Groditz	—	—	—	—
Bregel, Insterburg	—	+6	—	+6	Oabel, Spandau ²⁾	44	+8	44	+8
Weißel, Thorn	—	—	—	—	Kathenow ²⁾	28	-10	28	-10
Ober, Ratibor	218	-22	218	-22	Spree, Spremberg ²⁾	80	0	80	0
Krossen	223	+4	223	+4	Deestow	63	0	63	0
Frankfurt	203	+10	203	+10	Weser, Minden	335	-20	335	-20
Maritz, Schrimm	34	+4	34	+4	Rhein, Minden	411	+20	411	+20
Landberg	5	+3	5	+3	Rhein, Maximiliansau	523	+20	523	+20
Rehe, Vordamm	-2	-1	-2	-1	Raub	293	+2	293	+2
Elbe, Leimeth	22	+4	22	+4	Rdin	428	+2	428	+2
Dresden	-112	+2	-112	+2	Redar, Döhlbrunn	120	+1	120	+1
Berlin	146	+5	146	+5	Rain, Danna	204	+1	204	+1
Magdeburg	115	+2	115	+2	Weser, Arter	299	-61	299	-61

1) + bedeutet Sturz. — 2) — 1) Unterpegel.

**Preiswürdig im Einkauf!
 Kräftig im Geschmack!
 Sparsam im Gebrauch!**

Das sind die Haupteigenschaften des „Kornfranck“

